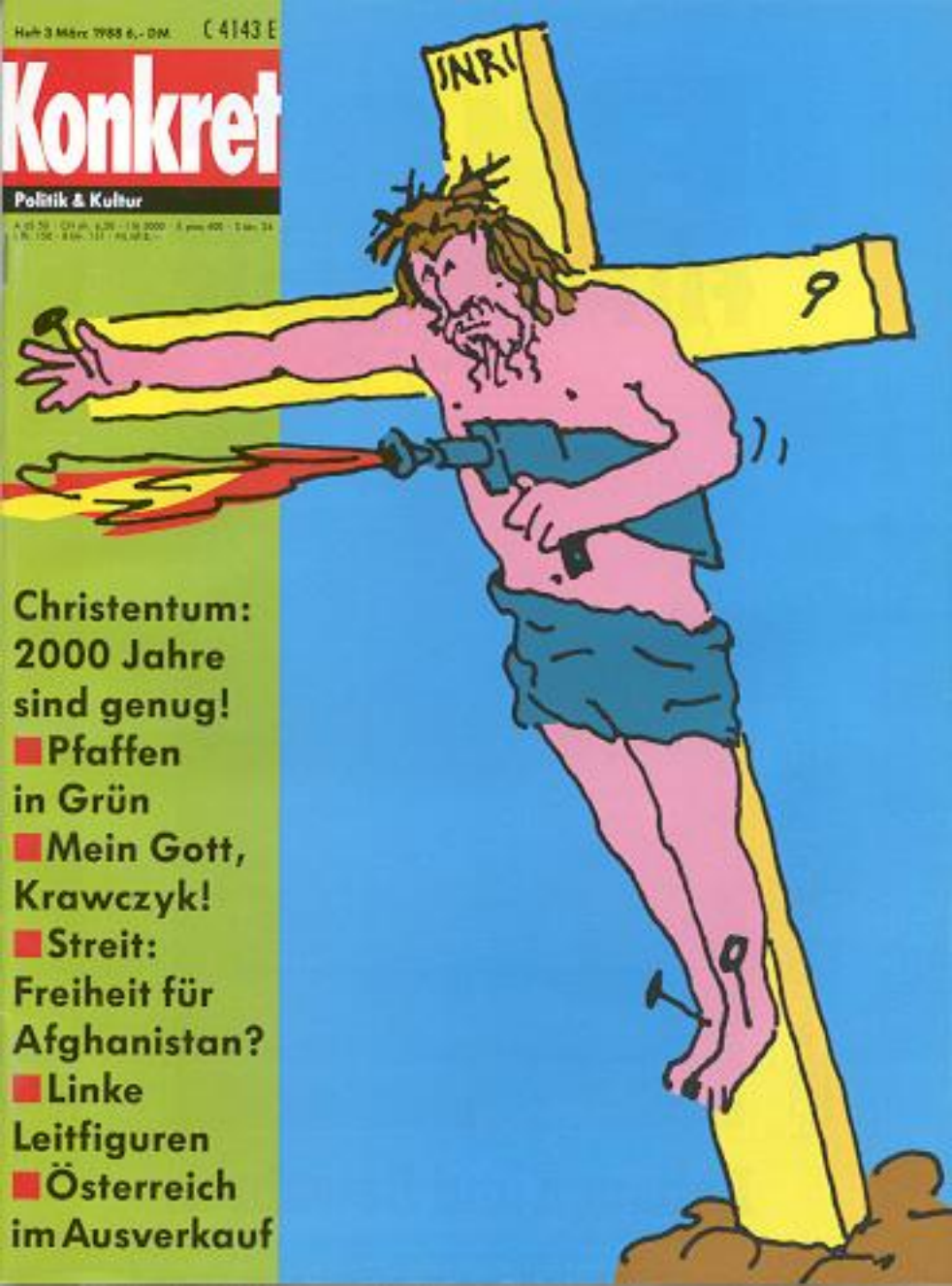
Heft 3 März 1988 6,- DM C 4143 E

Konkret

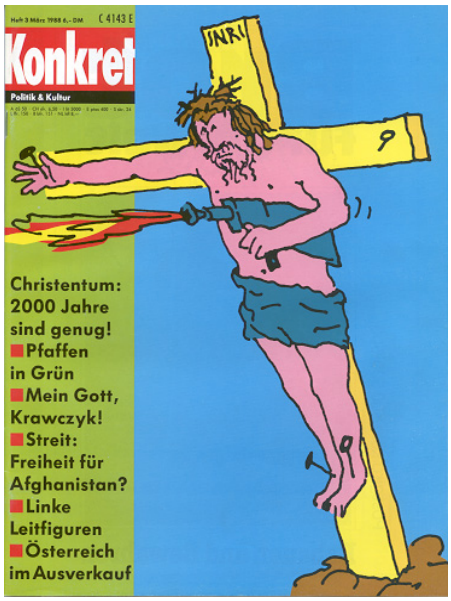
Politik & Kultur



Christentum: 2000 Jahre sind genug!

- Pfaffen in Grün
- Mein Gott, Krawczyk!
- Streit: Freiheit für Afghanistan?
- Linke Leitfiguren
- Österreich im Ausverkauf

in konkret März 1988



von konkret

an konkret

2000 Jahre sind genug von Hermann L. Gremliza

Sankt Bertolt von Uwe Klußmann

Gorbatschows junge Garde wurde in den Kerker geworfen, Rosa Luxemburgs Erben trafen sich nächtens in den Katakomben unter der Zionskirche, Stephan Bucharin klampfte seiner Hinrichtung entgegen: Es war »wie zu Stalins Zeiten«, schrieb der »Spiegel«

Aus dem Tollhaus von Wolfgang Schneider

Fast ein Jahrzehnt lang blieb verborgen, was die Partei in ihrem Innersten zusammenholt. Nun drängt es ans Licht: Die Grünen sind in Wahrheit eine Christen- und Christinnen-Union

Beugehaft und Kontaktschuld von Oliver Tolmein

Das BKA liefert Wecker statt Beweise. Wer sie kauft wird überwacht. Verdächtig ist auch, wer telefoniert und nicht sagt, was der Staatsschutz gerne hören würde.

Österreich (ge)denkt, Deutschland lenkt von Michael Scharang

Der »Fall Waldheim« ist ein grandioses Spektakel, hinter dem sich der zweite Anschluß Österreichs ans deutsche Kapital verbirgt

nachrichten

Sanfte Energie von Christoph Busch

Das atomare Reisebüro heißt nicht »Transnuklear«, sondern »Digoe Marketing Service«, es transportiert keinen strahlenden Abfall, sondern schlichte Gemüter, die sich vom Segen der Atomwirtschaft überzeugen lassen wollen

»Nie den Mut verlieren« von Otto Köhler

Den Ersten Weltkrieg haben die Leute von der Interessengemeinschaft IG Farben verlängert. Den Zweiten ermöglicht. Und die Polizeischlachten um Hanau und Wackersdorf hat die IG-Tochter Hoechst mit ihrem schnellen Griff nach dem Atom verursacht. Und in Bonn regiert einer zwischen Chemie und Wahnsinn. Helmut Kohl feierte mit seinen Drahtziehern Geburtstag

Das/the/le/il Berufsverbot von Klaus Dammann

Sie nannten es »Extremistenbeschluß« und »Radikalenerlaß«, doch es half nicht: Alle Welt verstand nur »Berufsverbot«, und das Wort wurde in den Nachbarländern so bekannt wie nur noch »Sauerkraut« und »Blitzkrieg«. 17 Jahre ist das Berufsverbot jetzt alt. 3,5 Millionen Bundesdeutsche wurden vom Verfassungsschutz politisch überprüft. Zeit für eine Bestandsaufnahme

Konkret-StreitgesprächFreiheit für/gegen wen in Afghanistan? von Günter Knabe; Warner Poelchau; Norman Paech; Gaby Gottwald

Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Günter Knabe, Leiter des afghanischen Programms der »Deutschen Welle« in Köln, Warner Poelchau, KONKRET-Autor und freier Journalist, zuletzt für den »Stern«. im Oktober 1987 in Kabul und Kandabar, Norman Paech (SPD), Professor für öffentliches Recht und Vorstandsmitglied im Informationskreis Afghanistan; Gaby Gottwald, Bundestagsabgeordnete der Grünen (1983/85), koordiniert den Internationalismus-Fond ihrer Partei

Das Mittelalter lebt von Gottfried Niemietz

Schon das Grundgesetz macht da kurzen Prozeß: Artikel 4 verspricht lediglich »Freiheit des Glaubens« und »ungestörte Religionsausübung«. Ungläubige und Areligiöse sind in der Verfassung gar nicht erst vorgesehen. Entsprechend rigide reagieren die christlichen Kirchen und ihr Staat, wo Ketzer sich dennoch zu Wort melden. Mit dem Gotteslästerungsparagraphen des StGB wird ihnen der Prozeß gemacht. Derartige Verfabren haben seit dem Regierungswechsel 82/83 Konjunktur: Atheistenverfolgung in der BRD

Kunst, Kitsch, Religion von Jan Philipp Reemtsma

Im Januar wurde der Arno Schmidt Preis 1988 an den Kirchenkritiker Karlheinz Deschner vergeben. Zu diesem Anlaß hielt J. Ph. Reemtsma, Vorstand der Arno Schmidt Stiftung, die folgende Rede, die wir leicht gekürzt wiedergeben

Heil Jesus! von Horst Herrmann

Die katholische Kirche hat, wenn man sie ließ, noch jede Schreckensherrschaft gepriesen, auch die braune. Nur einer ihrer Bischöfe soll ein großer Held des Widerstands gewesen sein. Eine Legende findet jetzt ihr Ende

Grauzone, Filz, Sumpf von Wolfgang Pohrt

Im Marktsegment »Langeweile mit Niveau« versucht sich eine neue Zeitschrift zu etablieren, deren Titel die Annexionsgelüste vaterländischer Asozialer spiegelt

Was Auschwitz war von Erich Kuby

Seit vierzig Jahren mühen sich die Deutschen, Auschwitz zu »bewältigen« – so oder so, mit Erklärungen oder mit Entschuldigungen. In den polnischen »Auschwitz-Heften« wird seit 27 Jahren untersucht, was Auschwitz tatsächlich war. Erst jetzt wurden Teile davon ins Deutsche übersetzt

Es geschah an der Elbmündung von Michel R. Lang

Wer weiß, daß es 1947 in Norddeutschland zwei Lager mit Stacheldraht und Wachtürmen gab, in denen Juden eingesperrt wurden – unter britischem Kommando und mit deutscher Polizeihilfe?

Buch des Monats: Frankfurter Abdeckerei von Georg Fülberth

Lexikon Linker Leitfiguren. Herausgegeben von Edmund Jacoby. Büchergilde Gutenberg: Frankfurt am Main, Olten und Wien 1988, 425 Seiten, 39 Mark (für Mitglieder)

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Entlastungsdokument im »Fall Rinser«! von Eckhard Henscheid

»Ach, Luise! Kein Mädchen ist wie diese: dieser Schick und dieser Charme und dieses Timbre macht mich rasend ob es Mai oder Decembre...« Aucb hier wiederbolt sich Geschichte, folgt der Farce die Tragödie: Was das erste Mal ein Ohrwurm war, taucht nun als vierstimmiger Männerchor noch einmal auf – in einem Dokument, das geeignet ist, die Bundespräsidentschaftskandidatin der Grünen entzubelasten, daß es nur so eine Art hat. Ach, Luise...

ich habe gelesen von Diedrich Diederichsen

»Komisch, komisch« von Robert Gernhardt

Interview mit Robert Gernhardt25 Jahre »Neue Frankfurter Schule«, begonnen in »Pardon«, fortgesetzt in »Titanic«, vollendet in den Werken von F.K Waecbter, Eckhard Henscheid, F.W. Bernstein und Robert Gernhardt. Ihn, der einst als »Lützel Jeman« den Ton der legendären »Welt im Spiegel« angab und dessen Prosa heute (z.B. »Kippfigur«) zur besten Literatur gezäblt wird, befragten Christian Storms und Frank Müllers

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/88, S. 4

von konkret

An der in KONKRET 2/88 angekündigten Recherche des »Spiegel«Redakteurs Dähnhardt ist was Schönes geworden. Unter dem Titel »Presse – Krauses Karlchen« berichtete der »Spiegel« am 1. Februar: »Der Linkszeitschrift KONKRET geht mit den Lesern auch das Kapital aus. Herausgeber Gremliza macht alles allein.« Und so weiter, in gleicher Präzision und Güte. Zu vier besonders dummen und/oder böswilligen Falschbehauptungen schickten wir dem »Spiegel« Gegendarstellungen. Das war der Redaktion an der Dovenfleet-Street sowas von peinlich, daß KONKRET-Anwalt Helmuth Jipp am 8. Februar vom »Spiegel« folgende Post erhielt:

. . . wir haben gestern abend miteinander besprochen, daß die rechtliche Auseinandersetzung zwischen der Neuen Konkret Verlag GmbH und deren Herausgeber mit dem »Spiegel«- Verlag einstweilen ausgesetzt wird, weil wir uns vorstellen, daß die »Spiegel«-Redaktion mit Herrn Gremliza ein Interview veröffentlichen wird... Das Interviewsoll in »Spiegel« Nr. 7/1988 vom 15. Februar gedruckt werden... Wir gehen davon aus, daß Herr Gremliza in dem Interview die Gelegenheit haben wird, auch zur wirtschaftlichen Situation seines Verlages etwas zu sagen und daß mit dem Abdruck des Interviews die Auseinandersetzungen um den Beitrag in »Spiegel« Nr. 5/1988 beendet werden...

Anzumerken wäre, daß der Vorschlag, statt der peinlichen Gegendarstellungen ein Interview zu drucken, vom »Spiegel« kam, denn tags darauf kam wieder Post:

...aus dem Gespräch kann nichts werden. Der »Spiegel«-Verlag wird deswegen die Gegendarstellungen Ihrer Mandantschaft in derA usgabeNr. 7/1988 vom 15. Februar 1988 abdrucken. Wir werden die Gegendarstellungen im Inhaltsverzeichnis ankündigen...

Und so geschah es. Die Mandantschaft dankt. Und gibt den Rat, im Falle des nächsten Falles einen Rechercheur zu schicken, der nicht, wie dieser Dähnhardt, zum Zwecke der Fabrikation einer Pointe über Leute, die das Lied »I'm the great pretender« angestimmt haben, die Nachricht verbreitet, sie hätten die Internationale gegrölt.

Zum KONKRET-Streitgespräch in diesem Heft waren verschiedene grüne und sozialdemokratische Freunde des afghanischen Volkes eingeladen worden: Die Grünen Petra Kelly, Helmut Lippelt, Waltraud Schoppe, Ulli Fischer, Milan Horacek und die Sozialdemokraten Rudolf Bindig, Uwe Holtz und Volker Neumann. Die meisten hatten absolut keinen Termin frei, einer wurde noch am Tag seiner Zusage ganz krank und einer (Horacek) redet nur noch mit Kardinälen. Nur der Leiter des afghanischen Programms der »Deutschen Welle«, Günter Knabe, auf dessen Kenntnisse und Berichte sich die meisten der genannten Afghanistan-Freunde stützen, forcht sich nit. Was er über die Qualität der »Freiheitskämpfer« zu sagen hatte, macht das Kneifen der grünen und rosa Politiker plausibel (ab Seite 39).

»Wegen Verunglimpfung des Staates u.a.« ermittelt der Staatsanwalt beim Landgericht Nürnberg-Fürth gegen Andreas Woell, der das Buch »Nix gerafft« (von Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel, Konkret Literatur Verlag) zwar nicht verfaßt, aber in der Zeitschrift »fetzngaier« besprochen hat. Um die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, was Woell da wohl geschrieben haben könnte, voranzubringen, faßte die Strafkammer des Landgerichts folgenden Beschluß:

Die Durchsuchung der Person des Beschuldigten Andreas Woell, seiner Wohnung einschließlich der Nebenräume . . . und seiner Kraftfahrzeuge wird angeordnet.

Man muß wirklich nichts erfinden, wenn man das Ansehen dieser Staatsschutzjustiz verunglimpfen will.

Kurz vor Redaktionsschluß hat, nach siebenjährigem Prozeß, das Landgericht Hamburg den Karikaturisten Rainer Hachfeld wegen Verunglimpfung des durchlauchtigsten bayerischen Ministerpräsidenten zu einer Geldstrafe von 3.000 Mark verurteilt. Natürlich muß Hachfeld (also KONKRET) auch die Kosten tragen, die der Anwalt von Strauß durch ein Dutzend Reisen zu Gerichtsterminen in Hamburg auf ca. 25.000 Mark getrieben hat. Hachfelds Verbrechen: Eine Zeichnung, die Strauß als Eber beim Bespringen eines Justizschweinchens zeigte. Eine ausführliche Würdigung des Vorgangs folgt in KONKRET 4/88.

Man lacht Die Stadtillustrierte von Frankfurt-Bonames, »Pflasterstrand«, hat sich, zum Zwecke der Ausbreitung bis Sachsenhausen, ein ungeheuer avantgardistisches Layout verpaßt. Und wie, glaubt man, sieht das aus? Wie eine auf komische Weise mißlungene Kopie des neuen KONKRET-Layouts. Den Klauern zur Beruhigung: Urheberrechtliche

Schritte werden erst erwogen, wenn Cohn-Bendit auch die Inhalte von KONKRET abkupfert. Aber solange im geliehenen Frack nur der alte Kack erscheint...

Die neue grafische Gestaltung von KONKRET haben übrigens Christoph Krämer und Max Bartholl entworfen.

Konkret 03/88, S. 6

an konkret

Süß

KONKRET 2/88 Betr.: Leserbrief des Hamburger Landespolizeidirektors

Is er nich süß, unser Otto Werner? Er schimpft sich »Landespolizeidirektor«, was einem allein schon die kalte Kotze hochkommen läßt. Und er schreibt einen Leserbrief an KONKRET. Er beschwert sich über einige vorsichtige Anmerkungen von Gremliza zu diversen Polizeipraktiken und rechtfertigt seine Beschwerde mit dem Hinweis auf »erhebliche Wandlungen im Tätigkeits- und Persönlichkeitsprofil« der heutigen Polizisten, die sogar »kritische« Wissenschaftler festgestellt hätten. Es braucht keine kritischen Wissenschaftler, um festzustellen, welcher Art diese Wandlungen sind: der bundesdeutsche Staatslakai ist ganz auf dem Trip vom verkitschten Freund-und-Helfertyp (der natürlich, wenn's drauf ankam, auch schon so richtig die Sau rauslassen konnte: Kurras/Ohnesorg) zum volldigitalisierten Robocop als Aufstandsbekämpfungsinstrument. (Der Aufstand braucht übrigens gar nicht stattzufinden. Wir sorgen aber schon mal vor. gez. dein Krisenstab).

Lieber Otto, warst du schon einmal auf einer Demonstration, bei der die Mehrzahl der Teilnehmer nicht zu 100% mit den Zielen dieses Staates übereingestimmt hat? (Ich meine keine faschistischen Aufmärsche, nur zu deiner Information) Dienstlich oder privat? Wenn nicht: du hast was verpaßt. Du hättest deine Freude an deinen Berufskollegen. Diese Produkte deines Ausbildungswesens bräuchtest du gar nicht zu hinterfragen. Wenn sie nicht wüßten wer du bist, gäb's sonst auch gehörig was in die Fresse.

Allzeit Kaiserwetter

wünscht dir:

Ein Gelegenheitsdemonstrant

Meine heiße Gratulation zu KONKRET 2/88. Meines Erachtens das beste Heft seit langem; die Diskussion mit Alice Schwarzer, der Briefwechsel mit Hübotter... weiter so! *Mick Petersmann, Düsseldorf*

Obskur

KONKRET 1/88; 2/88

Habt ihr also gemerkt, daß es keinen Zweck hat, Zugeständnisse an den Zeitgeist zu machen. So, wie KONKRET seit zwei Nummern ist, kann man es wieder lesen. Gut so. Was aber soll der linksgeschminkte Obskurantismus, den uns Mathias Bröckers da auftischt? Wer so wenig weiß und so schlecht schreibt, soll publizieren wo er will; bloß KONKRET ist dafür zu schade. Mit Wehmut erinnert man sich an die Zeit, als Matthias Altenburg noch seine Bücherkolumne schrieb. Das war Literaturkritik, wie man sie sonst nirgends fand: durchdacht, präzise und trotzdem federleicht. Müssen wir darauf wirklich verzichten?

Viola Herzmann, Tom Keller, München

Nein. – Die Red.

Vertauschte Sätze

KONKRET2/88 »express. letzter satz «

Sie tun ihm unrecht – dem armen Jürgs, er hat doch bloß die Sätze vertauscht. . . »viele Schwätzer – zur Sprechblase degeneriert – haben den Begriff Solidarität totgeredet.«

Gerhard Widmer, Bremen

KONKRET2/88: Gremlizas express

Möge der folgende Witz der Auffrischung Ihrer Lateinkenntnisse dienen:

»Wo gehst Du hin?« – »Ins Kino.«

»Was gibt's denn da?« – »Quo vadis« – »Was heißt denn das?« – »Wo gehst Du hin.« – »Ins Kino.« »Was...« etc.

Ute Weyrauch

Cloppenburg

»Wo gehst Du hin« heißt leider »cui bono?« Wo steckt der Witz? – HLG

Ein Linker

KONKRET 2/88 »Wesen (dtsch)« von Hermann L Gremliza

Es ist zum Kotzen!

Gremliza beklagt sich ach so sehr, daß die Bundesregierung sich in innere Angelegenheiten der DDR einmischt (Es gibt andere Probleme durch Birne & Co). Er fordert die Anerkennung der osteuropäischen Staaten, sowie einen diplomatischen und zivilisierten Umgang mit ihnen. Gremliza schreibt die gleiche Scheiße wie die UZ-Stalinisten, »Neues Denken« unbekannt. Für wie dumm hält er die Leser, er will ein Linker sein, er, der reaktionäre Repressionspolitik des DDR-Systems gutheißt. Ein Linker kämpft überall gegen rechte Repressionspolitiker, aber besonders gegen solche, die sich als linke verkaufen und mit faschistoiden Methoden eine Staatspartei geschaffen haben, die Linke verknastet und mundtot machen will.

Hermann L. Gremliza, werde ein Linker! ! !

Thomas Otto Schubert, Hamburg

Was regt dich eigentlich daran so auf, daß die BRD in die gesellschaftliche und politische Ordnung anderer Staaten hineinzuregieren versucht? Seit wann mußt ausgerechnet du dich als Hüter über die Regeln des diplomatischen Verkehrs aufspielen? Wieso interessiert dich neuerdings die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols? es mutet lächerlich an, diplomatische Benimmregeln einklagen zu wollen. Kein Staat hält sich daran, es sei denn aus taktischen Erwägungen. Die Diplomatie ist seit eh und je ein schmutziges Geschäft und was kann es uns schaden, wenn die da oben sich gegenseitig den Spiegel vorhalten? ! Ich jedenfalls werde es immer begrüßen, wenn von auswärts jemand die Wunden unserer inneren Sicherheit befingert. Einen Krieg wird es wegen solcher Lappalien schon nicht geben: Da bedarf es höherer Interessen.

Ansonsten: Ein dickes Lob für die Vielzahl wichtiger und gelungener Artikel in eurer letzten Ausgabe!

Solidarische Grüße

Joachim Kuchenbecker, Osnabrück

Ideologisch lupenrein wie in einem Traktat der Marxistischen Gruppe tut uns H.L.G. zum 185. Mal kund, was wir alle schon lange wußten. Ich frage mich, wie es einem Sozialisten im Januar des Jahres 1988 möglich ist, einen derartigen Artikel zu verfassen, ohne auch nur einen einzigen Gedanken über die realen Defizite an Demokratie in der DDR zu verschwenden...?! Das schönste Entlarven der westlichen Schandtaten und Scheinheiligkeiten wird doch uns Sozialisten (West und Ost) keinen Zentimeter voranbringen, solange unsere sozialistischen Genossen (Ost) weiterhin so bodenlose Torheiten begehen können, wie jetzt wieder in Berlin (Ost), ohne dafür auch einmal ganz klar und solidarisch kritisiert zu werden !

Udo Kriegsmann, Barcelona

Objekt, also Opfer

KONKRET-Gespräch 2/88 »Wie links ist Porno?«

Auch wenn in der DDR »die Sitten noch stärker« sind; der neue Mensch ist nicht allein mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln geboren, nur ist eine (die höchste) Hürde zur Befreiung des Menschen von der Ausbeutung des Menschen genommen. Daß danach die Auseinandersetzungen weitergehen, macht ja gerade die neue Gesellschaft aus! Hier bist du, Alice Schwarzer, schmalspurig, wenn du sagst, »daß berufstätige Frauen nicht automatisch alle psychologischen und sozialen Konsequenzen für ihr Leben ziehen, die sie aus ihrer *relativen* Unabhängigkeit ziehen könnten.« Erstens schränkst du diesen Aspekt selbst ein, und zweitens gibt es dafür keinen gesellschaftlichen Hintergrund im Kapitalismus: sie erfüllen den Reproduktionszweck, den Aggressions-Auffangzweck in der Familie, den Lust-Zweck, in jeder Hinsicht bleiben sie Objekt, also Opfer.

Thomas Weiske, Berlin

Was täte Alice Schwarzer, wenn sie erführe, daß Monika Weimar sich von ihrem Ami hätte fesseln lassen, weil sie das »geil« fände? Wann begreift Frau Schwarzer endlich, daß es solche »pervers« genannten Gelüste schon lange vor de Sade gegeben hat und immer geben wird, weil Sexualität nun einmal nicht »vernünftig« ist, und daß der Umgang mit dieser »Unvernunft<e, dieser winzigen Möglichkeit des Glücks, nur so bewußt, offen schamlos und damit möglichst frei von Destruktivität sein kann, wie es die Gesellschaft zuläßt?

Das wirklich Perverse ist doch, daß *auch diese* menschlichen Bedürfnisse zur Ware, verwertbar, kapitalisierbar gemacht und entmenschlicht werden »müssen« in dieser Gesellschaft.

Lothar Riemenschneider, Hamburg

Widerlich

KONKRET 2/88 »Piwitts Kleines Feuilleton«

Wer einen Todeswunsch ausspricht/hinschreibt, muß sehr gute Gründe haben und sich durch sein sonstiges Treiben und Leben hinreichend qualifizieren, überhaupt die Position des Urteilenden einnehmen zu dürfen. Piwitt erfüllt beide Bedingungen nicht. Seine Aversionen gegen Lüpertz sind die des Spießers, der alles umbringen will, was er nicht versteht, und in einer Atmosphäre, wo, wie in diesem Blatt, ein unausgesprochener oder ausgesprochener Faschismus-Verdacht auch dann allgegenwärtig ist, wenn er eher verdunkelt als erhellt, und sich sogar gegen Leute wie Klossowski richtet, kann man es ja ruhig sagen: sie sind faschistisch; nämlich die Hoffnung des von Andersartigen und Unverständlichen um den Schlaf gebrachten Stumpfkopf AIDS würde mit den Schwulen und den Junkies auch alle anderen unangenehmen Exzentriker vernichten. Widerlich. *Diedrich Diederichsen, Köln*

Konkret 03/88, S. 8

Hermann L. Gremliza

2000 Jahre sind genug

Um uns die Sintflut: Kardinäle, Patriarchen, Konsistorialräte, Bischöfe, Kirchenpräsidenten, Professoren der Theologie, Pfarrer, Missionsschwestern, Diakone; betende Präsidenten, wallfahrende Revolutionäre, beichtende Redakteure, bekennende Politiker. Überall ist Bistumsblatt und Kirchenfunk, vom Leitartikel der »FAZ« bis zur Leserbriefseite der »TAZ«, im Fernsehen predigt ich (Jesus), und ohne einen der Herren mit dem verkehrt umgebundenen Kragen wird erst gar nicht mehr diskutiert. Der Kampf der Stahlarbeiter von Rheinhausen um ihren Arbeitsplatz vollendet sich in einem »ökumenischen Gottesdienst« (was immer das ist). Ortega legt sich dem Wojtyla zu Füßen. In Peking, Kanton und Moskau waren zu Weihnachten die Kirchen überfüllt wie nie. Der Präsidentschaftskandidat George Bush (CIA) erzählt seinen Wählern, wie er »Jesus Christus als meinen persönlichen Retter erlebt« hat. Nach Ansicht einer vom Bundesminister der Justiz eingesetzten Kommission ist »massive atheistisch-antireligiöse Propaganda« ein Verstoß gegen die »Menschenrechte«. Jürgen Habermas, Fa. Kritische Theorie sel. Erben, entdeckt in der religiösen Sprache »inspirierende, ja unaufgebbare Gehalte«. Die Zeitung der DKP berichtet aus der schönen neuen Welt des Sozialismus unter der Zeile: »Wenn Marx und Christus an einem Strang ziehen.« Die »Zeit« meldet Gleiches aus dem anderen Lager: »Ruhrbischof Franz Hengsbach sucht den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit.« Was einmal Kampf, Streik, Demo, Blockade war, ist »Fürbitt-Andacht«. Und der Chefredakteur des »Stern« fragt, zwei Seiten hinter einem Tittenbild in geschnürtem Leder, nicht: Wann waren Sie zuletzt im Puff? sondern: »Wann waren Sie zum letzten Mal in der Kirche?« Zwar sei sein »ganz persönliches Verhältnis zum lieben Gott nie stabil gewesen«, aber: »Eine religiöse Sehnsucht steckt in uns allen.«

Religion in den Zeiten der Pest: Nie, seit sich das von der Seuche geschüttelte Mittelalter ins Gebet flüchtete, hatte Aberglaube Konjunktur wie jetzt, am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Während in Reagenzgläsern künstlich erzeugte Embryonen schwimmen, geht der Blick gen Himmel bzw. zu den Herren Hengsbach, Forck, Meisner, Stolpe, Obando y Bravo. Zeit für ein bißchen atheistisch-antireligiöse Propaganda:

Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks (Marx).

Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter läßt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Jenseits aufkommen, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf gegen die Naturgewalt den Götter-, Teufel-, Wunderglauben aufkommen läßt. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz, ihren Anspruch auf ein nur halbwegs menschenwürdiges Dasein ersäufen (Lenin).

»Die Furcht hat die Götter gezeugt« – die Hoffnung vertreibt sie. Aufklärung, bürgerliche Revolution, die Erhebungen des Proletariats und der wissenschaftlich-technische Fortschritt hatten die Hoffnung genährt, überall auf der Welt. Ausgerechnet eine der revolutionärsten wissenschaftlichen Entdeckungen bereitete dem Anfang ein frühes Ende: Die Spaltung des Atoms ermöglichte die Herstellung einer Waffe, die nur ein Mal gezündet werden mußte, um allen, die an Befreiung dachten, den Herrn zu zeigen. Nicht Sozialismus oder Barbarei war mehr die Wahl, sondern Resignation oder Weltuntergang. Die Religion war gerettet. Es waren nicht zufällig die klügeren unter den deutschen Pfarrern, die den Zusammenhang erkannten und die Kampagne gegen den Atomtod als Rekrutierungsfeld für gläubigen Nachwuchs nutzten. Ob für oder gegen Atomwaffen, die nie wieder aus der Welt zu bringen sind: Gott ist immer gut im Geschäft. Am Ende begriffen das sogar die katholischen Bischöfe der USA.

Und nicht nur sie. Die größten Profiteure aus der materiellen Produktion gottverlassenster Güter entdeckten den ideologischen Mehrwert, der bei der Herstellung und Vertreibu`ng apokalyptischer Visionen anfällt: Plutonium, Aids, Ozonloch – allmonatlich rufen die Medien der Bourgeoisie neue Ursach' für den baldigen, unvermeidlichen Untergang der Welt aus, wie einst nur die Zeugen Jehovas, und geißeln als Ketzer, wer nicht dran glauben will.

Aber natürlich ist was dran an den beschworenen Gefahren und die Angst nicht grundlos. Heillos freilich macht sie erst ein apokalyptisches Geplärr, das die Organisation eines rationalen politischen Widerstands sinnlos erscheinen läßt. Also Opium.

Den Drogenhandel besorgen die einschlägigen Agenturen, die sich sinnreich diversifiziert haben und auch denen ein Stöffchen bieten, die sich nicht gleich am Rosenkranz aufhängen wollen. Das nennt sich dann Kirche von unten, Theologie der Befreiung, Arbeiterkirche, Kirche von hinten undsofort. Marx schrieb 1847 dazu: »Die sozialen Prinzipien des Christentums haben jetzt achtzehnhundert Jahre Zeit gehabt, sich zu entwickeln, und bedürfen keiner ferneren Entwicklung durch preußische Konsistorialräte«, Herr Forck. »Die sozialen Prinzipien des Christentums haben die antike Sklaverei

gerechtfertigt, die mittelalterliche Leibeigenschaft verherrlicht und verstehen sich im Notfall dazu, die Unterdrückung des Proletariats, wenn auch mit etwas jämmerlicher Miene, zu verteidigen. Die sozialen Prinzipien des Christentums sind duckmäuserig.« Und dann und wann ein heiliger Franz bzw. Boff, der die geschundenen Nicaraguaner in die Kirche lockt, damit Wojtyla sie an die US-Schlächter ausliefern kann.

Die Bourgeoisie weiß, was sie an der Religion hat. Aber auch die Theoretiker der Arbeiterbewegung, erst Engels, dann Lenin, haben davor gewarnt, daß sich das Proletariat »in das Abenteuer eines politischen Krieges gegen die Religion« stürze. Die revolutionäre Praxis, die Beseitigung der Unterdrückung, werde der Religion schon die Basis entziehen. »Die Proklamierung des Krieges gegen die Religion« aber sei »eine anarchistische Phrase«. Von Engels und Lenin zu »Marx und Christus an einem Strang« (warum nicht gleich: in einem Boot? Ach, der eine ging in solchen Fällen zu Fuß) – das ist ein zwar weiter Weg, aber ein fast gerader. Nur daß die revolutionäre Praxis sich nicht, wie vorgesehen, entfalten konnte, das Gemüt auch der sozialistischen Welt herzloser und ihr Geist geistloser bleiben mußten, sodaß die Religion, anstatt abzusterben, neuen Zulauf fand – so sehr, daß ihre Führer nun damit beginnen können, die Gegenrevolution zu organisieren.

Um nichts anderes nämlich geht es. Jedes Stückchen Emanzipation der Menschheit, noch das bescheidenste, ist nicht mit, sondern gegen Religion und Kirche erkämpft worden. Und schlichtester Anstand müßte es verbieten, einer religiösen Organisation, deren Geschichte eine einzige breite Blutspur zeichnet, den Gebrauch des Wortes »Menschenrecht« anders zu quittieren als mit Hohnlachen oder einem Schlag auf die Pappn. Geschieht das? Keineswegs: Nicht die Propheten und Mitläufer des Aberglaubens haben zu beweisen, daß sie, obwohl Christen, ansonsten einigermaßen anständige Leute sind. Entschuldigen müssen sich die andern, die Ketzer.

Die Sozialdemokratie hat das Christentum längst in ihre Traditionen aufgenommen. Die Grünen werden nicht ihren nächsten, bestimmt aber ihren übernächsten Parteitag in einer Kirche abhalten. Und die Kommunisten geben sich alle Mühe, bei den Herren Bischöfen einen guten Eindruck zu machen – die »UZ« über einen neuen DDRFilm: »Lothar Warneke hat die Auseinandersetzung zwischen Christen und Marxisten unterhaltsam und fair in Szene gesetzt.«

Man sollte mal im Mausoleum nachsehen. Ich wette, der Genosse Wladimir Iljitsch gleicht schon einem *Gyros in being.*

Konkret 03/88, S. 10

Uwe Klußmann

Sankt Bertolt

Gorbatschows junge Garde wurde in den Kerker geworfen, Rosa Luxemburgs Erben trafen sich nächtens in den Katakomben unter der Zionskirche, Stephan Bucharin klampfte seiner Hinrichtung entgegen: Es war »wie zu Stalins Zeiten«, schrieb der »Spiegel«

»Rebellion hinter der Mauer« hieß es _ auf dem Titelblatt des Bundesnachrichtenmagazins. »Ja, es ist Krieg... Der kalte Krieg der Herrschenden in der DDR gegen andersdenkende Landeskinder eskaliert geradezu hysterisch«, erklärten Wolf Biermann, Sarah Kirsch, Reiner Kunze, Erich Loest und andere. Fast schien es so, als stünde ein zweiter 17. Juni 1953 bevor, wäre da nicht der kleine Unterschied, daß Reiner Kunze damals sein »Fest halt ich meine Republik« gereimt und Erich Loest die Leser des »Neuen Deutschland« belehrt hatte, mit »Provokateuren«, nämlich den Demonstranten, werde »nicht diskutiert«, sondern.. .

Das war zu Stalins Zeiten. Damals wurde von den Brüdern und Schwestern drüben erwartet, daß sie die Kommunisten aus der Zone vertrieben und sich zu den freiheitlichen Grundsätzen einer Bundesrepublik bekannten, in der die Mörder Rosa Luxemburgs sich leserbriefschreibend ihrer vaterländischen Tat rühmen durften. Und nicht zu ahnen eine Zeit, in der die Bürgermedien eine tote Kommunistin gleichberechtigt neben Adenauer und Erhard unter die Erfinder der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufnehmen würden. So weit ist es gekommen: daß der stellvertretende Chefredakteur der »Welt« für Rosa Luxemburg Partei ergreift (wie sonst nur für Botha).

Wie das? Recht einfach: »Nichts tut den Herrschenden so weh wie die immanente, die linke Kritik – und von nichts anderem ist die Macht dieser rotgetünchten Schweinehunde auch ernsthafter bedroht« (W. Biermann). Der »Spiegel«, ganz in der Vorstellung befangen, es sei jenes »vorwärtsmarschierende Zentralorgan«, geschaffen, »unseren Klassenkampf zur Verwirklichung des Endziels kräftiger, klarer, zielsicherer zu machen« (Rosa Luxemburg, 1899), freut sich aufrichtig, die neuen Opponenten in der DDR kritisierten »die sozialistische Einheitspartei von marxistischen Positionen aus«. Das wäre gewiß möglich und vielleicht auch nötig. Aber ist es auch wahr? Es gibt, außer dem einen strapazierten Satz der Rosa Luxemburg, immerhin ein Zentralorgan jener »Initiative Frieden und Menschenrechte«, in dem die immanente marxistische Kritik nachzulesen ist. »Grenzfall« heißt das Blatt, das seit Juni 1986 erscheint, nicht lizensiert, aber geduldet und zu Beginn mit dem Vermerk versehen: »nur für den innerkirchlichen Gebrauch«.

Im Mai 1987 wurde der »Grenzfall« zum ersten Mal so richtig linksimmanent marxistisch. In einem offenen Brief an den »verehrten Michail Sergejewitsch Gorbatschow« wurde dieser ermahnt, sich für »unabhängige Gruppen in 0st und West« einzusetzen und »unbedingt« die polnische »Solidarnoszc« und die tschechoslowakische »Charta 77« zu einem »Menschenrechtsforum« nach Moskau einzuladen. Im Herbst 87 ging es im »Grenzfall« dann schon ums Fallen der Grenze: »Eine Lösung der deutschen Frage« sei »vorstellbar«, wenn »der von der DDR noch immer betriebenen Abgrenzungspolitik der Boden entzogen« werde und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten »neu geregelt und im Sinne einer Konföderation entwickelt« würden. Denn eines wollten die »Grenzfall«-Autoren gewiß nicht länger bleiben: »Untertanen des Dachdeckers« (so »Grenzfall« 10/87 in Anspielung auf Honeckers Lehrberuf).

In einem offenen Brief an Margarete von Trotta beschwerte sich in der selben Ausgabe die Regisseurin Freya Klier, Lebensgefährtin von Stephan Krawczyk, darüber, daß Frau von Trotta korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste der DDR sei, denn sie gehöre damit der Akademie eines Landes an, »in dem (in den letzten Jahren wie nie zuvor) die eigene kritische Kultur regelrecht ausgemerzt« worden sei. Frau von Trotta sei sich wohl nicht klar darüber, »was für einen Stellenwert die Kunstakademie in einer Minderheitsdiktatur« habe. Während die Bundesrepublik sich »einer noch reichhaltigen und stark individuell geprägten Kulturlandschaft« erfreue, liege in der DDR die »Kulturlosigkeit« wie ein »Alpdruck« auf dem Land. Freya Klier schließt ihren Brief an Margarete von Trotta mit der Ermahnung: »Sie sollten aufatmen, daß der biographische Zufall Sie in einem Land aufwachsen ließ, in dem Sie Ihre künstlerischen Talente und Ihr politisches Engagement überhaupt leben dürfen«.

Am 12. Oktober 1987 fand in Berlin/DDR ein mehrstündiges Gespräch von Mitgliedern der »Initiative 'Frieden und Menschenrechte'« mit den CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Scharrenbroich, Schreiber und dem »deutschlandpolitischen Sprecher« Eduard Lintner statt. Wie Initiativmitglied und Gesprächsteilnehmer Gerd Poppe im »Grenzfall-Vorabdruck 11/1987« berichtet, empfahlen die unter dem Dachdecker Leidenden den CDU-Abgeordneten, sich stärker für die Beendigung der Einreiseverbote in die DDR einzusetzen und rieten der CDU/CSU, die »Idee des Zeitungsaustauschs« aufzugreifen.

Der Idee, die »Bild«-Zeitung nach Bautzen und die »Hörzu« nach Halle zu bringen, haben die Christdemokraten nicht widersprochen. So konnten die CDU-Vertreter nach dem Rendezvous ein »erstaunliches Maß an Übereinstimmung« konstatieren. Zionskirchen-Pfarrer Rainer Eppelmann, den der »Grenzfall« als Adresse für Spenden empfahl und der

ebenfalls an dem CDU-Gespräch teilnahm, mußte die »taz« auf die Frage nach Differenzen mit der CDU/CSU enttäuschen: »Wir waren nicht auf der Suche nach Unterschieden.« Sorgen um den Erfolg der CDU-Politik machte sich dagegen ein Autor in Heft 7 des »Grenzfall«, als er vor Städtepartnerschaften warnte: »Wenn Weimar Beziehungen zur CDU-regierten Stadt Trier aufnimmt, dann vor allem, um auf die dortige Innenpolitik einzuwirken«.

Nicht nur CDU-Abgeordnete, auch westliche Industrielle sind der »Grenzfall«-Gruppe beim »Streit ums Erbe« Rosa Luxemburgs (»taz«) willkommen. Die beiden in Westberlin lebenden ehemaligen DDR-Bürger und jetzigen Mitglieder der Alternativen Liste, Roland Jahn und Rüdiger Rosenthal, die mit der Grenzfall-Gruppe »im engen Kontakt« stehen, wandten sich in einem Brief an Persönlichkeiten der alternativen Szene, westdeutsche Schriftsteller und auch an »ein paar Industrielle«, wie der DDR-Dissident Lutz Rathenow berichtete. Auf dem Wunschzettel stehen Schreibmaschinen und Wachsmatritzenabzugsgeräte, Schreibcomputer mit Drucker, Videogeräte und Kameras.

Als internationalistisches Organ immanent-linker Kritik machte sich der »Grenzfall« Gedanken darüber, ob die Landesleitung der »Solidarnosc« unter der Führung von Lech Walesa ein »neues Wunder an der Weichsel« bewirke, und druckte einen Beitrag des »Solidarnosc«-Ideologen Adam Michnik aus dem »Spiegel« nach, der erläutert, wie »dem Kommunismus seine Grundlegitimation entzogen« werden könne (»Grenzfall«, 9/1987). An anderer Stelle, in Daniel Cohn-Bendits Buch »Wir haben sie so geliebt, die Revolution«, bekennt Michnik, daß er den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk als Freiheitskampf gegen den Kommunismus ansieht.

Ob es sinnvoll sei, sich in der DDR zunächst der Gorbatschow-Welle zu bedienen und das Glasnost-Fähnchen zu schwenken, war im »Grenzfall« umstritten. Den »Brief an Gorbatschow« kritisierte Knud Wollenberger im »Grenzfall« mit der Warnung davor, was geschehen werde, wenn Gorbatschow die Autoren des Briefes enttäusche, »weil sein (nachlesbares) Programm nun wahrlich nicht das ist, was die Autoren ins 'Neue Denken' hineinlegen«. Schließlich könnten die »Grenzfall«-Leute dastehen, »wie von Eltern verlassene Kinder – handlungsunfähig« (»Grenzfall«, 8/1987). Ähnlich argumentiert auch »Solidarnosc«-Michnik: In Polen werde »niemand mit der Losung 'Wir wollen Gorbatschow' auftreten«, da es hier »eine mächtige, unabhängige katholische Kirche« gebe (»Grenzfall«, 9/1987).

Da hinkt die evangelische Kirche in der DDR den Woityla-Divisionen noch hinterher. Daß die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg einen Antrag auf eine »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« lediglich an »interessierte Gemeinden« versandt, aber nicht im Wortlaut verabschiedet hat, hat der »Grenzfall« verstimmt registriert. Darüber, daß Generalsuperintendent Krusche bei einer kirchlichen Veranstaltung ein »Grenzfall«-Exemplar von einer Ausstellungstafel nahm, mokierte sich die Zeitschrift in einer kessen Spitze gegen die »segnenden Hände« des Bischofs.

Mit dieser Stichelei soll jedoch, wie die Redaktion betont, »nicht einer totalen Abkoppelung von der Kirche das Wort geredet werden«. Deren Bischof Dr. Gottfried Forck dementiert in einem im »Grenzfall« nachgedruckten »Spiegel«-Interview ~die Deutung, »als heiße Kirche im Sozialismus eine bedingungslose Bejahung des Sozialismus« (»Grenzfall«, 6/87). Wo es um die Ablehnung des Sozialismus geht, stellt die Kirche ihre Räumlichkeiten auch gerne einem »Liedermacher« zur Verfügung, dessen Devise lautet: »Glaubt nicht mehr diesen Pfaffenbrei, setzt lieber bißchen Power frei« (Stephan Krawczyk in »Grenzfall«, Heft 4, S. 3).

Über solcherlei Ketzerei deckt der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR den Mantel der Nächstenliebe und läßt in einer »Schnellinformation« vom 4.12.1987 verlauten, daß »die Grenze zwischen kirchlichen Gruppen und sogenannten 'Unabhängigen' nicht leicht und eindeutig zu bestimmen« sei. Eindeutiger äußern sich heute wieder Pfaffen in der DDR auf der Kanzel darüber, was mit dem sozialistischen deutschen Staat geschehen solle: »Strafe sie, o Gott, laß ihre Politik scheitern« predigte ein Pfarrer in Berlin-Friedrichsfelde und ein Diakon in der Galiläa-Kirche in Berlin-Lichtenberg stimmte in den Kanon ein: »Knechte herrschen über uns, und niemand ist da, uns zu erretten«. Dachdecker, Knechte, Proleten herrschen.

Soweit ist es gekommen. Dissident Lutz Rathenow in Berlin (DDR) zeigte sich nach der Ausreise von Krawczyk und Klier mit der Rolle der Kirche zufrieden: »Die Kirche hat keineswegs versagt«.

Sie nicht, aber eine Kirchenpolitik, die »Kritik der Religion« (Marx) durch plumpen Opportunismus ersetzt hat. Zum Drama des Vorgangs gibt's jetzt die Prosa des Spielfilms: in den Kinos der DDR läuft derzeit die DEFA-Premiere dieses Jahres, Lothar Warneckes Film »Einer trage des anderen Last«. Hinter dem biblischen Titel verbirgt sich eine Story von einem Pfaffen und einem SED-Genossen, die einander 1950 im Krankenhaus als Patienten begegnen und jeweils ein Jesus- und ein Stalinbild über ihr Bett hängen. Auf dem Weg zum happy end tippt der SED-Genosse die Neujahrspredigt des Pfaffen in seine Schreibmaschine und trainiert so für die SED-Kirchenpolitik der achtziger Jahre. Bei der Premiere des Streifens im Filmtheater »International« saßen Bischof i. R. Dr. Albrecht Schönherr, der Präses der Synode der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Manfred Becker, die Chefin der Kulturabteilung des ZK der SED, Ursula Ragwitz, und Kurt Hager, Chefideologe des Politbüros der SED einträchtig nebeneinander und »Neues Deutschland« konnte tags darauf von einer »herzlichen Begegnung« berichten.

Kurz nach dem netten Abend im Kino gibt die evangelische Kirche der DDR bekannt, sie wolle in der Hauptstadt der DDR ein Büro zur Beratung ausreisewilliger DDR-Bürger einrichten, die »die uns von Gott zugewiesene Lebensumgebung« (Präses Becker) verlassen wollen.

In der Zionskirche, dem Haus des Zenrtralkomitees des deutschen oder »wahren« Sozialismus in der DDR, trat bis Ende 1987 des öfteren Stephan Krawczyk auf, der im Interview »taz«-Lesern am 21. Dezember 1987 erzählte, er stehe in der »Brechtschen Tradition«. Neben Bertolt Brecht sei es vor allem Rosa Luxemburg, der sich Krawczyk besonders verbunden fühle, ließen Freya Klier und Freunde Krawczyks nach dessen Verhaftung in einem Appell verlauten. Eine »Tradition im Sinne Rosa Luxemburgs« bescheinigen Krawczyk auch bundesdeutsche Künstler von Henning Venske bis Dieter Hildebrandt in einem Offenen Brief an Erich Honecker, zu dessen Unterzeichnern manche Leute gehören, denen auf die Frage nach dem Vornamen von Luxemburg eher Radio als Rosa einfällt. Welche Kriterien der Zuordnung Krawczyks zur Tradition Rosa Luxemburgs zu Grunde liegen, ist dem Offenen Brief an Honecker nicht zu entnehmen. Offenkundig ist gemeint, daß in Luxemburgs Tradition vor al!em der stehe, der ganz »anders denkt« als sie.

Was aber den Verlust aller Maßstäbe angeht, lassen sich die Vertreter Lenins auf Erden von ihren Gegnern nicht unterbieten. Noch 1981 sei Krawczyk ein »talentierter, geförderter und geforderter junger Künstler« gewesen, schrieb die DKP-Zeitung »UZ«, erst später habe es dann bei ihm einen »Knick in der Entwicklung« gegeben. Denn irgendwie muß ja erklärt werden, warum der Barde, der heute die DDR ein »stinkendes Riff« nennt, 1981 bei den Tagen des Chansons in Frankfurt/Oder den Preis des Ministeriums für Kultur der DDR entgegennehmen durfte – für ein »Gesangsjammern und talentlose Lyrik, die das übliche Betroffenheitsmittelmaß noch unterschreitet«, wie der »taz«-Redakteur Wiglaf Droste schrieb. Der »Knick«, von dem die »UZ« faselt, besteht allein darin, daß Krawczyk seinen gereimten Dünnpfiff erst zu Ehren und dann zur Schmähung Honeckers abließ – gerechte Strafe für sozialistische Kulturfunktionäre, die noch jeden Schnulzenfuzzi als »großen Künstler« hofieren, wenn und solange er im Palast der Republik singt oder einen Abrüstungsaufruf unterschreibt. Aus dem Fall mit dem »Knick« zu lernen hieße, das Geseire des DDR-PEN-Präsidenten Heinz Kamnitzer, der die Störung des »Trauermarschs für die ermordeten Nationalhelden unseres Staates...verwerflich wie eine Gotteslästerung« fand, in den Papierkorb zu werfen und den Autor in Pension zu schicken, anstatt das »Neue Deutschland« mit derartigem Kitsch zu schmücken. Der Rest stand in der »Welt«:

»Herr, deine Liebe ist wie Gras und Ufer, wie Wind und Weite und ein Zuhaus...« Das Lied aus Schweden braust durch das Kirchenschiff der Kapernaum-Gemeinde im ehemals roten Wedding... In dieser kerzenhellen und scheinwerfergleißenden Nacht der TV-Stationen hockt Stephan Krawczyk auf seinem hellroten Plastikstuhl in der ersten Reihe vor dem Altarraum... Nachdem Pfarrer Linke, verhalten und doch sehr bestimmt, Krawczyks Wahrheit über die Ausweisung und das Schweigen der Kirche im Westen angeprangert hat, setzt eine bewegende Prozession ein:

Dutzende von Menschen treten vor, nehmen sich eine Kerze aus dem Korb, stecken sie in zwei Sandkästen ein – und sagen, was ihnen auf der Seele liegt: »Ich bete dafür, daß Gott seine schützende Hand über sie alle hält, die jetzt in die Bundesrepublik gekommen«... Ein Mädchen mit Pferdeschwanz, vielleicht neun, zehn Jahre alt, tritt hervor: »Ich denke an die Leute, die noch hinter Mauern sind«. . . Eine ältere Dame mit sächsischem Akzent sagt stockend: »Meine Kerze für diejenigen, die nicht wissen, ob sie eigentlich noch drüben leben oder schon hier«... Ralf Hirsch, der eben Ausgewiesene, geht ebenfalls vor: »Meine Kerze ist vor allem für die Redaktion des 'Grenzfall ', daß sie weitermachen kann«... Auch Petra Kelly und Gert Bastian sind da...

Und am gestirnten Himmel über dem, Springer und Gott sei Dank: *ehemals* roten Wedding hing die bange Frage, in wessen Tradition dieser Mummenschanz stehen könne – in der Rosa Luxemburgs oder in der Bertolt Brechts?

Konkret 03/88, S. 13

Wolfgang Schneider

Aus dem Tollhaus

Fast ein Jahrzehnt lang blieb verborgen, was die Partei in ihrem Innersten zusammenholt. Nun drängt es ans Licht: Die Grünen sind in Wahrheit eine Christen- und Christinnen-Union

» Wir zusammen glauben an das Reich Gottes, das ein Reich der Gerechtigkeit und des Friedens ist. Und wir Menschen sind es, die dafür den Raum schaffen müssen.«
Petra Kelly, 1987

Zwei Jahre ist es jetzt her, daß die Landesversammlung der bayerischen Grünen beschloß, in's Programm für die Landtagswahl im Herbst 86 zwar die Formulierung »Grüne Politik verwirklicht auch wesentliche christliche Vorstellungen« aufzunehmen, den Zusatzantrag: »Grüne Politik verwirklicht darüber hinaus auch emanzipatorische, anarchistische, marxistische (...) Vorstellungen« jedoch abzulehnen. Damit hatten sie selbstverständlich völlig recht, und im Überschwang des Gefühls, endlich der Wahrheit ihres politischen Engagements auf der Spur zu sein, verzichteten sie darauf, die Streichung des Paragraphen 218 zu fordern, schrieben statt dessen den »Schutz des Lebens« in's Programm, lehnten rasch noch den Vorschlag ab, das Schulpflichtfach Religion zum Wahlfach zu machen, und kleideten ihre gesellschaftskritischen Vorstellungen in eine flügelübergreifende Formel: »Wir wenden uns gegen die kapitalistische Form der Marktwirtschaft.«

Es hat ihnen nichts genutzt. Im August 86 – die Bundestagswahl rückte näher, und noch waren nicht alle Landesverbände zu Kreuze gekrochen – erklärte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, die Grünen seien auf Grund ihrer Haltung zu Ehe, Familie und Abtreibung »für Katholiken nicht wählbar«. Im September, zum Auftakt des 89. Deutschen Katholikentages in Aachen (Motto: »Dein Reich komme«), setzte der Präsident des Zentralkomitees der Katholiken, der bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU) noch einen drauf: »Das Tischtuch zwischen der Kirche und den Grünen« sei »zerschnitten«, verkündete er, eine gemeinsame Gesprächsebene nicht mehr vorhanden.

Die Empörung über diese kirchenoffizielle Ignoranz gegenüber der vor allem durch die 1984 gegründete parteioffizielle Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) 'Christen bei den Grünen' betriebenen Christianisierung des politischen Programms war Grünen-allgemein. Lukas Beckmann, Sprecher im Bundesvorstand, beschwerte sich öffentlich, Höffner leiste der Union Wahlhilfe; Heinz Suhr, Mitglied des Bundestages, sprach von einer »unglaublichen Anmaßung« und forderte den Kardinal auf, seine »absolut einseitigen und unhaltbaren« Äußerungen unverzüglich zu korrigieren; Lothar Kilian, Sprecher der immerhin 900 Mitglieder zählenden frommen BAG stellte fest, die Vorwürfe des katholischen Oberhirten zeugten von »völligem Unverständnis für die Anliegen der Grünen«. In einem offenen Brief forderten zahlreiche kirchliche Mitarbeiter der Diözese Köln ihren Vorgesetzten auf, die Abqualifizierung der »Partei des Lebens« zu widerrufen, »da eine solche Verurteilung der Grünen sachlich nicht gerechtfertigt ist«.

Noch im Monat des Maierschen Verdikts bemühte sich die Theologin und Ex-Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, das Tischtuch wieder zu flicken. Auf der 1. Tagung grüner Christen in Aschaffenburg charakterisierte sie das neue »Lebensverständnis« der Alternativen dadurch, daß es den Frauen die Entscheidung für eine Abtreibung durchaus erschwere, da es auf der christlichen Einsicht basiere, daß Kinder »Kinder Gottes, nicht Besitz der Eltern« seien.

Am 28.4.87 meldete die »Frankfurter Rundschau«: »Bei den Grünen ist es zu einer Kontroverse wegen eines Plakats zum Papstbesuch gekommen, das der katholischen Kirche Frauenfeindlichkeit vorwirft. (...) Der (hessische) Landesvorstand kritisiert (in einem Brief an die Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen und den Bundesvorstand) den Aufdruck auf dem Plakat 'Christliche Tradition ist frauenfeindlich' als Bärendienst für die Partei. Damit werde der kritische Teil« kirchlicher Tradition und Mitgliedschaft »ausgegrenzt«.

Auf derlei Subtilitäten (denn wie »kritisch« ist, wer die Frauenfeindlichkeit der Kirchen bestreitet?) ließ sich die Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein der 'Christen bei den Grünen' gar nicht erst ein. Zur Landtagswahl am 13.9.87 warb sie mit dem Hinweis: Die »Vision des Propheten Micha für das kommende Friedensreich Gottes ('Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken') steht mit anderen Worten im Programm der Grünen.«

Was so bloß sporadisch und in Abhängigkeit von das opportunistische Potential politischer Programme offenbarenden Wahlterminen zu Tage tritt: der christlich verkitschte Blick auf Geschichte und Gesellschaft, die religiöse Phrase als Letztbegründung grüner Politik und der Wahn als ultima ratio der »heilsgeschichtlichen Funktion« (Wiebe) grüner Erweckungsbewegungen, läßt sich demnächst in all seinen komischen Details und fürchterlichen Konsequenzen besichtigen. »Religion hat sich als Motivationskraft eines (. . .) Engagements erwiesen, das in der grünen Partei und Bewegung eine gesellschaftlich relevante organisatorische Gestalt gewonnen hat«, lautet das Fazit einer »Die Grünen und die Religion« betitelten Aufsatzsammlung, die der Athenäum-Verlag im März herausbringen wird*. Darin bestätigen die

Grünen-Politiker/innen Dora Flinner, Petra Kelly, Christa Nickels, Eva-Maria Quistorp, Henning Schierholz, Otto Schily, Antje Vollmer und Karin Zeitler – assistiert von Rainer Langhans – »die Lebendigkeit von Religion und die Reproduktionskraft religiöser Wirklichkeitsinterpretation«, indem sie »verschiedenartige Spielarten religiösen Bewußtseins« vorführen und selbst »überzeugende Beispiele gelungener religiöser Sozialisation« bieten.

Ergänzt werden die zumeist autobiographischen grünen Bekenntnisschriften durch eine Handvoll soziologischer, religionswissenschaftlicher und journalistischer Abhandlungen, die, anderthalb Jahre nach dem Streit der Grünen mit der Führung der bundesrepublikanischen Katholiken, der Antiparteienpartei nunmehr die Absolution erteilen, da sich in ihr »eine Bewegung« ausbreite, »die mit der neutestamentlichen Jesusbewegung von Jesus lernt« (also etwa »sozialpolitische Impulse gegen die anonymisierte Verwaltung menschlichen Elends und die Ausschließung diskriminierter Gruppen (gibt), gegen die sich schon Jesus wandte«), und die mittels »post-patriarchalischer Religiosität und Spiritualität« »neue Wege der Nachfolge« praktiziere.

Nicht nur, weil gegenüber dieser Textsammlung die fünf Jahre alte Erbauungsschrift der damaligen Bundesvorsitzenden Manon Maren-Grisebach (»Philosophie der Grünen«) wie ein schüchterner Aufklärungstraktat wirkt, wünsche ich ihr möglichst viele Leser/innen, sondern vor allem, weil sich hier erstmals jenes Politikverständnis zusammenhängend artikuliert, das die eben nur scheinbar zufällig-idiotischen Aktivitäten der Grünen und ihrer Bonner Fraktion bestimmt. Vom Besuch des Grünen-Mitgründers, Ex-MdBs, heutigen außenpolitischen Beraters der Fraktion und kürzlichen Kohl-Reisebegleiters, Milan Horacek, beim Prager Kardinal Tomaschek, der den Zusammenhang von Dissidentenbewegung und Rechristianisierungsbemühungen der katholischen Kirche unterstrich, über den Aufruf zur internationalen Anerkennung der afghanischen Contra, deren Regierungspläne die Beteiligung von »Kommunisten und Atheisten« kategorisch ausschließen, bis zum »Vater unser« der APO-Veteranin, Mitgründerin der 'Frauen für den Frieden', der Grünen, des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung und jetzigen Vorständlerin der Bundespartei, Eva-Maria Quistorp, am 6.2.88 in der mit 1000 delirierenden Linksalternativen gut gefüllten Westberliner Kapernaumkirche – grüne Politiker/innen verstehen sich zunehmend als »Boten des machtlosen und machtvollen Christus« (Kelly), propagieren eine »Gratwanderung zwischen staatstragendem Christentum und Schwärmerei« (Quistorp) und »ringen um das Wählerklientel der vorgeblich christlich geprägten Parteien. (...) Diejenigen, die (...) am heftigsten miteinander konkurrieren, sind auf der einen Seite CDU/CSU und auf der anderen Seite die Grünen« (so Henning Schierholz, seit 1982 Referent der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, MdB 85-87, u.a. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie).

Über weite Strecken sind die Auskünfte der grünen Politiker/innen über persönlichen Werdegang (»meine Oma pfiff und machte köstliches Apfelmus«, Quistorp), religiöse Motive (»Gewißheit, daß nichts auf der Erde ohne Gottes Anwesenheit geschieht«, Flinner) und politisches Engagement (»Was nicht liebend praktiziert werden kann, muß unvernünftig sein«, Kelly) hochgradig albern. »In der Kirche kriege ich mit, was zur Zeit die neueste Mode ist, wieviel Zentimeter die Kinder gewachsen und die Alten kleiner geworden sind (...) hier kann ich meinen Glauben hören, anschauen, riechen, heraussingen«, erzählt uns etwa Christa Nickels, MdB 83-85, anschließend Nachrückerin mit Schwerpunkt Frauenpolitik und seit Februar wieder Bundestagsabgeordnete mit Sitz im Petitions-, Rechts- und Vermittlungsausschuß. »Glaube riecht abgestanden feierlich oder an Festtagen nach Weihrauch. (...) Er hat den Klang der alten Gebete und Litaneien«, sei im übrigen aber kein »Besteck«, »kein Schlummerkissen«, kein »dickes Plumeau«, sondern »ein Zugseil«, »eine Spur im dicken Nebel« und »hat Namen: Vater, Mutter, Du«. – »So gesehen war es gar kein Wunder, daß die aufkommende grüne Bewegung mich anzog wie die Motte das Licht.«

Otto Schily, der sich im Bundestag darüber beklagte, daß die Gesellschaft nicht ordentlich »funktional« in die Bereiche Kultur/Staat/Wirtschaft geteilt sei, traut noch nachträglich dem Erfinder dieser Dreigliederung, dem Anthroposophen-Guru und Spezialisten für's Zerbröseln von Kuhhörnern, Rudolf Steiner, Wunderbares zu: »Eine konstruktive Aufnahme seiner Ideen in den gesellschaftlichen Dialog bereits in den 20er Jahren hätte jedenfalls (...) die Katastrophe der Terrorherrschaft der Nazis und des Zweiten Weltkrieges vermeiden helfen.« Und Petra Kelly erklärt die Weigerung der Bundesregierung, dem Reaganschen Abrüstungskurs zu folgen, mit der Tatsache, »daß wir eben keinen Bischof Hunthausen in der Bundesrepublik haben, keinen Bischof, (...) der auf hoher See gewaltfreien Widerstand gegen die atomare Aufrüstung in einem Segelboot durchführt«. Auch die Friedensbewegung wäre ihrer Meinung nach effektiver, würde sie sich konsequenter am amerikanischen Vorbild orientieren: »Immer wieder gehen Hunderte von Menschen zu diesen Zugstrecken und knien nieder und beten und lassen sich dann festnehmen. «

Besonders stolz ist die Katholikin und Feministin Nickels (»Marias Loblied ist auch meins«) auf ihre drahtlose Verbindung in's Jenseits: »Wenn ich mich freue, dann funk ich es 'rüber«, und auf ihr in's Kirchengestühl geflohenes Geschlecht: »Überwiegend Frauen halten Kirche lebendig«. Aber hier hört der Spaß auch schon auf: Von der Lebendigkeit der Kirche durch Aktivitäten der Frauen zu fabeln, ohne auch nur einen Gedanken an die Millionen durch die Aktivitäten der Kirche gequälten und ermordeten Frauen zu verwenden, zeigt, daß die Vorstellung einer 'feministischen Theologie' ein ebensolcher Unfug ist, wie die einer 'Theologie der Befreiung'.

Dennoch treibt vor allem erstere bei den Grünen verständlicherweise absonderliche Blüten. Die zur traditionell patriarchalischen Bibelauslegung alternativ-feministische Interpretation der 'Heiligen Schrift' ist schließlich das letzte Refugium, in das die grünen Christinnen die Restbestände ihres frauenpolitischen Engagements zu retten versuchen. Daß beispielsweise »Maria Jesu Gesprächspartnerin ist, weniger die hauswirtschaftlich geschäftige Martha« (Quistorp), 'Gottes Sohn' also emanzipierte Frauen bevorzugt habe, wird nur deshalb betont, weil aus christlicher Sicht die Frauenbewegung einer theologischen oder – wie Christa Nickels sagen würde – »theaphantastischen« Legitimation bedarf, um einerseits gegenüber den kirchlichen Dogmatikern verteidigt werden zu können, andererseits aber selbst für den eigenen Lebenswandel akzeptabel zu sein. Wenn Petra Kelly von Gleichberechtigung spricht, dann denkt auch sie zuerst »an den freien Umgang Jesu mit den Frauen (...) Sein freies, egalitäres Verhalten besonders Frauen gegenüber muß endlich wieder Einzug in die pastoralen Briefe der Bischöfe halten.« (Was eigentlich hat sie sich bei diesem »wieder« gedacht? Was weiß sie von der Geschichte jener Verbrecherorganisation, an die sie so kreuzdumm appelliert?)

Der rapiden Theologisierung politischer Forderungen entspricht eine generelle Entpolitisierung, ja Enthumanisierung grüner Begründungen für gesellschaftliches Handeln. Wer etwa die 'Agrarkrise' der Europäischen Gemeinschaft auf der Grundlage des Gleichnisses vom »habgierigen Bauern« (Lukas 12, 15-21) als »strukturelle Sünde« abhandelt und fordert: »Wir müssen uns einmischen, daß (!) der babylonische Turm nicht weiterwächst und uns erschlägt«, braucht sich weder um ökonomische Zusammenhänge noch um politische Machtverhältnisse zu kümmern; wer die Gentechnologie angreift, weil sie religiösen Überzeugungen zuwiderläuft (»daß der Mensch sich nicht selbst geschaffen hat, daß er über seinen Anfang und sein Ende nicht selbst verfügt«), hat von der tatsächlichen Bedrohung nichts begriffen und sich bereits in's fremdbestimmte Schicksal gefügt; wer gegen den südafrikanischen Rassismus protestiert, weil alle Menschen »vor Gottes Angesicht gleich sind und nach Gottes Ebenbild geschaffen wurden«, nimmt von den Schmerzen der täglich Mißhandelten keine Notiz – ganz abgesehen davon, daß er/sie im Rahmen einer Institution agiert, die im Verlauf ihrer 2000jährigen Geschichte so viele »Ebenbilder Gottes« geschlachtet hat, wie keine zweite auf Erden, und die noch heute den Gewaltherrschern aller Kontinente mit Rat und Tat zur Seite steht.

Schon am Demonstrationszug »Heiligabend 1967 vor die 'Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche'« in Berlin will sich Eva Quistorp lediglich beteiligt haben, »um in der stillen Nacht an die Zerstörung der heiligen Nacht (nicht etwa: der Menschenleben, W.S.) durch die Bomben in Hanoi zu erinnern«. Später dann hat sie »bei den Gottesdiensten vor den Bauzäunen der Atomspaltwerke in Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf und in der Holzkirche bei der Startbahn-West« vor allem den »heiligen Geist (...) gut aufgehoben gefunden«. Auch die Bundestagsabgeordnete Dora Flinner, amtierendes Mitglied im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, handelt nur auf höhere Weisung: »Gott hat die Welt in die Verantwortung des Menschen gelegt (...), damit er nach Gottes Willen mit ihr umgehe (...) Daher mußte ich in meiner Heimat Boxberg dagegen einschreiten, daß die Landschaft der Daimler-Benz-Teststrecke zum Opfer fiel.«

Wo dergestalt mit den realen Bedürfnissen, Interessen und Hoffnungen der Menschen auch ihre Leiden im frommen Sermon versacken, wo gar die »einseitige Abrüstung« zum »Ausdruck des Kreuzes Christi« (Kelly) degeneriert, da fällt kaum noch auf, wenn selbst die Opfer der Kriminalgeschichte des Christentums noch verhöhnt werden. Die Kritik der grünen Christen an einigen »verhängnisvollen Fehlentwicklungen« (Schierholz) in der 2000jährigen Kirchengeschichte ist in Haltung und Duktus vom Reden Helmut Kohls über den Nationalsozialismus ticht zu unterscheiden. Während der Kanzler nur von einigen Untaten weiß, die »in deutschem Namen begangen« wurden, erinnert sich Henning Schierholz lediglich daran, »daß das Christentum, etwa in der Zeit der Kreuzzüge«, seine eigentlich pazifistischen »Wurzeln vergessen« und »die Gewalt von oben gerechtfertigt (nicht etwa: praktiziert, W.S.) hat«.

Bleibt die exemplarische Karin Zeitler. In ihr hat sich, was zunehmend die Politik der Grünen bestimmt, derart zum Idealtypus verdichtet, daß die Lektüre ihrer »Auf dem Weg ins neue Zeitalter« überschriebenen Ausführungen die des grünen Parteiprogramms erübrigt.

Nach den üblichen APO-Verwicklungen, berichtet Karin Zeitler, habe sie eines Tages mit Schrecken festgestellt, daß »mein Austritt aus der Kirche parallel lief zu meiner Hinwendung zum Materialismus«, und daß »der Marxismus«, der sich »für den Verstand anbot«, »lauter unbefriedigende oder dumme Antworten« auf ihre Frage, »wer denn nun revolutionäres Subjekt sein könnte«, parat hielt. Auf dem daraufhin eingeschlagenen Weg »zurück zu Gott« sei sie schließlich auf die Grünen gestoßen, habe sich mit ihnen zusammengetan und sehr bald wahrgenommen, »daß mein Engagement für die Grünen und für Spiritualität die gleichen Wurzeln hat«. Um »Liebe und Gerechtigkeit« zu verwirklichen sei sie dann »in den Bundestag gegangen (...) Meine Sehnsucht nach Liebe, Unterstützung und Akzeptanz war mein verschlossenes Handgepäck«. Derart üppig ausgestattet habe sie im bundesdeutschen Parlament zwei Lektionen lernen müssen. Erstens: »Um Demokratie auszufüllen und sich liberal zu verhalten, braucht es innerlich reife Menschen.« Zweitens: »Solange wir nicht in der Lage sind, unseren Standort zu wechseln, um den Standort unseres Gegenübers einzunehmen, kommen wir nicht zu befriedigenden Lösungen für alle.«

Noch immer aber »(waren) meine intellektuellen Einsichten (...) oft schneller als mein inneres Wachstum«. Erst nachdem »meine Begegnung mit spirituellen Werkzeugen wie der Astrologie und dem Tarot« und »die Vertiefung meiner

therapeutischen Erfahrungen mit Bioenergetik (. . .) meine geistigen Einsichten verwurzeln« konnten, sei sie in der Lage gewesen, der zweiten Lektion zu genügen. Mit Hilfe geeigneten Lehrmaterials habe sie dann rasch weitere Fortschritte gemacht: »Auf diesem Weg zur Liebe in mir unterstützten mich nun viele spirituelle, esoterische Bücher, denen ich zum Teil in Bahnhofsbuchhandlungen 'zufällig' begegnete, wenn ich für lange Dienstfahrten nach Lektüre suchte.« So habe sie schließlich ihr schwieriges Amt im Sinne des imperativen Mandats doch noch vollgültig ausfüllen können.

»Daß es tiefes Wissen gibt, von der sich keine (Hoch-)Schulweisheit träumen läßt, bestätigt sich permanent in meinem Leben. Meine Beschäftigung mit den Tarotkarten vermittelt mir tiefe Einblicke in die menschliche Psyche. Das Erlebnis meiner eigenen Geburt in einer therapeutischen Sitzung zeigt mir, wie wenig wir von den menschlichen Möglichkeiten wissen. Eigene Reinkarnationserlebnisse (...) verstärken den Eindruck, wie beschränkt unser offizielles Wissen ist (...) Mein mittlerweile angehäuftes esoterisches Wissen verbindet sich mit der Einsicht, daß wir alle auf dem Weg zur Liebe sind. Leben heißt Lieben. (...) Dieses volle JA zum Leben zieht sich als roter Faden durch die Visionen der Grünen. (...) Unser Ziel ist das Paradies auf diesem geliebten Planeten.«

Karin Zeitler saß von 1985-1987 für die Grünen im Bundestag. Sie war zuständig für Bildung, Wissenschaft und Hochschulpolitik.

*Gunter Hesse, Hans-Hermann Wiebe (Hg.): Die Grünen und die Religion, Athenäum-Verlag, Frankfurt/M. 1988, ca. 220 S., ca. 19.80 Mark

Konkret 03/88, S. 16

Oliver Tolmein

Beugehaft und Kontaktschuld

Das BKA liefert Wecker statt Beweise. Wer sie kauft wird überwacht. Verdächtig ist auch, wer telefoniert und nicht sagt, was der Staatsschutz gerne hören würde.

Die chemische Industrie braucht Ruhe im Land. Die Winteraktion des Bundeskriminalamts hat tiefe Spuren hinterlassen. Ursula Penselin und Ingrid Strobl befinden sich noch in Haft, andere werden weiterhin gesucht

Der FDP-Innenpolitiker Burkhard Hirsch gab sich besorgt: »Eine überzogene Anwendung des Paragraphen 129a könnte in der Bevölkerung den Anschein erwecken, als sei die Bundesrepublik ein Überwachungsstaat.« Und dieser Eindruck, Hirsch wiederholte es, als müsse er sich den Gedanken selbst ausreden, sei ganz falsch. Zu den Verhaftungen von Ursula Penselin und Ingrid Strobl mochte sich das sicherheitspolitische Aushängeschild der FDP nicht äußern. Wer überführt sich schon gern selbst der Lüge.

Die Bundesrepublik Deutschland *ist* ein Überwachungsstaat – und nicht nur das. Den Beleg liefern die Beschlüsse der Haftrichter vom 27. Januar 1988 gegen Ursula Penselin und vom 9. Februar 1988 gegen Ingrid Strobl, die Haftfortdauer für die beiden Frauen anordnen: wahrscheinlich bis zu Prozeßbeginn, und der kann sich noch lange hinziehen. Die Beschlüsse offenbaren, wie präzise und total Leute überwacht werden, die dem Staatsschutz aufgefallen sind: Das kann zufällig geschehen sein – z.B. weil sie einen »verdächtigen« Wecker gekauft haben – möglicherweise aber auch nur, weil sie sich intensiv mit einem brisanten Thema beschäftigt haben. Von dem Moment an, wo der Staatsschutz jemanden im Visier hat, wird alles registriert und gegen die Zielperson verwendet. Gerade auch Banales, wie ein Treffen in einem Cafe in Osnabrück mit drei Frauen, wird erfaßt – und in das Fahndungsraster eingepaßt. Eine der Frauen, mit denen Ursula Penselin damals gesprochen haben soll, hat, das Bild verdichtet sich, einen Zeitgeberbaustein gekauft – wie ihn viele BastlerInnen verwenden, aber eben auch »die Amazonen«, die »Adler« angegriffen haben.

Zur Gewißheit wird der Verdacht gegen Ursula Penselin für die Ermittlungsbehörden, als sie, zwei Monate nach dem Treffen in Osnabrück, an einem anderen Ort, in Telgte, in einer Ferienwohnung mit Frauen zusammentrifft. Was dort besprochen worden ist, weiß die Bundesanwaltschaft nicht. Es interessiert sie offensichtlich auch nicht sonderlich. Um den Haftbefehl zu erwirken, reicht es aus, daß die Ferienwohnung nicht unter dem Namen einer Teilnehmerin des Treffens angemeldet wurde und daß die Polizei in der Nähe in einer Sickergrube ein Flugblatt der Revolutionären Zellen sowie einen Kassenzettel für einen Bananenstecker, der tags zuvor in Hamburg gekauft worden war, gefunden hat. Ein Bananenstecker, darauf weist die Bundesanwaltschaft hin, kann bei der Herstellung von Brand- und Sprengsätzen Verwendung finden.

Z »Ursula Penselin wird nichts weiter vorgeworfen, als Kontakt gehabt zu haben zu Frauen, die verdächtigt sind, Bauteile gekauft zu haben, die bei Anschlägen Verwendung finden« resümiert ihr Anwalt nach dem Haftprüfungstermin. Die Bundesanwaltschaft hat eine neue Straftat erfunden: die Kontaktschuld.

Diese Art von Verdachtsschöpfung ist kein Versehen, kein unrechtsstaatlicher Zufall in einem liberalen Rechtsstaat – sie wirkt kafkaesk und ist es, denn sie hat System. Es handelt sich um eine nicht elektronische Variante der Rasterfahndung – verändert haben sich allerdings die Raster: Es wird nicht mehr gefiltert, sondern addiert. Forschte BKA-Chef Horst Herold noch nach Verdächtigen, die ihre Stromrechnung in bar bezahlten *und* unter falschem Namen lebten *und...* reicht es heute für den Verdacht, Mitglied der »Roten Zora« beziehungsweise der »Revolutionären Zellen« zu sein, aus, wenn Kontakte zu Leuten gehalten werden, die Wohnungen unter fremden Namen anmieten, *oder* wenn ein Wecker der Marke Emes-Sonochrom gekauft wird.

Ein Weckerkauf nämlich hat die Kölner Journalistin Ingrid Strobl ins Fadenkreuz der Fahnder gerückt. Am 11. September 1986, so wird ihr Haftbefehl begründet, habe sie in einem Kölner Geschäft einen Emes-Sonochrom Wecker gekauft – am 28. Oktober 1986 sei genau dieser, durch eine eingeprägte Nummer hinter dem Ziffernblatt identifizierte Wecker als Zünder bei einem Sprengstoffanschlag der Revolutionären Zellen auf das Verwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa eingesetzt worden.

»Schotten dicht für Flüchtlinge, die in die BRD reinwollen. Flug frei für alle, die raus wollen. Die Deutsche Lufthansa, immer treu im Dienst des Staates, macht es möglich. Von den über 8000 Abschiebungen im Jahr 1984 hat die Deutsche Lufthansa rund 6000 übernommen. Der Umsatz für diese Hilfspolizeileistungen lag bei ca. 8 Millionen Mark. Piloten und Stewardessen, die sich weigern, bei dieser Praxis mitzumachen, werden mit beruflichen Konsequenzen bedroht. 1985 scheffelte die Lufthansa 146 Millionen Mark Gewinn. Allein im Geschäftsjahr 1985 wurden über 600.000 Tonnen Fracht befördert. Ein Großteil davon sind Rohstoffe und Waren, die in den Billiglohnländern den Menschen abgepreßt wurden und an denen die Deutsche Lufthansa via Frachtkosten mitprofitiert. Und sie verdient nocheinmal daran, daß sie die Flüchtlinge

aus diesen ausgebeuteten Ländern in die Baracken und Gefängnisse zurücktransportiert, vor denen sie geflohen sind«, war die Aktion in dem damals veröffentlichten Bekennerbrief begründet worden.

Die direkte Verbindung von Weckerkauf und Anschlag, die die Bundesanwaltschaft als vermeintlich erdrückendes Indiz gegen Ingrid Strobl der erschreckten Öffentlichkeit vor Augen hält, erweist sich bei genauerem Hinsehen als äußerst dürftige Konstruktion: Nicht einmal die Staatsschutzjuristen selbst behaupten nämlich, beweisen zu können, daß sie selbst den Sprengsatz gebaut oder den Wecker bewußt zum Bau eines solchen gekauft und anschließend weitergegeben hat. Daß sie Ingrid Strobl dennoch in Haft behalten, hat offensichtlich nur einen Sinn: Sie hoffen, daß ihre Gefangene weiß, auf welchem Weg der Wecker ins Lufthansaverwaltungsgebäude gelangt ist und daß sie, durch längere Haft zermürbt, beteiligte Personen, die ihr möglicherweise bekannt sind, verrät. Ingrid Strobl sitzt in Beugehaft.

Bemerkenswerter als die Tatsache, daß Ingrid Strobl den Wecker gekauft hat, sind die Umstände dieses Kaufs. Wieso sie denn den Wecker kaufen wolle, soll die Journalistin vom Verkaufspersonal des Kölner Geschäfts nach Angaben der Bundesanwaltschaft gefragt worden sein. Daß sie diese Frage nicht wahrheitsgemäß beantwortet haben soll, belastet sie nach Meinung der Bundesanwaltschaft ebenso, wie die Tatsache, daß sie sich die Funktionsweise des mechanischen Weckers angeblich nicht hat erklären lassen.

Das Verkaufspersonal in Köln war nicht zufällig so penibel und neugierig: Es handelte auf Anweisung des BKA. Und nicht nur das: Die Sicherheitsbehörden haben, nach eigenen Angaben, die Herstellung dieser Weckermarke in Kooperation mit der Herstellerfirma übernommen, haben die Wecker dabei präpariert, sie selbsttätig ausgeliefert, das Verkaufspersonal der Geschäfte, in denen er zum Verkauf angeboten wurde, aufgefordert, sich die Namen und eine Personenbeschreibung der KäuferInnen zu notieren, den Kauf mit Videokameras aufzunehmen und nach jedem Kauf die Polizei zu informieren. Wörtlich erklärte der zuständige Oberstaatsanwalt der Bundesanwaltschaft, Beese, bei Ingrid Strobls Haftprüfungstermin: »Wir haben eine Falle gestellt, indem wir den Wecker zum Verkauf geliefert und präpariert haben. Und siehe da, er wurde gekauft.« Die Herstellerfirma, die Geschäftsinhaber, die Polizei – alle zusammen eine staatsschützende Vereinigung. Die Rechtsgrundlage auf der diese operiert, ist, vorsichtig gesagt, sehr wackelig. Stützen konnte sich die Aktion einzig auf die Erkenntnis, daß bei bisherigen Anschlägen der »Roten Zora« und der »Revolutionären Zellen« der Emes-Sonochrom Wecker häufig Verwendung fand. Der Kauf eines solchen Weckers, der im übrigen auch noch anderen Personen, gegen die im Zuge der Fahndungsaktion vom 18.12.1987 ermittelt wird, vorgehalten wird, ist deshalb nicht rechtswidrig. Ein derart massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte wie eine sich an einen Weckerkauf anschließende dauernde Überwachung kann kaum auf so einen Generalverdacht gestützt werden. Sonst wäre zu fragen, welche Konsequenzen die Polizei aus der Erkenntnis gezogen hat, daß Attentate mehrmals von Motorrädern der Marke »Suzuki« aus verübt worden sind? Die BesitzerInnen irgendwelcher Schreibmaschinentypen oder Computerdrucker müssen damit rechnen, permanent beschattet zu werden, weil ihre Arbeitsgeräte öfter zum Schreiben von Bekennerbriefen verwendet wurden? Und was sagt der Datenschutzbeauftragte dazu?

Die Fragen sind zwar nicht rhetorisch – auf ihre Beantwortung wird aber verzichtet. Sie würde niemandem helfen – denn auch und gerade unverdächtiges Verhalten erweist sich, hat die Observation ersteinmal begonnen, als hochgefährlich. Der Tatsache, daß die monatelange Observation Ingrid Strobls keine Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Verdächtigungen ergeben hat, mißt die Bundesanwaltschaft keine Bedeutung bei – Frau Strobl sei schließlich im Februar 1987 gewarnt worden. Eine Warnung, die der Bundesanwaltschaft zu denken gegeben hat. Denn Frau L., die sich eines Tages bei »Emma« gemeldet hat, um mitzuteilen: »Ihr werden überwacht, besonders eine Frau namens Ingrid«, ist keine sowieso staatsfeindliche Szenefrau – sie ist die Freundin eines Beamten der politischen Polizei, hat statt eines in der BRD verbreiteten Hangs zum Denunziantentum Zivilcourage. Gäbe es mehr davon – der Staatsschutz hätte es schwerer, und entsprechend drastisch fiel auch die Reaktion aus: Frau L. droht ein Strafverfahren, ihr Freund ist vom Dienst suspendiert worden.

Aber auch wer nicht gewarnt und ergebnislos überwacht wird, macht sich anscheinend schuldig. Im Zusammenhang mit der Durchsuchung des Genarchivs in Essen am 18. Dezember wird der Verdacht auf Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer »terroristischen Vereinigung« unter anderem damit begründet, daß die Beschuldigte an einem Treffen im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft teilgenommen habe, »bei dessen telefonischer Verabredung ganz gezielt der Zweck des Treffens auch nur andeutungsweise nicht erwähnt worden ist«.

Es soll hier nicht so getan werden, als sei eine derartige Beweisführung der Ermittlungsbehörden überraschend oder zerstöre gar das Vertrauen in den Rechtsstaat. Davon kann schon lange keine Rede mehr sein. Festzustellen ist aber – denn das macht die Qualität gerade dieser Verhaftungs- und Durchsuchungswelle aus – daß der Paragraph 129a den Bewegungen tatsächlich so auf den Leib geschneidert ist, wie oft behauptet wurde. Die Rote Armee Fraktion hat als Staatsfeind Nummer I damit endgültig ausgedient. Die Konzentration auf die Verfolgung der »Revolutionären Zellen« und der »Roten Zora« ist dem Staatsschutz sehr viel dringlicher – und birgt mehr Möglichkeiten zur Bekämpfung außerparlamentarisch, aber legal agierender Gruppen.

Das neue Zauberwort heißt »anschlagsrelevante Themen«: Es wirkt als Sesam-öffne-Dich für das gesamte Repressionsarsenal des Staates bei der Bekämpfung des Widerstands gegen die Gentechnik und gegen die Flüchtlingspolitik der BRD. Daß die auf diesem Sektor militant agierenden Gruppen »Revolutionäre Zellen« und »Rote Zora« keine Politik betreiben, die sich wie die der Roten Armee Fraktion verselbständigt und von den Entwicklungen in den Bewegungen losgelöst hat, wird jetzt gegen die legal operierende Bewegung gerichtet. Wer an offenen Diskussionen teilnimmt, wer sich mit Erklärungen der Militanten beschäftigt, wer organisiert in Gruppen arbeitet, macht sich verdächtig und riskiert, in ein Ermittlungsverfahren hineingezogen zu werden. Der Preis, dieses Risiko auszuschließen, wird implizit genannt: der Verzicht auf jede Form von Politik, die dem Staatsschutz konspirativ vorkommen könnte; die Offenlegung aller Strukturen und eine Distanzierung von jeglicher Militanz – Opposition unter Staatsaufsicht eben, die den demokratischen Anschein wahrt und so erfreulich wirkungslos bleibt.

Die Bundesanwaltschaft hat ihre Gründe, gerade jetzt das Pilotprojekt gegen die gesamte Opposition, die sich mit »anschlagsrelevanten Themen« befaßt, zu starten. Die Anschläge auf die Firma Adler haben gezeigt, daß die »RZ« auf breiter Ebene gegen mehrere Ziele gleichzeitig wirkungsvoll agieren können und mehr als nur klammheimliche Freude auf ihrer Seite wissen. Eine beunruhigende Perspektive für die Gen- und Biotechnologien, denen ein Hauptaugenmerk der Militanten gilt. Sie werden schließlich in absehbarer Zeit industriell in größerem Maßstab genutzt werden können.

Im letzten Herbst wurde von der hessischen Landesregierung die Genehmigung für den Bau und die Inbetriebnahme einer Großproduktionsanlage für künstlich hergestelltes Insulin bei Hoechst erteilt. Fast gleichzeitig wurde bekannt, daß die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig das gentechnisch produzierte Rinderwachstumshormon »Somatotropin« zur Leistungssteigerung bei Milchkühen einsetzt. Im Bundestag und in der entsprechenden EG-Kommission wird derzeit an Richtlinien gearbeitet, die die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen ermöglichen sollen – Voraussetzung für einen profitablen Einsatz gentechnisch erzeugter Produkte. Und parallel dazu bemüht sich die bundesdeutsche Industrie halbwegs erfolgreich um eine Änderung des Patentgesetzes, die es ihr ermöglicht, selbst konstruierte Produkte »belebter Natur« patentieren und damit besser verwerten zu können.

Und auch der zweite Entwicklungsstrang der Genforschung, die Humangenetik und Reproduktionsmedizin, ist an einem prekären Punkt angelangt. Die Erfassung, »Kartierung« genannt, des menschlichen Genoms ist technisch durchführbar. Zusammen mit den Möglichkeiten der vorgeburtlichen, aber auch der später durchführbaren Diagnostik resultieren daraus bedrohliche Möglichkeiten. Die Diskussion um die Embryonen-Forschung, in die sich fordernd renommierte Wissenschaftsinstitutionen wie das Max-Planck-Institut eingeschaltet haben, deutet die Richtung an, in die Forscherinteressen gehen: Mißgebildete Embryonen sollen als Ersatzteillager für die moderne Transplantationsmedizin herhalten. »Der anenzephale Knabe wurde intubiert und beatmet. Nachdem unter aseptischen Bedingungen beide Nieren en bloc entnommen und für die Transplantation vorbereitet waren, wurde die Beatmung eingestellt. Kurze Zeit später verstarb das Kind. Die entnommenen Nieren konnten am nächsten Tag transplantiert werden«, berichtet die »Gynäkologische Praxis« (Heft 3/87).

In den Reagenzgläsern der Reproduktionsmediziner werden schon seit geraumer Zeit »überzählige« Embryonen hergestellt, mit denen experimentiert werden kann. Der Molekularbiologe Ludger Weß, am Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts beschäftigt, hat die Perspektive klar benannt: »In der Embryonenforschung geht es darum, Freiräume für medizinische Verbrechen zu schaffen.«

Das alles selbstverständlich nicht aus Bösartigkeit – komplizierte, aber eindeutige Ergebnisse aufweisende Kosten/Nutzenrechnungen begleiten seit den frühen siebziger Jahren den Siegeszug der Humangenetik: Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch Selektion. Noch nie, stellte der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Heinz Staab, vor kurzem fest, habe es zwischen Politik und Wissenschaft so vollständige Übereinstimmung gegeben wie heute.

Und die Industrie ist in diesem Bund die Dritte. Den Industriellen zumindest ist auch die Anfälligkeit ihres neuen Zweiges bewußt. Der große Vorteil der Gentechnologie ist zugleich ein erheblicher Nachteil. Die Labors sind kleiner, unauffälliger zu bauen, deswegen leichter durchzusetzen als die großen symbolträchtigen Atomprojekte der siebziger Jahre – sie sind dadurch aber auch sehr viel schwerer zu schützen. Gründe genug also, ein Erstarken der noch recht übersichtlichen Bewegung gegen die Gentechnik zu verhindern – und die potentiell brisante Solidarität zwischen Militanten und legaler Opposition zu zerstören.

Wie weit das gelingen wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Einerseits ist festzustellen, daß die nach den Verhaftungen und Durchsuchungen recht zahlreich organisierten, gut besuchten Veranstaltungen eher dazu geführt haben, daß sich mehr Menschen mit Themen wie Gentechnik, aber auch Flüchtlingspolitik beschäftigt haben. Andererseits muß konstatiert werden, daß die linke und liberale Öffentlichkeit sich auffallend zurückhält. Blätter wie »Spiegel« und »Zeit« widmeten den Verhafteten bisher keine Zeile. Weder die »Humanistische Union« noch das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« haben sich zu Wort gemeldet. Und auch prominente SchriftstellerInnen, SängerInnen, TheologInnen oder JuristInnen hüllen sich in Schweigen oder sind vollauf mit Solidaritätsarbeit für die DDR-Opposition beschäftigt.

Immerhin sind, das ist mittlerweile bemerkenswert, einige grüne Institutionen und Fraktionen aktiv geworden – sehr zum Ärger der Bundesanwaltschaft, die mit nahezu gleichlautenden Beschlüssen verhinderte, daß die Solidaritätsadressen in die Zellen ausgeliefert wurden: »In dem Ermittlungsverfahren wird der Brief der GRAEL/Regenbogenfraktion des Europaparlaments angehalten. Der Brief enthält diffamierende Angriffe gegen die für die Inhaftierung der Beschuldigten verantwortlichen Justizbehörden, denen willkürliches und gesetzeswidriges Verhalten unterstellt wird. Die Ausführungen gehen über den Rahmen einer zulässigen freien Meinungsäußerung hinaus. Solidaritätskundgebungen von Vertretern eines Parlaments, die ohne jede sachliche Prüfung des Tatvorwurfs und der Gesetzeslage an einen Untersuchungsgefangenen gerichtet werden, sind geeignet, diesem das Gefühl zu vermitteln, er werde sach- und gesetzeswidrig verfolgt und in Haft gehalten. Wenngleich eine solche Wirkung bei der Urteilsfähigkeit der Beschuldigten nicht zu erwarten ist, können derartige Solidaritätsversuche doch allgemein die Ordnung der Anstalt gefährden.« Vor allem wenn die Beschuldigten 23 Stunden am Tag in völliger Isolation in ihrer 20 qm großen Zelle gehalten werden und sie auch während ihrer einen Stunde Hofgang keinen Kontakt mit Mitgefangenen aufnehmen dürfen.

Spendenkonten:

für Ursula Penselin: Kto.Nr.: 1206/48 49 31, J. Beyer, Hamburger Sparkasse, Stichwort 18.12.;

für Ingrid Strobl: PschA Köln, Kto.Nr.. 234 81-506 Peter Neff

Konkret 03/88, S. 20

Michael Scharang

Österreich (ge)denkt, Deutschland lenkt

Der »Fall Waldheim« ist ein grandioses Spektakel, hinter dem sich der zweite Anschluß Österreichs ans deutsche Kapital verbirgt

Vor 50 Jahren schickte das deutsche Kapital Hitler, um Österreich zu kassieren. Heute schickt es die EG. Damit dieser Skandal einer neuerlichen Annexion unentdeckt bleibt, beschäftigt die Bürgerpresse die Öffentlichkeit mit der Affäre Waldheim.

Die österreichische Regierung trägt ihren Teil zur Ablenkung bei, indem sie die Staatsbürger, damit ja kein Nachdenken über die Gegenwart aufkommt, zum Gedenken an das 50 Jahre alte Großereignis animieren möchte. Dabei greift sie, der das eigene System schon in Krisen und Skandale entglitten ist, forsch ins Sonnensystem ein und funktioniert das Schaltjahr 88 zum Gedenkjahr um.

Dieses darf deshalb nicht unter der Obhut von Sternzeichen, sondern muß im Zeichen der Versöhnung stehen. Aufgerufen sind österreichische, ehemals reichs-deutsche Täter, welche massenhaft überlebt haben; sie sind aufgerufen dazu, sich mit den Opfern, welche massenhaft ermordet worden sind, endlich und endgültig zu versöhnen. Die Opfer, denen man in Österreich nach 1945 oft genug Anlaß gegeben hat, sich angeekelt im Grab umzudrehen, werden nun auch noch in die Lage gebracht, sich zu fragen, ob sie nicht von Glück reden können, diese Versöhnung und dieses Gedenkjahr nicht erleben zu müssen.

Doch selbst diese unglückseligste Form von Glück, tot zu sein, um nicht zu sehen, wie die Mörder einen nachträglich noch verhöhnen, wird den Opfern des Faschismus nicht gegönnt: Unter dem Vorwand, ihrer zu gedenken, werden sie aus dem Tod gerissen wie vormals aus dem Leben und zur Versöhnung befehligt.

Die meisten Nazis österreichischer Provenienz haben aus ihrer siebenjährigen Beteiligung am tausendjährigen Reich die Lehre gezogen, daß man als schlichter österreichischer Reaktionär und Stammtisch-Rassist besser über die Runden kommt denn als großkotziger Nazi-Heißsporn. Denn als 1945 alles zu Ende war, bedurfte es keiner Flucht, keines Freispruchs und nicht vieler Ausreden, man wurde einfach, was man früher war, Österreicher.

So fand eine doppelte Befreiung statt: Österreich wurde den Faschismus los und die hiesigen Nazis ihre kompromittierte Vergangenheit. Daß sie einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bildeten und nun parteilos dastanden, machte sie zu einem wichtigen, wenn nicht ausschlaggebenden innenpolitischen Faktor der Zweiten Republik. Den beiden wiedererstandenen Traditionsparteien, der konservativen und der sozialdemokratischen, mit abgezirkelter Anhängerschaft, war klar, daß über den Ausgang der Wahlen die ehemaligen Nazis entscheiden würden. Entsprechend lasch wurde die eigene demokratische Position formuliert, entsprechend verschämt redete man von österreichischer Eigenständigkeit, entsprechend ausgezehrt schleppte der Antifaschismus sich dahin.

Gegenüber den vier Siegermächten, die das Land besetzt hielten, brauchte man sich keiner besonderen Entnazifizierungsanstrengung zu befleißigen und sich auch nicht über die Maßen unterwürfig zu zeigen, denn die Alliierten hatten nicht viel Handlungsspielraum: Um es zu teilen, war Österreich zu klein; es teils dem Osten, teils dem Westen zuzuschlagen, hätte abermals Auslöschung bedeutet, also das, was Hitler erst vor kurzem praktiziert hatte. So reduzierten sich die Ambitionen der Alliierten auf die eine, Österreich loszuwerden, was ihnen 1955 mit dem Staatsvertrag auch gelang.

Innenpolitisch imitierte Österreich schlau die Weltpolitik: Die beiden Großparteien behaupteten ebenfalls, keinen Handlungsspielraum zu haben und angesichts der Besatzungstruppen nicht gegeneinander, sondern miteinander zu arbeiten. Unter dem Firmennamen »Zusammenarbeit« wurde eine gigantische Fälscherwerkstatt gegründet, mit dem Unternehmensziel, die Gräben der Vergangenheit, wie die Firmengründer unübertrefflich formulierten, zuzuschütten. Es ging, einfacher ausgedrückt, ums Umschreiben der österreichischen Geschichte: um die Darstellung der Klassenkämpfe, die 1934 sogar zum Bürgerkrieg eskalierten, als Folge tragischer Mißverständnisse – weshalb man guten Gewissens Schuld und Unschuld auf Täter und Opfer verteilen könne; die Leute damals seien halt noch zu unreif für eine Zusammenarbeit à la Große Koalition gewesen. Was als Zusammenarbeit und als gemeinsame Sorge ums Gedeihen des neuen Österreich daherkam, war jedoch bloß Aufteilung wirtschaftlicher und politischer Macht; und so wurde die große geschichtliche Möglichkeit, die sich nach 1945 bot, umgemünzt in mickrige parteipolitische Realität. Wieder nahmen jene politischen Kräfte das Heft in die Hand, welche sich schon in der Ersten Republik als verhängnisvoll erwiesen hatten, Konservative und Sozialdemokraten, die, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, im Grunde nie an die Existenzfähigkeit eines selbständigen Österreichs glaubten. Eine Ausnahme bildeten damals nur drei politische Kräfte: Karl Kraus, weil er in der Gegenwart, die Monarchisten, weil sie in der Vergangenheit, die Kommunisten, weil sie in der Zukunft verankert waren.

Österreich wurde von den Befreiern nicht nur in den Grenzen von 1937 wiedererrichtet, es erbte auch die Großindustrie, welche das Hitlerregime hier aus dem Boden gestampft hatte. Außerdem machte sich der neue Staat die Großbanken und andere wichtige Wirtschaftsbereiche zu eigen. In der ersten Euphorie der Wiedergeburt dürfte er sich erinnert haben, daß die Erste Republik Hitler in die Hände fiel, als ein beträchtlicher Teil der Wirtschaft bereits von Deutschland kontrolliert wurde, und daraus den Schluß gezogen haben, daß einigermaßen eigenständige Politik von einer halbwegs eigenständigen Wirtschaft abhängig ist.

Als Österreich 1955 durch den Staatsvertrag in Freiheit entlassen wurde, besaß seine Unabhängigkeit und Neutralität tatsächlich ein ökonomisches Rückgrat in Gestalt einer starken verstaatlichten Industrie und eines Osthandels, auf den es damals fast ein Monopol hatte und der zumindest ein gewisses Gegengewicht zum Sog der westdeutschen Wirtschaft bildete.

So waren dem Land auch ökonomisch und außenpolitisch zwanzig fette Jahre beschieden: Der Aufstieg zum entwickelten Industriestaat war gekoppelt mit wachsendem internationalen Ansehen. Beides gründete freilich zum Teil in Schwindel, Lüge und Selbstbetrug – was so lange keine Rolle spielte, als der übrigen Welt das ebenfalls ins Konzept paßte. Doch als deren Österreich-Konzept vor kurzem sich änderte, flog auch der Schwindel auf. Die Österreicher stehen nun fassungslos vor einem Scherbenhaufen, und trotz aller Mühen Waldheims, ihnen die Welt zu erklären, verstehen sie sie nicht mehr.

Das Unglück begann damit, daß die österreichischen Nachkriegsregierungen versuchten, den Siegermächten die Weltgeschichte als Zauberposse zu erklären und jene sich überraschenderweise darauf einließen: Österreich sei erstes Opfer der Hitler-Aggression, daraufhin nicht mehr existent, folglich an keinerlei Weltkrieg und Völkermord beteiligt gewesen, nun aber, nach Hitlers Ende, wieder springlebendig. Diese impertinente Weltsicht paßte den Alliierten nicht übel: Sie hatte den Vorzug, daß man völkerrechtlich mit Österreich anders verfahren konnte als mit Deutschland, mit welchem man ja auch andere Pläne hatte, schon gar in dem sich verschärfenden kalten Krieg.

Die Österreicher, seit jeher Meister der Doppelmoral, weiteten den gnädigen völkerrechtlichen Freispruch zu einem allgemeinen Freispruch aus, mit dem Ergebnis, daß es einerseits in Österreich zwar von alten Nazis und Kriegsverbrechern wimmelt, andererseits aber diese Gestalten gar nicht existieren können, weil es ein Österreich während der Nazizeit ja gar nicht gegeben hat.

Wer diese zur Staatsdoktrin erhobene Possendramaturgie nicht begreift, wird niemals verstehen, warum die Mehrheit der Österreicher Waldheim nicht als Lügner betrachtet, sondern als jemanden, der sich nur typisch österreichisch verhält. Aber auch die westlichen Siegermächte betrachteten diese Doppelmoral nicht ohne Wohlwollen. Insbesondere die USA sahen ja schon den Neutralitätsstatus, auf dem die Sowjetunion beharrte, als Gefahr einer Linksentwicklung, die nicht unbedingt noch durch Antifaschismus vergrößert werden sollte. So schien es zehn Jahre nach dem Krieg, als hätte sich die Weltöffentlichkeit augenzwinkernd mit einem vergangenheitslosen Österreich abgefunden. Und während um Westdeutsche noch ein Bogen gemacht wurde, hieß man Österreicher im Ausland bereits willkommen.

Wenn sich das nun plötzlich geändert hat, so gewiß nicht, weil die Welt anhand der Vergangenheit des Staatsoberhauptes unverhofft Österreichs schmutzige Vergangenheit entdeckt hätte; wohl eher, weil ein unabhängiges und neutrales Österreich – und nur für dieses war das saubere Image nötig – in den gegenwärtigen Plänen des großen Kapitals und vor allem der NATO keinen Platz mehr hat.

Da heutzutage neben atomarer Kriegsführung auch wieder konventionelle in Betracht gezogen wird, erweist Österreich sich nicht mehr als uninteressante Region, welche im Kriegsfall ohnedies in Staub zerfällt, sondern als schlimme Schwachstelle an der Ostfront der NATO. Um diese zu stopfen, holt man Österreich zuerst in die EG: Denn ist die ökonomische Unabhängigkeit verloren, wird es auf die politische und militärische Neutralität auch bald nicht mehr ankommen.

Damit diese Rechnung aufgeht, bedarf es nicht nur ausländischer Absicht, sondern auch inländischer Disposition. Und die ist gegeben; mehr noch, das Land ist, in vorauseilendem Gehorsam, geradezu prächtig disponiert. Die beiden großen staatstragenden Parteien hatten ja vierzig Jahre Zeit, sich in der Schädigung des Staates zu üben.

Zugegeben, es wurde Wiederaufbau geleistet, doch einer der alten Ordnung. Das ist im Fall Österreichs besonders bedenklich, weil dieses Land schon so oft an alten Ordnungen zerbrochen ist, daß es nur schwer ein neues Selbstverständnis findet. Es wagt heute noch nicht, laut zu fragen, ob es eine eigene Nation ist, heute, da den meisten europäischen Staaten die Frage nach ihrer Nationalität derart selbstverständlich scheint, daß sie schon längst nicht mehr gestellt wird.

Es wurde auch die Großindustrie keinesfalls verstaatlicht, um sie antikapitalistisch zu organisieren, sondern um sie als billigen Grundstofflieferanten für die äußerst schwache Privatindustrie und außerdem als scheinbar unerschöpfliche Pfründe für Parteifunktionäre zu mißbrauchen. Weiters hielt man den verstaatlichten Betrieben, wo immer möglich, Weiterverarbeitung und Finalproduktion vor, womit man über sie jenes Todesurteil verhängte, welches zur Zeit vollstreckt wird.

Die Hoffnung der privaten Industrie, sich auf Kosten der Verstaatlichten so rasch zu mästen, daß sie deren Agenden übernehmen könne, erfüllte sich nur zum Teil. Was sie von den planmäßig heruntergewirtschafteten und zur Privatisierung freigegebenen Staatsbetrieben nicht schlucken kann, gerät in Besitz oder unter Einfluß des ausländischen, vor allem des westdeutschen Kapitals; nicht von ungefähr sitzen immer mehr deutsche Manager im Aufsichtsrat und im Vorstand der verstaatlichten Industrie.

Auch die Sozialdemokratie engagiert sich entgegen früheren Prinzipien eifrig bei der Zerschlagung des verstaatlichten Sektors und nimmt nebenher die ehrenvolle Aufgabe wahr, den Arbeitern Sozialabbau und auf EG-Niveau hochschnellende Arbeitslosigkeit als Sachzwang zu erklären. Die Unzufriedenheit darüber, daß die ökonomische und politische Substanz der Zweiten Republik ausgehöhlt wird, ist zwar vorhanden, wird augenblicklich aber zum großen Teil kanalisiert in Empörung über die Affäre Waldheim. Diese Empörung versucht sich hin und wieder aufzuschwingen zum antifaschistischen Protest, bleibt aber immer wieder auf der offiziell verordneten Dokumentenhuberei kleben: Unvergeßlich jener österreichische Knappe, der neulich als »Spiegel«-<Redakteur auszog, um das Stehaufmännchen Waldheim mit dem Dokument aller Dokumente zu Fall zu bringen.

Dank der bereits legendären Komplizenschaft zwischen Waldheim und den Medien ist es geglückt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf jene Nebenrolle zu konzentrieren, welche Waldheim im Zweiten Weltkrieg gespielt hat, so daß er ungeniert seine Hauptaufgabe als Staatsoberhaupt wahrnehmen kann, welche freilich darin besteht, öffentlich in der Nebenrolle zu brillieren. Das österreichische Staatsdebakel begann zwar nicht mit Waldheim, doch nahm es mit dessen Wahlsieg seinen unaufhaltsamen Lauf. Auf den von der ÖVP forcierten Bundespräsidenten konterte die SPÖ umgehend mit einem neuen Kanzler, der sogleich in Waldheims Propaganda für eine Regierung der Großen Koalition miteinstimmte und alsbald eine solche Regierung auch installierte. Womit der größtmögliche nationale Konsens für Sozialabbau, Privatisierung und Vollmitgliedschaft in der EG gefunden war.

Damit sie ihr Geschäft im Stillem und ungestört von jeglichem Protest abwickeln können, stellt sich der Bundespräsident schützend vor die Regierungskaufleute und zieht alles Interesse auf sich, indem er Anekdoten aus dem Krieg erzählt – was ja nicht nur seine Generation immer wieder gern hört. Journalisten revanchieren sich, indem sie mit Tatsachenberichten aus eben jenem Krieg aufwarten, wofür Waldheim sich wiederum mit allerlei Schnurren bedankt.

Dieser Austausch von Höflichkeiten, der sich mitunter zum Affentheater, mitunter zur Staatsaktion ausweitet, wird andauern, bis die Regierungskaufleute den Ausverkauf so weit unter Dach und Fach haben, daß die Regierten zwar aus allen Wolken fallen, das Debakel aber nicht mehr verhindern können**.**

Konkret 03/88, S. 24

nachrichten

Geistige Qualen

Brian Willson, Vietnam-Veteran und engagierter Gegner der Contras in Nicaragua, wurde am 1. September 1987 bei einer Eisenbahn-Blockade von einem Munitionszug überrollt. Der Vietnamkriegsveteran wollte, seinen eigenen Worten zufolge, damit gegen amerikanische Waffenlieferungen nach Mittelamerika protestieren. Die Besatzung des Zuges hat jetzt gegen Willson Klage auf Schadenersatz erhoben, wegen angeblich erlittener »geistiger Qualen und Verdienstausfalls«. Eine Untersuchung des Unfalls hat allerdings ergeben, daß die Zugbesatzung nicht versucht hatte, den Zug zu stoppen.

Alte Armut neu gemacht

Die These einer neuen Armut in der Bundesrepublik ist der »größte sozialdemokratische Schwindel der Nachkriegszeit«, meinte Geißler noch vor 2 Jahren. Am Beispiel Bremen und Bremerhaven wird in einer Broschüre der Arbeitskammer Bremens vorgeführt, daß Armut in der Bundesrepublik durchaus existiert. So waren in Bremen 1980 nur 1572 Menschen länger als ein Jahr ohne Arbeit. 1985 waren es bereits 13.008. So und in ähnlicher Weise werden auf gut 30 Seiten Statistiken, Zahlen, Vergleiche und Gründe dieser Armut aufgeführt, die eine klare Sprache sprechen. Titel dieser Untersuchung: »Neue Armut in Bremen und Bremerhaven«.

»Sechs-Millionen-Schwindel«

Mit einem Aufruf Ernst Zündels »an meine Freunde in aller Welt« eröffnete Thies Christophersen die jüngste Ausgabe seiner Zeitschrift »Die Bauernschaft«. Zündel war 1958 nach Kanada ausgewandert, wo er jetzt Inhaber des in Toronto ansässigen Verlags »Samisdat Publishers Ltd.« ist. Seit Jahren schon agiert der fanatische Neonazi gegen den »Sechs-Millionen-Schwindel« und »antideutsche Haßpropaganda«. Zur Zeit schwebt gegen ihn ein Verfahren wegen Gefährdung des rassischen und sozialen Friedens. Bei früheren Zündel-Prozessen reisten zum Beispiel der revisionistische Historiker Prof. Faurisson, der ehemalige NPD-Funktionär und Diplom-Politologe Udo Walendy und der frühere SS-Sonderführer Christophersen nach Kanada, um als Zeugen der Verteidigung auszusagen. Auch jetzt bittet der rechtsextreme Verleger wieder um entlastendes Material über Krematorien, Leichenschauhäuser und »Entlausungswagen«. Außerdem sucht Zündel »Deutsche und mit Deutschland damals alliierte Menschen, die Opfer von Gewalttaten wurden, im und ganz besonders nach dem Kriege! . .. denn ich muß in diesem Verfahren endlich deutsches Leid, deutsche Tränen und dadurch die alliierten Verbrechen an die Öffentlichkeit bringen, um die sicher wieder sehr, sehr reichlich fließenden jüdischen Tränen mit deutschen Tränen null und nichtig zu machen.«

Christophersen, Leiter der »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI), setzte sich Anfang Dezember 1986 ins Ausland ab. Am 8. Dezember sollte vor dem Landgericht Flensburg ein Gerichtsverfahren gegen ihn wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz und Verunglimpfung des Staates beginnen. Seit seiner Flucht steht der mehrfach vorbestrafte Rechtsextremist wieder auf den Fahndungslisten. Mittlerweile hat er sich im dänischen Kollund niedergelassen. Das neue Domizil ist mit dem Vorortsverkehrszug von Flensburg aus zu erreichen. Dort hält der Neonazi auch seine Freundestreffen ab, genießt den Ausblick auf die See und die Sicht auf die Heimat, wie er schreibt.

Immer hilfreich

Die Weltbank hat in Indonesien mit 600 Millionen Dollar die Umsiedlung von Hunderttausenden von Familien von Java und Bali in die Regenwälder auf Borneo, Sulawesi und Irian Jaya finanziert. Dieses Umsiedlungsprogramm zerstört nicht nur 3.3 Millionen Hektar ursprünglichen Regenwaldes und den Lebensraum zahlreicher Völker auf dieser Insel, sein wirtschaftlicher Nutzen ist zudem noch höchst umstritten, da der karge Urwaldboden meist keinen dauerhaften Anbau ermöglicht. Der politische Sinn dieser Massenumsiedlung ist allerdings klar: Die für die Umsiedlungsaktion vorgesehenen Regionen dienen der Guerilla des Landes als Unterschlupf. Noch.

Meisterinnen

Bei den Meisterprüfungen im letzten Jahr haben die Frauen deutlich besser als die Männer abgeschnitten. Damit nicht genug, haben sie diesen auch noch vermehrt das Vorrecht auf sogenannte »Männerberufe« streitig gemacht. Die Männer müssen sich jetzt mit einem verstärkten Auftreten etwa von Tischler-, Buchbinder-, Fleischer- und Maler-Meisterinnen

abfinden.

Komödie

In der Massenpresse der DDR, dem FDJ-Organ »Junge Welt« – die Auflage entspricht etwa jener der FAZ und der FR und der Süddeutschen – schrieb man unter dem Titel »Ein Ding der Lächerlichkeit«:

»Über Hasenfus, den von Nikaragua begnadigten US-Störenfried aus den USA, will Hollywood jetzt einen Film drehen. Darin gelingt es Hasenfus, in Managua einen sowjetischen Offizier gefangenzunehmen, der (als Nikaraguaner getarnt!) das 'Kriegsministerium' leitet. Der Offizier wird mit in die USA genommen und avanciert dort sehr bald zu einem zuverlässigen Berater des US-Präsidenten... Nach Beendigung dieses Films wird man wahrlich sagen können: Der Regisseur hat ein Ding gedreht!

Das Ganze soll übrigens ein heiterer Streifen werden. Gut so. Hat doch schon Marx festgestellt, daß die letzte Erscheinungs- und Denkweise einer überlebten Gesellschaftsform – die Komödie ist. Wegen ihrer nicht mehr zu leugnenden Lächerlichkeit.«

Das Kreuz mit dem Atom

Mit einer zweimonatigen Demonstration von Wackersdorf nach Gorleben wollen der Arbeitskreis Wackersdorf/Gorleben und der BBU vom 27. März 1988 an auf die Gefahren im Umgang mit atomaren Stoffen hinweisen. Das Motto der Demonstration ist: »Kreuzweg für die Schöpfung.« Die TeilnehmerInnen sollen dabei über die 900 Kilometer lange Demoroute ein fünf Meter hohes Holzkreuz tragen.

Flüchtlinge in Essen

Wie andere Medieninitiativen in der BRD auch, hat jetzt das Medienzentrum Ruhr e.V. (Hömannstraße 10, 4300 Essen 12) einen Videofilm über Asylbewerber gemacht. Der 45minütige Film (U-matic und VHS) mit dem Titel »Vorübergehend in Sicherheit ... Flüchtlinge in Essen« schildert die Situation der etwa 3000 Flüchtlinge, die in Essen in sogenannten »Übergangswohnheimen« untergebracht sind, als handele es sich um irgendwelches Schlachtvieh: sechsköpfige Familien in einem Zimmer von 20 Quadratmetern sind keine Ausnahme. Die ursprüngliche Absicht der Filmemacher, auch Interviews mit den hier beschäftigten Sozialarbeitern zu führen, scheiterte am Einwand des Sozialdezernats der Stadt Essen, das die Genehmigung nur unter der Bedingung gegeben hätte, »vor der endgültigen Fertigstellung und Vorführung des Films Gelegenheit zu erhalten, die zur Vorführung vorgesehene Endfassung zu sehen«. Es stinkt also zum Himmel. Der Film kann zum Preis von 35 DM beim Medienzentrum Ruhr ausgeliehen werden.

Fortschritt

Jeder siebte US-Amerikaner ist nach offizieller Regierungsdefinition arm. Bei den afroamerikanischen und Latino-Minderheiten liegt der Armutssatz bei ca. 30 Prozent. Die Kluft zwischen arm und reich in den USA vergrößert sich beständig. Zwar werden die Armen zur Zeit nicht noch ärmer (wie sollen sie auch?), dafür aber die Reichen immer reicher: Inzwischen entfallen etwa 42,3 Prozent des Gesamtnettoeinkommens auf 20 Prozent der US-Haushalte.

Amerikanisches Urteil

15 Jahre noch dem Abzug der Amerikaner aus Vietnam hat der Oberste Gerichtshof in Washington festgestellt, wer in diesem Krieg Opfer war: Die Hersteller des gefürchteten Nervengiftes Agent Orange müssen demnach eine Entschädigung in der Höhe von 180 Millionen Dollar an die Opfer der chemischen Kriegsführung auszahlen. Gemeint sind die amerikanischen Kriegsveteranen.

Kasten >radikalauer von Winfried Thomsen< auf Seite >25<

Jeder 10. ist arbeitslos. Welch Fortschritt: früher wurde jeder 10. erschossen.

Hanauer Kantinengruß: »Prost Mol-Zeit«.

Volks-Ungezählte können jetzt vom Polizeicomputer in Datenschutzhaft genommen werden.

Waldheim weiß nicht, was ein Telegramm ist, also kann er auch keins abgeschickt haben.

Kriminelle Vereinigung in Hanau? Nana, die haben ja schließlich keine Meerschweinchen aus Labors entführt.

Löwenthal geht jetzt nach drüben. Er hat da mehr Zuschauer.

Bundeskanzler Nukem bezeichnete heute die Vorgänge in Kohl als ungeheuerlich.

Konkret 03/88, S. 26

Christoph Busch

Sanfte Energie

Das atomare Reisebüro heißt nicht »Transnuklear«, sondern »Digoe Marketing Service«, es transportiert keinen strahlenden Abfall, sondern schlichte Gemüter, die sich vom Segen der Atomwirtschaft überzeugen lassen wollen

Wir sitzen alle in einem Bus. Fünf Journalisten und vier Betreuer auf fünfundzwanzig Sitzplätzen. Parität bei den Frauen: In jeder Gruppe eine. Die Uranhandelsfirma Uranit hat zur Journalisten-Tour geladen. Von Münster via Hamburg zum Kernkraftwerk Krümmel.

Kaum sind wir abgefahren, verteilt Frau Wiesner Plastiktüten mit Gurken, Ei, Joghurt, belegten Brötchen, Obst und Kuchen, alles schön in Alufolie geknuddelt. Jemand Bier, Cola, Saft? Frau Wiesner ist groß, blond, resolut und Leiterin des Informationszentrums der Gronauer Urananreicherungsanlage. Das ist die erste und einzige derartige Kernkraftwerksbrennstoffabrik in der Bundesrepublik. Die Uranit führt die Geschäfte des ansonsten englisch-holländischen Bereicherungsunternehmens.

»Achtung: Diese Fahrt ist einmalig und wird in Zukunft nicht wiederholt«

Herr Goerke ist ein langjähriger Freund des Hauses Uranit. Nimmt man seinen Vornamen Dieterich hinzu, so ergibt das den »Digoe Marketing Service«. Der hat unter anderem die Akzeptanz für die Anlage in Gronau besorgt. Über 20 Prozent Arbeitslosigkeit haben die Arbeit erleichtert. Auf unserer Tour ist Digoe als Libero im Spiel: Jemand, der nicht direkt Firma ist, kann anders zur Sache gehen.

Digoe packt Fotokopien einer einundachtziger »FAZ« aus, sein »Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit am kritischen Standort«: Johann Heinrich von Thünen (1783-1850) entwickelte eine Standorttheorie der Landwirtschaft, nach der die Intensität der Bebauung mit der Entfernung vom Markt abnimmt. Dieses Modell der – Wirtschaftswissenschaftlern wohlbekannten – »Thünenschen Kreise« hat Digoe, der vorher ein paar Millionen Eier aus Legebatterien bei Vechta verkauft hat, für die Atomenergie übernommen.

An die Stelle des Marktes setzt er die geplante »Anlage«, anstelle der Bebauungsintensität die Informationsintensität. In Zone 1, der »Nachbarschaftszone« mit einem Radius bis einskommafünf Kilometer um den kritisierten Standort, werden alle »bis in die Familie hinein« beackert. Je weiter weg wer wohnt, in den Zonen zwei und drei, desto höher muß er/sie auf der Society-Leiter geklettert sein, um von Digoe angebaggert zu werden. Anders gesagt: Vor Ort werden alle bearbeitet, die Angst haben. Weiter weg die, die Macht und Multiplikation versprechen. Podien und Versammlungen sind zu vermeiden, geackert wird im kleinen Kreis. Denn »Kommunikation« ist Trumpf. Und dieses Wort aus Marketing-Mund meint Verbindlichkeit und Bindungen statt Auseinandersetzung: Sind doch alles so nette Menschen.

»Im klimatisierten Reisebus durch die blühende Natur«

Die Beine baumeln im Mittelgang. Wir sitzen quer in den Bänken und plaudern. Die Redakteurin des Münsterschen WDR-Studios hat »schon öfter was zu Gronau gemacht«.

Digoe behandelt sie auf »Rehbeinchen«-Art, indem er aus dem »-mann« in ihrem Namen ein »-männchen« macht. Mit Digoe gut bekannt ist auch der Mitarbeiter der »Westfälischen Nachrichten«. Dessen blonder Backenbart um's rötliche Gesicht läßt mich an einen Kümo-Smutje denken. Bevor der Journalist in die Münstersche Zeitungszentrale befördert wurde, war er im Gronauer Raum für das »unabhängige« Blatt tätig.

Zusammen mit Honoratioren aus Ahaus ist er schon zur Wiederaufbereitungsfabrik nach La Hague geflogen. Die »Verantwortlichen« des Städtchens in der Nähe von Gronau sollten Vertrauen in das ihrer Gemeinde zugedachte Lager für abgebrannte Brennelemente gewinnen. Die Franzosen hätten in weißen Anzügen an allen möglichen Hebeln und Rädern herumgemacht, erinnert sich der »Seemann« von den »Westfälischen Nachrichten«. Aber als die Touristen wieder zuhause angekommen seien, hätten sie erfahren müssen, daß die Wiederaufbereitungsfabrik während ihres Besuches überhaupt nicht in Betrieb gewesen sei. Frau Wiesner ist mal mit dem Bus zum Gardasee gefahren. Da haben sie eine Fliege mit hin- und wieder zurückgenommen. Wie oft mag die die Strecke geflogen sein?

Der Kollege vom Dortmunder WDR fragt, ob Gronau nicht, weil in einem SPD-Land gelegen, als Standort ungünstig sei. Aber nein, wird ihm beschieden. Anfangs sei die SPD doch selbst scharf darauf gewesen, die Anlage in ihr Land zu kriegen. Man müsse das über längere Zeiträume sehen. Darum hätte seine Firma auch gleich für tausend Tonnen angereichertes Uran geplant und Anträge gestellt, obwohl die Gronauer Zentrifugen bisher nur 40% davon erschleudern. Auch daß vor Jahren mal ein Pakistaner mit den Plänen für die Zentrifugen verschwunden sei, sei weiter nicht schlimm, denn man habe jetzt bessere entwickelt. Die alten Pläne waren allerdings gut genug für eine Fabrik in Pakistan, die heute von dem untreuen Ingenieur geleitet wird.

Inzwischen ist es dunkel geworden, grünliches Licht im Bus. Was liegt eigentlich in Hamburg an? »Die Herbertstraße«, antwortet jemand. »Was ist das denn?« fragt – »haha« – Digoe. Der Scherz geht nach hinten los: »Sie haben doch selbst so einen Bummskalender«, merkt Frau Wiesner an. Sie kennt Digoe von anderen Marketing-Touren.

»Bitte eine große Einkaufstasche mitbringen«

Das Hotel »Reichshof« am Hamburger Hauptbahnhof ist eine gute Adresse. Den Krieg scheint der Prachtbau nicht mitbekommen zu haben. Er steht da seit siebzig Jahren mit Marmor, Messing, Holztäfelung und hohen Stuckdecken. In der großen Empfangshalle hätten drei kleine Kinos Platz. Wir nehmen einen Aperitif in der Piano-Bar. Während der Barmann den Wünschen seiner Gäste lauscht, führt er die gespreizten Finger andächtig an den Spitzen zusammen.

An der Bar stößt Herr Altmeppen zu uns. Sein Kinn ist gerahmt von einem strengen, dunklen Bart, darunter trägt er einen grauen Anzug. Politikstudium in Hamburg, Luftwaffe, Sozialkunde für Polizisten, »Mittler« zwischen Atomindustrie und Politikern im Deutschen Atomforum, das sind Stufen seiner Karriere. Ihm ist alles Bewährungsprobe. Immer unterwegs zu neuen Ufern ist er nun »an einem der interessantesten Schreibtische der HEW« (der Hamburgischen Electricitätswerke) gelandet: Er ist der Pressechef und hat unseren Aufenthalt in seinem Hoheitsbereich organisiert.

Herrn Altmeppens Hobby ist die Hochfrequenztechnik. Im Moment bastelt er an einer elektronischen Alarmanlage rund um sein Haus. Strommasten könne man so allerdings nicht schützen. Es gäbe rund Hunderttausend. Bis die elektronisch alarmierten Wächter am Mast seien, läge der längst flach. Die Masten, die im Januar 85 bei Krümmel zu Boden gingen und das Kraftwerk tagelang stillegten, seien »fast professionell« gesprengt worden. Aber eben nur fast. Er habe nämlich ein Handbuch der Schweizer Armee zur Sabotage des öffentlichen Lebens, wenn der Feind im Lande steht. Darin könne man genau lesen, wie's gemacht wird: Die richtige Dämmung entscheide über die Schärfe einer Schneidsprengung. Aber die deutschen Terroristen seien ja nicht gründlich genug. Was die sonst alles anstellen konnten!

»Zusätzlich von unserem Vertragswirt: Europatombola«

Unser Tisch ist in einem kleinen, separaten Saal im ersten Stock gedeckt. Wie aus einer Loge schaut man über die Brüstung in den großen Speisesaal herunter. Darin ragt in der Mitte und über die gesamte Höhe eine schwarz-weiße Marmorsäule, gekrönt von einer auf der Spitze stehenden Stufenpyramide, die von innen heraus leuchtet. Auf der Empore gegenüber spielt ein Mann an der Hammondorgel. Als Vorspeise wähle ich Geflügelbrüstchen mit Kiwischeiben. Wir einigen uns auf einen Pinot Blanc, der von Kellnerhand immer wieder eingeschenkt wird.

Gelegentlich wird der Kernkraft-Talk präzis: 50 Millionen Mark pro Jahr setzen die HEW nach eigenen Angaben beim Strom für die Hamburger Aluminium-Werke zu. Und das bis in die Neunziger, weil bei Vertragsabschluß »falsch kalkuliert« worden sei. Eine feine Formulierung für möglicherweise von vornherein geplante Subventionen. Die Folgen zahlen die übrigen Verbraucher. Als Hauptgang nehme ich ein Soufflée vom Flußhecht und hoffe, daß er nicht aus der Elbe kommt.

Was die Herstellung einer Kilowattstunde in Krümmel tatsächlich kostet, will Pressesprecher Altmeppen nicht verraten. Das findet unser Nachrichten-»Seemann« falsch. Denn wie solle er so berechnen, ob sich das Restrisiko für ihn lohne. Aber wer wie Herr Altmeppen »das Primat der Politik anerkennt«, kann sich das Rechnen eh sparen. Mit der charmanten Aufrichtigkeit des Knaben, der seinen Fußball aus Nachbars Garten holt, gesteht der Pressesprecher auch die Möglichkeit des Kernschmelzunfalls ein. Vielleicht ist dieser GAU der Grund, daß in Sachen »Sicherheit« gerne von »Philosophie« – die das Jenseits gleich mitberücksichtigt – statt von Technik gesprochen wird. Bei Philosophien kann, da sie kein Kühlsystem haben, auch keines ausfallen. Und zusätzlich ist »unsere« Philosophie auch noch besser ausgelegt als andere.

In Brunsbüttel stünde eins der schönsten Infozentren, holt uns Frau Wiesner wieder auf den Boden der Tatsachen. Sie hat einen hübschen Stein von dort in ihrem Garten. Digoe, der kleine Kraftwerksfreund, erzählt, daß der Granitsockel der Brunsbütteler Kirche radioaktiver sei als alles, was aus dem Kraftwerk komme. Mein Flußhecht muß eine Delikatesse sein, denn es ist sehr wenig. Die anderen haben mehr Erfahrung und mehr auf dem Teller. Ich bestelle noch eine Französische Käseplatte.

Die Frau vom WDR erinnert sich an einen dieser autofreien Ölkrisen-Sonntage: Erst habe sie furchtbare Schwierigkeiten gehabt, einen gültigen Fahrtausweis aus dem Automaten zu bekommen. Dann habe ihr im Zugabteil ein Japaner gegenübergesessen, der hörbar mit den Wimpern geklimpert habe. Und sie habe schlafen wollen! »Dann mußt du doch für Kernenergie sein,« freut sich Digoe. Es geht auf Mitternacht zu. Herr Altmeppen verabschiedet sich aus der Runde mit der launigen Bemerkung, er müsse daheim noch seine Frau verhauen.

Hinter dem »Reichshof« liegt der Stadtteil Sankt Georg. Wir schlendern durch die dunklen Straßen. Prostituierte warten. Frau Wiesner bemerkt erschrocken, wie jung die seien und daß sie sich mit großen Städten nicht auskenne. Ich frage, wie sie Leiterin des Informationszentrums geworden ist: Nach schwerem, familiärem Kummer wird Frau Wiesner wieder

berufstätig. Sie arbeitet in einer kleinen Gronauer Baufirma und bildet sich im Katholischen Sozialdienst weiter. Die Firma macht dicht. Frau Wiesner läßt sich bei der Urenco auf eine Warteliste setzen, und kommt in die engere Wahl. Der oberste Chef nimmt sie in Augenschein. Sie sagt ihm auf den Kopf zu, er wolle doch nur sehen, ob man eine Vierzigjährige noch vorzeigen könne. Sie bekommt den Job, weil sie »belastbar« ist. Anstrengend sei es schon. Die Tochter kriege das manchmal in der Schule ab. Sie selbst auch, besonders seit Tschernobyl. Manchmal weine sie, wenn die Besucher gegangen seien. Wenn es um spezielle technische Fragen geht, holt sie Fachleute hinzu. Sie selbst ist mehr für das Menschliche angestellt. Das kann sie, weil sie's ist. Und die Kernenergie soll davon was abbekommen.

»Zum Abschluß dieses schönen Tages eine echte Zigeunerhochzeit«

Beim Frühstück erzählt Digoe vom »Lions-Club« daheim in Koblenz, einem der größten hierzulande. »Geworben« wird man dafür nicht, sondern »angesprochen«. Wenn allerdings das Koblenzer Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung einen neuen Chef bekommt, habe man den natürlich gerne selber im Verein und versuche, ihn den Rotariern wegzuschnappen. Einen Zusammenhang zwischen seiner Auftragslage und dem Club, dessen Präsident er lange war, sieht Digoe nicht. Beziehungen habe schließlich jeder, und, an den Busfahrer gewandt, er komme doch sicherlich auch günstiger an Busreisen, oder?

Das Informationszentrum des Kraftwerks Krümmel – »KKK« – liegt auf einer Anhöhe des ElbufNs, eine flache, weiße, rundum verglaste Scheibe. Die ersten Informationen aber liefern wir selbst: Die Datenbögen für die Überprüfung, die einige Zeit brauchen wird, sind auszufüllen. Dann beginnt der Vortrag. Das KKK ist ein Siedewasserreaktor. Wichtigstes Kennzeichen dieses Typs: Der Wasserdampf kommt direkt aus dem Reaktor auf die Turbine. Anders als bei den üblichen Druckwasserreaktoren liegt kein Wärmeaustausch mit einem zweiten Wasserkreislauf davor. Daher gehört bei dem KKK-Typ auch die Turbine zum Kontrollbereich. Das ist der Teil des Kraftwerks, in dem erhöhte Radioaktivität gesetzlich zugelassen ist.

»Bei Kaffee und Kuchen sehen Sie die neuesten Modelle der Sommerkollektion«

Gekühlt wird mit Elbwasser, 57 Kubikmeter in der Sekunde. Die Erwärmung des Flusses sei kein Problem. Zwar bildet sich an der Stelle, wo das Wasser wieder in den Fluß geleitet wird, ein breiter Schaumteppich. Aber das sei nicht Schuld des KKK. Das läge an der Chemie, die schon vorher im Wasser drin sei. Und wenn sie dann dem Wasser netterweise und wegen des »biologischen Gleichgewichts« Sauerstoff zusetzen würden, werfe das eben Blasen. Damit das nicht so häßlich aussieht, schon wegen der Ausflugslokale flußabwärts, wird der Schaum mit einer Sprinkleranlage so gut wie möglich weggeduscht.

Wir gehen an einem doppelten Metallzaun entlang zum Reaktorgebäude. Zwischen den beiden Zäunen läuft ein Kieselstreifen. Darauf ist in der Mitte ein dichtes Netz von Sensordrähten bis in drei, vier Meter Höhe gespannt. Das wird über den schweren Toren durch eng übereinanderliegende Lichtschranken fortgeführt. Alle paar Meter stehen zusätzlich Kameras auf Masten. Der Eingangspavillon wird fast vollständig von einem zweiten Pavillon aus Panzerglas ausgefüllt. Dem Eintretenden bleibt nur ein schmaler Korridor vor den getönten Scheiben. Dahinter arbeitet in einem Großraumbüro die dunkelblau uniformierte Sicherungsgruppe. Gelegentlich schaut jemand von seinem Bildschirm hoch und mustert die Wartenden vor der Scheibe mit unbeteiligtem Blick.

Eine Wächterin in weißer Bluse mit hohem Kragen nimmt einen Telefonhörer zur Hand und dirigiert uns über eine auf unserer Seite unsichtbare Gegensprechanlage. Einzeln müssen wir uns in eine Kabine begeben, die einem Fotoautomaten ähnelt. Die Stimme der Wächterin folgt hinterdrein und korrigiert Sitz- und Kopfhaltung: »Danke«. Ein Bild ist elektronisch festgehalten und einem maschinenlesbaren Ausweis zugeordnet worden. Die Plastikkarte und ein rosa Formular werden elektrisch unter dem Panzerglas hergeschleust. Beides muß unbedingt »am Mann bleiben«.

»Gelegenheit zum zollfreien Einkauf. Personalausweis nicht vergessen«

Die Eingangsschleuse ist eine Drehtür aus gestapelten Stahlkreuzen. Ich stecke meine Check-Karte in einen Schlitz und lege den Kopf leicht zurück, damit die Videokamera oberhalb ein gutes Bild von mir bekommt. Sie vergleicht mein Gesicht mit dem Bild, das zum Ausweis gespeichert ist. Ich bin's. Hinter dem Drehgitter in einer Nische, die durch einen Vorhang abgetrennt ist, untersucht mich ein Wächter mit einem Detektor. Ich habe meinen Fotoausweis draußen vergessen. Also muß ich wieder raus durch die Schleuse. Und wieder rein. Doch das geht nicht. Denn der Computer hat sich gemerkt, daß ich schon drin war. Aber die Schleuse kann reden: Eine Stimme fragt nach und macht eine Ausnahme. Dann wieder Überprüfung mit einer Sonde. Ich bestehe und muß das dem Computer melden.

Erste Station ist die Warte. Quer zur Wand voller Monitore läuft ein Bedienungspult über die gesamte Länge des Raums. Sowas zeigen sie im Fernsehen, wenn sie von Automatik und Kontrolle reden. Live ist es weniger leer und clean. Hier ist ein ständiges Kommen und Gehen. Ein Dutzend Herren sind an Bildschirmen und Knöpfen beschäftigt. Vor einer seitlichen

Konsole läuft jemand mit Kopfhörer und Mikro an einer langen Schnur auf und ab und mustert die Anzeigen: Irgendeine Sonderprüfung. Am Mittelpult stehen vier Herren mit dem Rücken zur Bildschirmwand. Sie beugen sich über Zeichnungen und diskutieren. Irgendwas scheint nicht zu stimmen. Die Schalter für die Schnellabschaltung des Reaktors sind leicht an ihrer roten Abdeckung zu erkennen. Frau Wiesner setzt derweil alle Hebel in Bewegung, um die Nationalität eines arabisch aussehenden Mannes, der hinter einer Glasscheibe arbeitet und uns schon im Gang begegnet ist, herauszubekommen.

Die Zeit drängt. Wir müssen uns in den Kontrollbereich einschleusen: Stoffschlappen über die Straßenschuhe streifen, ein Dosimeter von der Wand nehmen und zusammen mit dem Ausweis in ein Lesegerät einführen, uns zwischen blaßgelben Spindreihen bis auf die Unterwäsche entkleiden, einen weißen Overall und besonderes Schuhwerk anziehen, einen blauen Helm aufsetzen und die Hände einkremen. Die Führung übernimmt ein Hüne mit Wir-vom-Bau-Gesicht und einer vollen Stimme, die keinen Zweifel aufkommen läßt.

»Auf Wunsch Nachschlag bis Sie sagen: Ich kann nicht mehr!«

Die xte Schleuse mit Blick in die Kamera ist zu nehmen. Als Frau Wiesner an der Reihe ist, klemmt das Drehgitter. Die Stimme empfiehlt eine andere Schleuse. Dahinter passieren wir eine massive Bunkertür, die automatisch schließt. Wegen des Unterdrucks im Reaktorgebäude zieht es. Die Etagen werden in Metern über Normalnull angezeigt. Wir wollen »auf 52,5«. Der erste Versuch mit dem Aufzug klappt nicht, weil oben an einer Tür die Klinke abgebaut ist. Wir nehmen einen anderen Weg, Treppen rauf und runter, durch Hallen mit im Boden eingelassenen Schienen, an Tanks, Rohren und runden Panzertüren mit Bullaugen vorbei. Die Himmelsrichtung steht in Grad an den fensterlosen Wänden: 90, 180.

In der weiten Halle auf 52,5, die von Scheinwerferreihen mit gleichmäßigem, weißem Licht gefüllt wird, scheint unsere kleine Gruppe zu schrumpfen. Unter der Decke ein mächtiger, roter Laufkran, im Boden das bläulich schimmernde Wasser des Abklingbeckens. Rundherum ist ein Geländer angebracht, das nur mit Sicherheitsgurt überstiegen werden darf. Am Gitter hängen Rettungsringe in Leuchtfarbe. Eine Kamera der internationalen Aufsichtsbehörde in Wien überwacht den Pool, damit kein Brennelement unbeobachtet verschwinden kann. Außer uns ist niemand zu sehen. Ich sondere mich von der Gruppe ab und fotografiere: Alles ist groß, die Kräne und die Schrauben. Poliertes Metall oder leuchtende Farben. Alles frisch, keine Gebrauchsspuren. Vom Boden könnte man essen. Alles ist schön, auch wenn man nicht weiß, wozu, und ich habe keine Zeit, mich einzuschauen.

Im Rausgehen sehe ich auf dem Boden einen Hammer liegen, groß wie ein Vorschlaghammer. Der Kopf ist verformt, als wäre er aus Wachs. Der Bleihammer steckt selbst den Schlag ein, der danebengeht. Im Aufzug nach unten steht Digoe neben den Damen: Zwischen zwei nackten Frauen bekomme man mehr radioaktive Strahlung ab, als wenn man sich ein Jahr lang an den Betonmantel eines Reaktors lehne. Um seine Bemerkung wissenschaftlich abzusichern, legt Digoe sie dem Erfinder der Atombombe, Edward Teller, in den Mund.

»Keine Wollbettenwerbung!«

Wir kleiden uns wieder zivil. Am Ausgang des Kontrollbereichs ist eine Reihe von Meßschleusen aufgebaut. Ich betrete einen der schmalen Durchlässe aus Stahlblech, drehe mich seitwärts und stecke die Hände links in zwei Metalltrichter. Unter den Füßen, im Rücken und vor mir vergitterte Meßfelder. Vor meinen Augen läuft die Meßzeit digital gegen Null. Ein Warnsignal ertönt. An einem kleinen Menschenschema blinkt in Höhe der rechten Hand ein rotes Lämpchen. Die Kabinentür nach draußen ist verriegelt. Ich muß in den Kontrollbereich zurück. Einer vom Strahlenschutz mißt meine Hand nach. Es sind zuviele Becquerel. Von was, kann er mir auch nicht sagen. Ich werde in einen Waschraum geführt. Nach der Wäsche ist meine Hand nur noch so radioaktiv, daß ich sie mit aus dem Kontrollbereich nehmen darf.

Neben den Schleusen ist eine kleine Kantine. Hier draußen machen die Kraftwerksleute das, was sie drinnen nicht dürfen: Rauchen, Essen, Trinken. Die Overalls müssen sie im Kontrollbereich lassen. Sie stehen in weißen Kitteln, die knapp über's Knie reichen, an kleinen, runden Tischen; eine Kreuzung von Sauna und Tchibo. Frau Wiesner gesteht, sie habe noch nie soviel Männerbein zu sehen bekommen, und wundert sich über die vielen Krampfadern.

Raus aus dem Kraftwerk geht es leichter und schneller als rein. Wir gehen am Fluß lang. Die Fische werden elektrisch vom Ansaugrohr des Kühlwassers verscheucht. Die Sonne scheint. Wie Kraftwerke funktionieren sollen, weiß ich aus Büchern und von Zeichnungen. Darüber habe ich beim eiligen Marsch durch das blitzende Labyrinth wenig erfahren. Im Inneren des Wals gibt es nur noch den Wal, keinen Überblick, sondern Eindrücke.

»Für jeden Fahrgast zum Mitnehmen Ein goldenes Nähetui«

Das Restaurant »Zum Grünen Jäger« duckt sich am Waldrand unter's Rieddach. In der Mitte eines Raumes mit dunklem Gebälk wartet ein festlich gedeckter Tisch auf uns. Gastgeber Altmeppen hat sich diesmal »erlaubt«, die Speisefolge vorzubestellen: Aperitif, Suppe, Paprikaschnitzel... »Wer darf eigentlich im Kraftwerk arbeiten?« Alle, auch ein »Grüner«

natürlich, wenn sie die »Sicherheitsüberprüfung« bestehen. Die besorgt der Innenminister. Wen oder was er dabei alles zu Rate zieht, kann Herr Altmeppen nicht beantworten. Aber diese Ausforschungen sind für ihn selbstverständlich: Schließlich werde er selbst vor seinen Reserveübungen im Nato-Hauptquartier auch durchleuchtet.

Das sei ja wohl ein völlig unsinniger Vergleich! Noch unter dem Eindruck der Kontrollen im Werk fährt ein bisher unauffälliger Ahauser Zeitungskollege aus der Haut und dem Pressesprecher in die Parade: Da gehe es um's Militär, hier aber doch um die »Friedliche Nutzung«. Die Friedlichkeit wage er zu bezweifeln, wenn ein Polizeistaat zu den Nebenwirkungen gehöre. Dann habe die Kernenergie ähnliche Folgen wie der Terrorismus. Zum Schutz einiger Großkopfeter müßten sich alle normal Sterblichen einen Haufen polizeilicher Schikanen gefallen lassen. Der Herr vom WDR spricht's gelassen aus: Es wäre doch besser, das »gesellschaftliche Konfliktpotential« ab-, statt dessen technische Beherrschung auszubauen.

Was diesem Abbau Auftrieb gäbe, weiß Herr Altmeppen: Ein Harrisburg in der BRD, und eine breite Mehrheit für die Abschaffung der Kerntechnik wäre gegeben. Das ist konsensfähig, der Nachtisch kann kommen. Der Pressesprecher erklärt ausführlich, woran man die echte Hamburger von anderen Grützen unterscheiden kann: Die echte sei gleichmäßig glatt durchpassiert und ohne Fruchtstücke. Allerdings würden nachträglich ein paar ganze Früchte oben hineingesteckt. Wir bekommen keine echte.

»Gemeinsam mit der Stimmungskapelle singen wir unsere schönsten, deutschen Volkslieder«

Die Rückfahrt mit vollem Bauch ist dösig. Vor Bremen ein Stau, während die Sonne rot am Horizont abtaucht und das Himmelblau langsam wegdunkelt. Frau Wiesner hat zum Schlafen ihr Kopftuch über's Gesicht gebreitet. Sie erwacht, weil wir stehen: Ob ich eben im Bus geknipst hätte, oder ob sie das nur geträumt habe. Es war ein Traum. Sie verteilt die letzten Lebensmittel, Getränke und Dauerwürstchen in Plastikfolie. Als wir in Münster ankommen, sind die Lichter an. Das nächste Mal möchte ich nach La Hague, weil ich Französisch kann.

Kasten >Uranit - eine unbekannte Größé< auf Seite >29<

1970 übernahm die Uranit GmbH – 25% Hoechst, Nukem GmbH und Preußische Elektrizitäts-AG je 37,5% – die bis dahin bundeseigene Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik (GTK) in Jülich. Betriebszweck: Entwicklung der Uran-Anreicherungstechnik.

Im selben Jahr vereinbarten die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande Zusammenarbeit bei der Urananreicherung. Uranit, eine holländische und eine britische Uranfirma gründeten zu gleichen Teilen die Urenco Ltd... Betriebszweck: Anreicherung und internationaler Uranhandel. Die Anlagen werden von nationalen Gesellschaften betrieben, die jeweils in ihrem Land die Geschäftsführung (96%) ausüben. So betreibt die Uranit GmbH die Urananreicherungsanlage in Gronau im Namen und für Rechnung der Urenco Deutschland oHG.

Damit Natururan für die Reaktion im Reaktor geeignet ist, muß es auf einen bestimmten Grad von Spaltbarkeit gebracht werden. »Anreicherung« meint die Trennung des spaltbaren Uran-235 von dem etwas schwereren, nicht spaltbaren Uran-238. Die Urenco benutzt hierzu Zentrifugen.

Ein Kilogramm Urantrennarbeit kostet die Kundschaft, die den Rohstoff anliefert, um die 120 Mark. Ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1200 Megawatt benötigt jährlich ca. 30 Tonnen angereichertes Uran. Diese Menge kann aus 170 Tonnen Natururan unter Aufwendung von 130 Tonnen Urantrennarbeit hergestellt werden.

Konkret 03/88, S. 30

Otto Köhler

»Nie den Mut verlieren«

Den Ersten Weltkrieg haben die Leute von der Interessengemeinschaft IG Farben verlängert. Den Zweiten ermöglicht. Und die Polizeischlachten um Hanau und Wackersdorf hat die IG-Tochter Hoechst mit ihrem schnellen Griff nach dem Atom verursacht. Und in Bonn regiert einer zwischen Chemie und Wahnsinn. Helmut Kohl feierte mit seinen Drahtziehern Geburtstag

Mit dem für die Farben-Nachfolger eigenen Sinn für allumfassende *corporate identity* hatten sie das 125-Jahr-Jubiläum um einen Tag vorverlegt auf den 55. Jahrestag der Machtübergabe. Doch der Kanzler des Nachfolgestaates hatte dagegen nichts einzuwenden, im Gegenteil: »Ich bin gerne gekommen, um mit Ihnen zu feiern«, sprach Helmut Kohl, stürmisch umjubelt, als Festredner. Ihm tat es sichtlich gut, an diesem 30. Januar 1988 der Gründung der Firma Meister Lucius & Co am 31. Januar 1863 zu gedenken, die heute als der milliardenschwere Hoechst-Konzern die ganze Welt bedrängt.

Fast alle der zweieinhalbtausend Festgäste hatten sich respektvoll erhoben, als der Kanzler an den mit Maschinenpistolen bewaffneten Wachen vorbei in der Höchster Jahrhunderthalle eintraf. Helmut Kohl war – jetzt auch sichtbar – zu den geistig-moralischen Ursprüngen zurückgekehrt, denen er in all den Jahren seiner politischen Karriere nie untreu wurde: 1959 war er als CDU-Abgeordneter des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) für die BASF-Stadt Ludwigshafen in den Mainzer Landtag eingezogen. Und er blieb immer was er war – Referent des Verbandes der Chemischen Industrie – auch wenn er offiziell diese Funktion schon niederlegen mußte, als er 1969 rheinlandpfälzischer Ministerpräsident wurde.

»Zum Feiern besteht Anlaß«, verkündete Kohl und er meinte damit die Geschichte der Firma. »Ich nenne als Beispiele«, sagte er und nannte: »das erste vollsynthetische Adrenalin, welches in keinem Lazarett des Ersten Weltkriegs fehlen durfte«. Er verhehlte, daß in den Lazaretten die Opfer des Giftgases aus Hoechst lagen. Und unterschlug, daß der Erste Weltkrieg nach einem halben Jahr an deutschem Munitionsmangel gestorben wäre, wenn nicht der Erfindergeist der IG-Schwester BASF und die Produktionsstätten von Hoechst schleunigst die fehlenden Rohstoffe ersetzt hätten.

»Meine Damen und Herren«, redete Kohl weiter, »gerade angesichts so vieler Aktivposten gilt sicher auch dies: Es gibt keine Firmengeschichte, die nur aus einer Serie von Glanzpunkten besteht.« Packt er aus? Spricht er davon, wie die Chemieherren, mit ihrer Erfindung des synthetischen Benzins aus Kohle Hitler den Zweiten Weltkrieg ermöglichten? Nein, kein Glanzpunkt – das ist für den Kanzler lediglich, daß »zu Anfang dieses Jahrhunderts die klare Vorrangstellung der deutschen Chemie in der Welt nicht mehr gehalten werden« konnte. Die IG Auschwitz, das faktische Prius für die Menschenvernichtungsöfen, muß also ein Glanzpunkt gewesen sein. »Gerade die Geschichte der Hoechst AG«, er sagt es, »ist ein Beispiel dafür, was auch unter Bedingungen, die in vieler Hinsicht sicher noch erheblich schwieriger als heute waren, geleistet und erreicht werden kann.«

Er weicht vom Manuskript ab und klagt – das ist er seinen Gastgebern schuldig – über »zu hohe Lohnkosten« Die waren in der Geschichte ~ der Hoechst AG schon wesentlich niedriger – in jener schönen Zeit, da man sich bei der SS Sklavenarbeiter bestellen konnte zum schnellen Verbrauch ihrer Arbeitskraft, bevor sie der endgültigen Vernichtung zugeführt wurden.

Immerhin, der Kanzler spricht jetzt voller Abscheu von »terroristischen Anschlägen«. Nein, er meint nur die Drohung mit ebensolchen, unter denen der Chemieverband 1977 bei seinem 100jährigen Jubiläum gelitten haben soll. Von den Zwangsarbeitern und ihrer Vernichtung redet er nicht Dies könnte der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Hilger gemeint haben, als er zuvor davon sprach, daß »wir uns auch zu Fehlern bekennen müssen«. Denn: »Jedes menschliche Handeln – wenn es auch noch so gut gemeint – birgt den Keim des Irrtums in sich.« Sorry für Auschwitz.

Den Kanzler aber treibt eine echte Sorge um: »So ist das Thema Chemie heute nicht mehr vorstellbar, ohne gleichzeitig den Schutz der Umwelt miteinzubeziehen.« Spricht er von der entschiedenen Hoechst-Weigerung, die in den Main abgelassenen Schadstoffe und Gifte direkt bei den Kanälen der einzelnen Produktionsbetriebe messen zu lassen? Nein, er bleibt weit weg am Oberrhein: »Dabei besteht Einigkeit darüber, daß sich einç Brandkatastrophe wie in Basel nicht wiederholen darf.« Er verbietet das. In seiner Regierungserklärung gehe er nämlich von dem Leitgedanken aus: »Die Schöpfung bewahren – die Zukunft gewinnen.« Und jetzt, so ein Pech, »die Vorgänge bei den Firmen Transnuklear und Nukem«. Der Schaden »und vor allem der Verlust an Vertrauen«, das beunruhigt den Kanzler doch sehr.

Doch wo kommt der Schaden her? Da sind wir bei einer Fehlkalkulation des Hoechst-Konzerns, über die an diesem Jubeltag geschwiegen werden muß. Und diese Fehlkalkulation liegt »darin, daß in den Anfangsjahren der Kerntechnik militärische Zwecke und politische Erwägungen im Vordergrund standen.« So schrieb es der Leiter des Laboratoriums für angewandte Physik des Hoechst-Konzerns, Leopold Küchler 1962 in der Zeitschrift »atomwirtschaft«. Gemeint waren nicht die Anfangsjahre deutscher Atomforschung im Nazireich – obwohl es damals für den Bau der Bombe streng geheime Schwerwasserversuche im IG-Werk Leuna gab. Gemeint war die Wiederaufnahme der Atomforschung in der Bundesrepublik beim Nachfolge-Konzern Hoechst – schon neun Jahre nach dem Ende, das keines war.

Im Frühjahr 1954, nur zwei Jahre nach der Neugründung, interessierte sich Hoechst als erster bundesdeutscher Großkonzern für die Produktion von Schwerwasser bei einem bundesdeutschen Reaktorbau. Karl Winnacker, damals Vorstandsvorsitzender, heute immer noch Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Hoechst AG, engagierte sich mit Leidenschaft. »Winnackers ungewöhnliches Engagement für die Kerntechnik mag sich zum Teil individuell erklären: mit seiner stark national getönten, bis zum Autarkismus gesteigerten Position verkörperte er innerhalb der Chemie im besonderen Maße die IG-Farben-Tradition aus der Zeit vor 1945.« so umschrieb es – eher diskret – der Historiker Joachim Radkau (»Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft«, rororo 7756 Reinbek 1983). IG-Tradition – das hieß: nach der Rettung des Ersten, der Ermöglichung des Zweiten, nun endlich – mit dem Griff nach dem Plutonium – den Endsieg im Dritten Weltkrieg.

Hoechst machte sich auf den Weg. Winnacker, damals ein Laie in der Atomtechnik, aber von einem entschlossenen Willen beseelt, reiste im August 1955 als offizielles Mitglied der fünfköpfigen bundesdeutschen Delegation zur ersten »Internationalen Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie«.

»Was ich in Genf sah und erlebte, hat mich stärker bewegt als manche anderen Ereignisse in meinem Leben,« schrieb Winnacker 1971 in seinen Memoiren, die den programmatischen Titel tragen: »Nie den Mut verlieren«. Er versteht kaum etwas von den »äußerst komplizierten Konferenzthemen und den zahlreichen wissenschaftlichen Vorträgen, die schon bald sehr ins Detail gingen«. Ihn interessiert das Ganze. »Und den Eindruck der ersten Stunde telefonierte ich nach Hoechst und löste damit einen zusätzlichen Besucherstrom aus unserem Unternehmen aus. Angesichts der Fülle von Informationen, die auf uns einstürmten, überkam uns zuweilen eine gewisse Ratlosigkeit. Die Aussichten, auf diesem Gebiet noch etwas zu erreichen, erschienen zunächst nicht sehr groß.«

Der Vorsitzende der US-Atomenergiekommission Lewis Strauss zeigte sich höflich aber distanziert. Winnackers Vorstandskollege Wilhelm Alexander Menne, ebenfalls schleunigst angereist, hatte das unergiebige Gespräch vermittelt. Doch Menne selbst, der als Hoechst-Manager zugleich den Verband der Chemischen Industrie anführte und in der FDP arbeitete, erwies sich dank seiner gediegenen Bankausbildung schnell als fachkundig: Die Erzeugung von Atomenergie, schrieb er gleich nach der Genfer Konferenz für die Zeitschrift »atomwirtschaft«, sei »heute schon derartig kontrollierbar, daß eine Verseuchung der Nachbarschaft ausgeschlossen« sei. Begründung: »Sonst würde man weder in den USA noch in England oder anderen Ländern der Welt solche Reaktoren aufstellen«. Kurz: gesetzliche Regelungen gegen radioaktive Emissionen von Atomkraftwerken sind überflüssig.

Der geballte Sachverstand der beiden Hoechst-Manager drängte auf Entfaltung. Winnacker und Menne besetzten die Schlüsselpositionen im beginnenden Atomstaat. Der Hoechst-Chef wurde stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Atomkommission und völlig unabhängig von seiner in Genf gezeigten Ratlosigkeit zugleich auch Vorsitzender der Fachkommission III für Reaktorbau. 1959 übernahm Winnacker auch noch die Präsidentschaft des neugegründeten Atomforums, dessen Geschäftsführer der Einfachheit halber auch ein Hoechst-Mann war. Menne setzte sich in der Atomkommission an die Spitze der entscheidenden Fachkommission V für wirtschaftliche, finanzielle und soziale Fragen und wurde Mitglied des Verwaltungsrats im Deutschen Atomforum.

Vorsitzender der Deutschen Atomkommission war der jeweilige Atomminister: zunächst Franz Josef Strauß und nach dessen Übergang ins Friedensministerium 1956 Siegfried Balke, auch ein Topmanager von Hoechst – er war Mitglied der Geschäftsführung der Tochter Wacker-Chemie. Als Chemiker war Balke völlig anderer Ansicht über eine Ungefährlichkeit von radioaktiven Emissionen. »In unserem Hause« – der Hoechst-Mann meinte damit sein Atomministerium – »ist es auch nicht üblich, von Toleranzdosen oder Ähnlichem zu sprechen. Erstens vermeiden wir das, weil wir als Naturwissenschaftler wissen, daß der Körper keine Schädigungen toleriert, und zweitens sind Erbschäden erst recht irreversibel.«

Toleranz muß – wie auch die bundesdeutsche Zigarettenindustrie lehrt – immer von beiden Seiten geübt werden. Und darum ließ sich Balke durch seine richtigen, aber sachfremden Erwägungen nicht bei der Durchsetzung des Atomprogramms beirren: kerntechnische Anlagen gibt es nun einmal nicht ohne radioaktive Emissionen. Also sorgte Balke für eine Strahlenschutzverordnung, die sich äußerst tolerant gegenüber Atomreaktoren verhielt.

Verabschiedet wurde das erste deutsche Atomprogramm im Eltviller Gästehaus von Hoechst. Dort traf sich im Januar 1957 die so zweckmäßig zusammengesetzte Atomkommission zu einer streng vertraulichen Klausurtagung. Das Eltviller Programm – wie es später hieß – setzt auf Hoechst-Wunsch ganz auf den Vorrang der Plutonium-Produktion, die Stromerzeugung selbst wurde hintangestellt. Und das, obwohl Winnacker und Menne gerade in dieser Zeit sich mit Warnungen vor der drohenden Energielücke überboten. Sechs Monate vor dem Komplott von Eltville hatte Winnacker prophezeit, daß sich Deutschland »in Kürze in einer katastrophalen Situation bez. der Stromversorgung befinden« werde.

Das war für die Öffentlichkeit. In der Klausur des Hoechst-Gästehauses ging es um ganz etwas anderes, was mit dem Schlüsselwort »Autarkie« umschrieben wurde. Das Bekenntnis zur nationalen Selbstversorgung bediente sich zwar eines Begriffs, der durch den NS-Staat und durch IG Farben, insbesondere durch die innige Verflechtung beider, belastet war.

Doch dahinter ließ sich das größere Tabu verbergen, über das man damals noch nicht reden durfte: die deutsche Atombombe.

Schon damals war klar, daß Plutonium bei der Produktion von Atomeenergie durch seine Giftigkeit wie durch seine Explosivität eine der größten Gefahrenquellen der neuen Atom-Technologien darstellte- daß es zunächst ein Explosivstoff und dann erst ein Reaktorbrennstoff war. Atomhistoriker Radkau geht darum davon aus, »daß die Formel 'Plutonium als Reaktorbrennstoff' zugleich als Chiffre für die erwünschte Offenhaltung der waffentechnischen Option fungierte« .

Das ergab nicht nur einen nationalen Sinn, dem sich die Hoechst-Manager immer gern hingaben, es hatte vor allem seine geschäftliche Notwendigkeiten – und diese Kombination hatte man in der Interessengemeinschaft Farben immer sehr geschätzt. Man wollte den Schwerwasserreaktor, weil Hoechst damit im Dritten Reich Erfahrungen gesammelt hatte und weil er ein großartiges Geschäft für die Chemie bedeutete. Und man wollte das Plutonium für die Bombe.

Doch die Geschichte zeigte jene Ironie, die sie leicht zeigen kann, wenn die machtpolitische Konstellation anders ist als man denkt. Der Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard, in der NS-Zeit ausgehalten durch ein von den IG Farben finanziertes »Institut für Industrieforschung«, setzte auf die US-Karte. Der Hoechst-Wunsch, daß das teure Schwerwasser aus Hoechst mittels staatlicher Subventionen dem billigeren US-Stoff vorgezogen würde, drang nicht durch. Das Eltviller Programm konnte nicht das Atom-Programm der Bundesregierung werden – doch den Weg zum Atomstaat hatte es eröffnet und den Weg zur Bombe nicht verbaut.

Da war es schon saukomisch, was ein ahnungsloser Walter Wallmann – der gescheiterte Umweltminister als hessischer Ministerpräsident – den Jubilaren (»Wir sind stolz auf Sie«) noch zu sagen hatte: »Wir dürfen nicht den Gefahren der Gefälligkeitsdemokratie erliegen, den Gefahren der Anspruchsdemokratie, wie Ludwig Erhard das einmal fomuliert hat. « Wallmann meinte damit, daß er mit Hoechst (»Sie haben Verantwortungsbewußtsein!«) unter einer Decke steckt gegen die Demonstranten, die draußen aufgezogen waren mit dem Transparent: »125 Jahre Hoechst – 125 Jahre Vergiftung.«

Konkret 03/88, S. 34

Klaus Dammann

Das/the/le/il Berufsverbot

Sie nannten es »Extremistenbeschluß« und »Radikalenerlaß«, doch es half nicht: Alle Welt verstand nur »Berufsverbot«, und das Wort wurde in den Nachbarländern so bekannt wie nur noch »Sauerkraut« und »Blitzkrieg«. 17 Jahre ist das Berufsverbot jetzt alt. 3,5 Millionen Bundesdeutsche wurden vom Verfassungsschutz politisch überprüft. Zeit für eine Bestandsaufnahme

Selbstverständlich gibt es gar keine Berufsverbote. So heißt es in einem Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 21.7.1987 an die GEW Niedersachsen: »Ihren Vorwurf, in der Bundesrepublik Deutschland seien zur Zeit 'Berufsverboteverfahren' anhängig, muß ich zurückweisen. Es gibt hier keine 'Berufsverboteverfahren'. Die Prüfung der Verfassungstreue eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst ist von der Verfassung und von den Beamtengesetzen vorgegeben«.

Der Kampf gegen Kommunisten und Sozialisten – und nichts anderes ist der Zweck der Berufsverbote, die es nicht gibt – hat Tradition. Er reicht zurück in die 50iger Jahre des vorigen Jahrhunderts, geht über die Bismarcksche Sozialistenverfolgung, den faschistischen Terror sowie in jüngster Vergangenheit die Verfolgung der Kommunisten seit Anfang der 50iger Jahre. Das Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht 1956 ist hierbei ein wirksames Hilfsmittel gewesen.

Schon bald nach Konstituierung der DKP im Jahre 1969 setzte eine neue Welle von Kommunistenverfolgungen ein. Die Wiederzulassung einer kommunistischen Partei auf Grund der beginnenden außenpolitischen Entspannung hatte zwar zur Folge, daß die Entwicklung kommunistischer Politik außerhalb der Sanktion des KPD-Verbotsurteils stand. Auf der anderen Seite sollte der Zulauf zur DKP insbesondere aus der außerparlamentarischen Opposition Anfang der 70iger Jahre verhindert werden. Folgerichtig wurde die DKP in die Verfassungsschutzberichte aufgenommen, weil ihre Zielsetzung »verfassungsfeindlich« sei. Der politische Kampfbegriff der »Verfassungsfeindlichkeit« wurde etabliert, obwohl das Grundgesetz nur die »Verfassungswidrigkeit« (Artikel 21) kennt. Konsequenterweise wurden Mitglieder der DKP, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren oder in den öffentlichen Dienst wollten, verfolgt. Dies galt erst recht, wenn Kandidaturen und/oder Parteifunktionen vorlagen.

Seit 1971, als im sozialdemokratisch regierten Hamburg die Berufsverbotspolitik begann, hat es keine Berufsgruppe im öffentlichen Dienst bei Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden gegeben, die nicht von Berufsverboten Betroffene aufweist: Lokomotivführer, Postbedienstete und Zollbeamte ebenso wie Professoren, Assistenten und wissenschaftliche Hilfskräfte an Universitäten- Friedhofsgärtner, Berufssoldaten, Krankenschwestern und Verwaltungsbeamte ebenso wie Berufsberater, Referendare, Lehrer und Sozialpädagogen; Ärzte ebenso wie Juristen und Meteorologen – um nur einige zu nennen. Der Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28.1.72 sollte dabei eine einheitliche Verwaltungspraxis gewährleisten.

Bis heute lassen sich vier Etappen der Berufsverbotspraxis unterscheiden: Gab es in den Jahren 1972 bis 1975 massenweise Überprüfungen und Berufsverbote gegen Bewerber für den öffentlichen Dienst in den Bundesländern, so bewirkten die (inter)nationalen Proteste in den Jahren 75 bis 79 eine deutliche Verringerung der Berufsverbots-»Fälle«. Während der dritten Etappe, 1979 bis 1983, wurden im Bund und in den meisten Ländern »liberalisierte« Verfahrensrichtlinien zur Durchführung der Berufsverbote erlassen. In den sozialdemokratisch regierten Bundesländern reduzierten sich die Berufsverbote daraufhin auf einzelne »Fälle«, in den CDU-geführten Ländern verringerten sich die Maßnahmen vor allem auf Grund der Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten – wo praktisch niemand eingestellt wird, gibt es auch keine Berufsverbote.

Nach dem Wahlsieg der liberal/ konservativen Koalition wurden schließlich im Laufe des Jahres 1983 auf Bundesebene die alten Berufsverbotsverfahren wieder aufgenommen und die niedersächsische Landesregierung zur flächendeckenden Ausweitung ihrer Praxis ermuntert. Des weiteren wurden massenhafte Sicherheitsüberprüfungen bd der Bundespost vorgenommen.

Ergänzt man die statistischen Angaben der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« durch das von dem Untersuchungsausschuß der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufbereitete Material, ergeben sich 3,5 Millionen politische Überprüfungen, 35.000 Mitteilungen des Verfassungsschutzes an die Einstellungsbehörden, daß »Erkenntnisse« vorlägen, 1.250 Ablehnungen von Bewerbern, 265 Entlassungen aus dem Dienst und 2.100 Disziplinarverfahren. Hinzu kommen einige tausend Anhörungen: allein für Niedersachsen werden 700 angegeben. Bis auf ca. 1000 wurden die meisten der rund 10.000 Berufsverbote und Berufsverbotsmaßnahmen allerdings nach Protesten wieder zurückgenommen, wobei die einzelnen Bundesländer sehr unterschiedlich verfuhren.

1. Im Saarland, wo es schon unter CDU-Herrschaft keinen Verbotsfall gegeben hatte, wurde die Berufsverbotspolitik mit Regierungsantritt Lafontaines durch Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses aus dem Jahre 1972 prinzipiell abgeschafft.

2. In Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg gibt es keine neuen Berufsverbote bei Landesbeamten mehr. Nach und nach stellen diese Länder vom Berufsverbot Betroffene wieder ein – wenn auch zum Teil lediglich als Angestellte. In Hamburg wurde die Verbeamtung der letzten vier Betroffenen – nach bis zu 13jährigen Verfahren – eingeleitet und mittlerweile auch vollzogen. In Hessen ist selbst während der SPD/Grünen-Koalition die Bereinigung der »Altfälle« nur schleppend verlaufen. Nach wie vor arbeiten zahlreiche Kollegen nur im Angestelltenverhältnis. Mindestens sieben wollen noch in den Schuldienst. Neue Verfahren sind bislang auch von der CDU/FDP-geführten Landesregierung nicht eingeleitet worden.

3. Die SPD-regierten Bundesländer und die Bundesbehörden haben die Regelanfrage beim Verfassungsschutz 1979 abgeschafft.

4. In Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein werden nach wie vor Berufsverbote verhängt. Die Bayerische Landesregierung betreibt dabei besonders hartnäckig Ausbildungsverbote, worunter selbst Mitglieder des sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und der DFG – VK fallen. Baden-Württemberg, das zahlreiche Prozesse verloren hat, mußte erste Zugeständnisse machen. Drei Berufsverbotsverfahren gegen Lehrer, die ununterbrochen unterrichtet haben, sind zu Gunsten der Betroffenen eingestellt worden.

5. In Niedersachsen hat die Landesregierung nichts von ihrer harten Haltung zurückgenommen. Eine erste Veränderung deutet sich immerhin in dem neuesten Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg an, das die Annahme und Ausübung politischer Mandate nicht mehr als Dienstvergehen wertet, wohl aber die Wahrnehmung von Parteifunktionen. Dessenungeachtet setzte im August 87 eine neuerliche Verfahrenswelle ein. So ist der Studiendirektor Matthias Schachtschneider wegen seiner parlamentarischen Tätigkeit für die DKP im Oldenburger Stadtparlament verurteilt worden. Das gleiche widerfuhr seiner Frau Irmelin Schachtschneider (Oberstudienrätin), der Studienrätin Dorothea Vogt aus Jever sowie der Studienleiterin an der Universität Oldenburg Dr. Heike Fleßner. Letztere ist allerdings bislang auf Grund universitärer Proteste nicht vom Dienst suspendiert worden. Die Lehrerin Ulrike Marks (Varel) wurde mit einer zehnprozentigen Gehaltskürzung belegt, weil das Disziplinargericht ihr einen »Verbotsirrtum« zuerkannte.

6. Nach wie vor stehen die Disziplinarverfahren im Bundesbereich bei der Bundespost und beim Zoll an. Die betroffenen Kollegen sind seit mehreren Jahren vom Dienst suspendiert. Massenhaft werden Postbeamte und Angestellte mit Sicherheitsüberprüfungen überzogen, weil nach NATO-Richtlinien der gesamte höhere Dienst sowie der gehobene und technische Dienst im Fernmeldebereich als sicherheitsempfindlich eingestuft worden sind.

Diese regionale Uneinheitlichkeit hat ihre Entsprechung in der nicht einheitlichen Rechtsprechung der jeweiligen Gerichtszweige. Es hat nur wenige Gerichte gegeben – so das Landesarbeitsgericht Bremen – , die die Berufsverbote unter Hinweis auf Artikel 21 GG für unzulässig erklärt haben. Solange eine Partei vom Bundesverfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt sei, dürften ihre Mitglieder nicht benachteiligt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dann allerdings in seinem Beschluß vom 22.5.1975 diesen Schutzwall eingerissen und festgestellt, daß im Hinblick auf den öffentlichen Dienst das Parteienprivileg (Artikel 21) und die Grundrechte nur eingeschränkte Bedeutung haben. Gleichwohl müsse bei jedem einzelnen Verfahren eine umfassende prognostische Beurteilung des Betroffenen erstellt werden.

Ausgehend von diesem Beschluß hat das Bundesverwaltungsgericht seine harte Linie fortentwickelt, nach der bereits die nicht dementierte Mitgliedschaft in der DKP den Ausschluß vom öffentlichen Dienst rechtfertige. Per Disziplinarverfahren sei eine Entfernung aus dem Dienst jedenfalls dann gerechtfertigt, wenn Aktivitäten wie zum Beispiel Kandidaturen auf Listen der DKP vorlägen. Diese schroffe Haltung hat das Bundesverwaltungsgericht in seinen beiden Urteilen gegen die Postbeamten Berthold Goergens (20.1.1987) und Herbert Bastian (16.9.1987) bestätigt. Demgegenüber haben die Arbeitsgerichte, das Bundesarbeitsgericht sowie das Bundesdisziplinargericht zwar die »Verfassungsfeindlichkeit« der DKP bejaht, die jeweils Betroffenen allerdings in der Regel freigesprochen bzw. deren Aufnahme in den öffentlichen Dienst verfügt.

Es ist keine Seltenheit, daß in diesen gerichtlichen Verfahren die prozessualen Rechte der Betroffenen verkürzt werden. Da gibt es vorsitzende Richter wie Dr. Günter Roß vom Bundesdisziplinargericht, der in dem jüngst gegen den Pinneberger Briefträger Gustav Steffen durchgeführten Disziplinarprozeß bekannte, daß er »hier nach der gelockerten süddeutschen Prozeßführung« verfahre. Die Verfahren, die die politische Treuepflicht betreffen, seien »eindeutig politische Verfahren, wobei von Bonn noch keine rechtliche Hilfestellung erfolgt« sei.

Richter wie Dr. Roß, die verfahrensmäßig vollziehen, was ihnen von den politisch Verantwortlichen vorgegeben wird, gibt es viele. Es gibt allerdings auch die »Robenfüller« (Selbstcharakterisierung des Vertreters des Bundesdisziplinaranwalts), die sich außerhalb der Verhandlung gegen die Berufsverbote aussprechen, in der Verhandlung allerdings die Entfernung aus dem Dienst beantragen, willfährig nachvollziehen, was ihnen der Vorgesetzte aufgetragen hat.

Die Bundesregierung ist mit Vorlage des Untersuchungsausschußberichtes der ILO im Februar 1987 abermals unter öffentlichen Beschuß geraten. Der Untersuchungsausschuß hatte die Aufgabe, diejenigen Regierungsmaßnahmen zu

prüfen, die sich gegen Angehörige und Bewerber des öffentlichen Dienstes richten und rechtlich auf der Forderung nach Verfassungstreue basieren. Grundlage der Untersuchung sind die Bestimmungen des ILO-Übereinkommens 111, das die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf verbietet. Als unzulässige Diskriminierung wird in diesem von der Bundesregierung ratifizierten Übereinkommen »jede Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung« bezeichnet, »die auf Grund ... der politischen Meinung ... vorgenommen wird und die dazu führt, die Gleichheit der Gelegenheiten oder der Behandlung in Beschäftigung oder Beruf aufzuheben oder zu beeinträchtigen«.

Der Bericht enthält eine umfangreiche Zusammenstellung der einzelnen Maßnahmen und kommt zu dem Ergebnis, daß die Berufsverbote in der BRD das Diskriminierungsverbot verletzen, weil sie sich wesentlich gegen die politische Überzeugung der Abgestraften richten. Der Bundesregierung und denjenigen Landesregierungen, die verbissen an den Berufsverboten festhalten, wird bescheinigt, daß sie den internationalrechtlichen Mindeststandard im Umgang mit dem politischen Gegner nicht einhalten.

Die Bundesregierung hat bisher jede detaillierte Stellungnahme zu dem Bericht vermieden und mit penetranter Borniertheit – wie schon im ILO-Verfahren selbst – behauptet, daß die Garantie von Menschen- und Grundrechten durch das ILO-Abkommen entfallen müsse, wenn dadurch der Schutz der Verfassung behindert werde. Diese Staatsschutz-Klausel tritt in verschiedenen Varianten seit Beginn der Berufsverbotspolitik auf; etwa in der Formel von der »wehrhaften Demokratie« oder im Begriff »präventiver Verfassungsschutz« oder in der Behauptung, daß kollektiv vertretene Meinungen nicht mehr bloße Meinungen, sondern – eben weil kollektiv vertreten – tätliche Angriffe seien.

Der ILO-Bericht stellt dagegen lakonisch fest, daß jeder Rechtsschutz entfalle, wenn man dieser Ansicht folge. Insofern hält der Bericht eigentlich nur an dem Kerngedanken der bürgerlichen Grund- und Menschenrechtsauffassung fest. Es lohnt sich, die entsprechenden Versuche, das nationale Verfassungsrecht auszuhebeln und die rechtfertigenden Konstrukte des Bundesverfassungsgerichts damit zu vergleichen.

Die neue Qualität, die der Untersuchungsbericht in die Auseinandersetzung bringt, beruht auf dem Umstand, daß die Berufsverbote anhand von Positionen des internationalen Rechts zurückgewiesen werden. Der CSU-Abgeordnete Regenspurger meinte dazu, der Bericht sei eine »Ausgeburt« der »Zwitternatur« der ILO. Dieser Versuch der Abqualifizierung des ILO-Berichts legt – im Gegensatz zur Intention des Urhebers – den Kern des Dilemmas, in dem die Bundesregierung steckt, offen. Selbstverständlich erfaßt die ILO auch die sozialistischen Staaten. Da aber diesen Staaten nicht diktiert werden kann und unterschiedliche Gesellschaftssysteme auf lange Zeit nebeneinander existieren werden, werden internationale Abkommen von Bedeutung auf eben diese lange Zeit »Zwitternatur« haben. Man kann nur begrüßen, daß die sozialistischen Staaten der internationalen Rechtsentwicklung zunehmend Aufmerksamkeit schenken und Mindeststandards des internationalen Rechts als ein Mittel begreifen, das friedliche Zusammenleben der Völker zu entwickeln. Internationale Abkommen werden zunehmend wichtiger, manche sogar lebenswichtig. Auch die Bundesrepublik wird künftig noch mehr an ihrer Bereitschaft und Fähigkeit gemessen werden, internationale Übereinkünfte und Mindeststandards einzuhalten.

Die Bundesregierung ist gefordert, der ILO zu berichten, welche Maßnahmen sie zur Beendigung der Berufsverbote ergriffen hat. Der diesbezüglich jüngste Bericht der Bundesregierung sollte bis zum 15. Oktober 1987 erfolgt sein. Er liegt noch nicht vor. Der ständige Sachverständigenausschuß der ILO wird im März 1988 erneut prüfen, ob die Bundesregierung die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses eingehalten und umgesetzt hat. Eine erneute Verurteilung der Bundesregierung ist zu erwarten.

Auch durch andere internationale Gremien: So befassen sich etwa der ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat) bei den Vereinten Nationen, die Wiener Folgekonferenz der KSZE und zum wiederholten Male das Europaparlament zur Zeit mit der Berufsverbotspraxis in der BRD.

Ob die Bundesregierung und die betroffenen Landesregierungen einlenken, wird sich zeigen müssen. Allerdings scheint auch das Bundesverwaltungsgericht zumindest in Teilen seine harte Linie zu verlassen, hat es doch trotz Schuldspruchs das Verfahren gegen den Postbeamten i. R. Karl Elsinger mit Beschluß vom 20.10.1987 eingestellt. Die langsame Erosion der Berufsverbotepolitik und -rechtsprechung bei CDU und Bundesverwaltungsgericht – trotz weiterer negativer Urteile – ist ohne ILO und internationale Protestbewegung nicht erklärbar. Sie eröffnet neue Möglichkeiten zur Beseitigung dieser anachronistischen Repressalie.

Konkret 03/88, S. 39

Günter Knabe; Warner Poelchau; Norman Paech; Gaby Gottwald

Konkret-Streitgespräch
Freiheit für/gegen wen in Afghanistan?

Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Günter Knabe, Leiter des afghanischen Programms der »Deutschen Welle« in Köln, Warner Poelchau, KONKRET-Autor und freier Journalist, zuletzt für den »Stern«. im Oktober 1987 in Kabul und Kandabar, Norman Paech (SPD), Professor für öffentliches Recht und Vorstandsmitglied im Informationskreis Afghanistan; Gaby Gottwald, Bundestagsabgeordnete der Grünen (1983/85), koordiniert den Internationalismus-Fond ihrer Partei

Poelchau: Es ist nicht das erste Mal, daß der Eindruck verbreitet wird, eine Lösung des Afghanistan-Konflikts steht unmittelbar bevor. 1983 etwa hieß es schon, es seien nur noch ein paar kleine Fragen offen. Jetzt, fünf Jahre später, wird wieder über eine bevorstehende Lösung spekuliert. Ist das diesmal realistischer?

Knabe: Ich denke schon, daß die Wahrscheinlichkeit größer geworden ist – aber nur die Wahrscheinlichkeit. Die Frage, ob die verschiedenen direkt oder indirekt am Konflikt Beteiligten eine Lösung wollen, will ich mit einem zwar klaren, aber differenzierten Ja beantworten. Das Regime in Kabul, das ich nicht Regierung nenne, hat sicherlich ein Interesse daran, daß es zu einem Ende des Krieges kommt. Die überwiegende Mehrheit des afghanischen Volkes will ein Ende des Krieges und den Abzug der sowjetischen Truppen. Die Mujahedin kämpfen für ein Ende der Besatzung, denn das ist die Voraussetzung dafür, daß Afghanistan nach ihren Vorstellungen gestaltet werden kann – wie immer die aussehen. Pakistan will, daß die sowjetische Besetzung beendet wird und die afghanischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren – wenn man auch sehen muß, daß Pakistan eine ganze Menge Vorteile aus der Besetzung Afghanistans gezogen hat. Der Iran hat mehr mit sich selbst zu tun, seine Rolle in diesem Konflikt ist erstaunlich gering geworden.

Ganz wesentlich aber wird natürlich jede Lösung des Afghanistan-Konflikts von den beiden Supermächten bestimmt. Der Konflikt in und um Afghanistan ist ja längst eine Funktion der Weltpolitik, konkreter: der Ost-West-Beziehungen, noch spezifischer: der Beziehungen Washington-Moskau geworden.

Poelchau: Sie sagen »Washington-Moskau«. Wenn ich mir angucke, woher seit 1980 fast alle Initiativen und Vorschläge zur Lösung des Konflikts gekommen sind, so war das nicht Washington, sondern fast ausschließlich Moskau.

Knabe: Die konkreteste Möglichkeit, die sich jetzt abzuzeichnen scheint, nämlich die Wiedereinsetzung des früheren Königs Mohammed Zaher, nicht als König, sondern als Staatsoberhaupt, haben unter anderen Henry Kissinger und der Ölmilliardär Hammer gefördert. In Washington sind sehr viele Überlegungen angestellt worden, wie man die Sowjets aus Afghanistan wieder rauskriegt – nicht unbedingt aus Liebe zu den Afghanen, sondern aus sehr eigenen amerikanischen Interessen. Insofern sehe ich nicht nur auf sowjetischer Seite ein Bemühen, den Konflikt in akzeptabler Weise zu beenden.

Paech: Ich glaube nicht, daß die USA ein Interesse daran haben, die Sowjetunion aus der Ecke herauszulassen, in der sie in Afghanistan derzeit sitzt. Die USA wollen die Sowjets dort festnageln, um sie international anprangern zu können. Das ist ganz ähnlich wie mit Nicaragua: Die sandinistische Regierung kann den USA so weit entgegenkommen wie sie will, alle Forderungen akzeptieren – Reagan stellt doch seinen Contra-Krieg nicht ein.

Ähnliches geschieht in Afghanistan: Ich bin überzeugt, daß die Sowjets seit längerer Zeit dringend aus Afghanistan rauswollen, weil das für sie international, aber auch im eigenen Land eine sehr schwierige Situation ist. Sie machen unentwegt Angebote, ihre Truppen abzuziehen. Aber immer, wenn die Sowjets ein neues Angebot gemacht haben, haben die USA die afghanischen Contras und Pakistan weiter aufgerüstet; ich nenne die Mujahedin Contras, wie Sie, Herr Knabe, die Regierung ein Regime nennen. Pakistan ist dadurch zum viertgrößten Bezieher ökonomischer und militärischer Hilfe durch die USA geworden.

Was die anderen Beteiligten angeht, bin ich mit Ihnen durchaus einverstanden: Die Regierung in Kabul, das war schon 1980 unter Karmal klar, will so schnell wie möglich die Sowjets raushaben, weil sie weiß, was das für eine Hypothek ist. Andererseits konnte sie auf die Sowjets nicht verzichten, solange die Contras von der anderen Seite so hoch unterstützt wurden – 1987 waren es 630 Millionen US-Dollars, 1988 sollen es 1 Milliarde werden. Die Mujahedin ihrerseits haben erklärt, daß sie trotz der Angebote der Sowjets und der Regierung in Kabul niemals eine Koalition mit der jetzigen Regierungspartei DVPA eingehen werden. Deshalb bin ich skeptisch, ob die neunte Verhandlungsrunde in Genf eine Lösung bringen kann – trotz der ewigen Vorankündigungen. Der Schlüssel zu diesem Problem liegt ganz eindeutig in der Hand der USA.

Gottwald: Ich teile diese Einschätzung. Andererseits denke ich: Man kann ja eine Übergangsregierung, eine Koalition von Mujahedin und derzeitiger Kabuler Regierung fordern, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß so ein Zusammengehen tatsächlich möglich ist – die Positionen der Beteiligten sind einfach viel zu widersprüchlich. Das kann natürlich kein Grund sein, für die Fortdauer der sowjetischen Besatzung einzutreten.

Gremliza: Also bedingungsloser Abzug der Sowjets?

Gottwald: Voraussetzung jeder Afghanistan-Diskussion sollte es sein, daß Einigkeit darüber besteht, daß die Sowjets aus dem Land raus müssen. Was die Sowjets da machen, ist klassische Ami-Politik: Man überfällt ein Land und überlegt dann, wie man sich dessen weitere Entwicklung vorstellen kann. Dafür gibt es keine Rechtfertigung, weder politisch, noch moralisch. Wie ein Abzug der Truppen nun konkret vonstatten gehen kann, wie man bestimmte Leute im Land davor bewahrt, von der Gegenseite überrollt zu werden, weiß ich nicht. Was ich mir vorstellen kann, sind UNO-Friedenstruppen, aber keine politische Einigung der Parteien im Land.

Meine Einschätzung der Perspektiven für ein sogenanntes freies Afghanistan ist überaus negativ. Ich kann mich auch nicht mit den Mujahedin solidarisieren. Die wollen einen islamischen Staat, gut – aber wem dient das und was habe ich damit zu tun?

Knabe: Vielleicht sollten wir uns nicht so viele Gedanken darüber machen, was die Afghanen mit ihrem Land machen. Wir alle treten doch für das Selbstbestimmungsrecht ein, und wenn das nicht nur schöne Worte bleiben sollen, dann müssen wir auch manchmal in den sauren Apfel beißen, einem Volk sein Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen, auch wenn uns politisch nicht gefällt, wie es das ausübt. Es ist anmaßend und ein Rückfall in eine kolonialistische Haltung, zu fragen: Aber was machen dann die armen Afghanen mit sich selber? Das ist Sache der Afghanen. Es geht zunächst einmal darum, ihnen die Möglichkeit zu geben, wieder Herr im eigenen Haus zu sein. Es waren die Sowjets, die dort mit 120 000 Besatzungssoldaten einmarschiert sind, um mit Waffengewalt ein Regime zu stützen, das von der Mehrheit des afghanischen Volkes abgelehnt wird.

Wenn Sie, Herr Paech, behaupten, der Schlüssel für eine Lösung und vielleicht auch für den Frieden liege in Washington, dann ist das eine Umkehrung der historischen Tatsachen. Denn die Behauptung, die Sowjets seien einmarschiert, weil eine militärische Einmischung der USA gedroht hätte, wird ja nicht einmal mehr von Moskau verbreitet.

Ganz kurz zwei Sätze zur Erinnerung an den historischen Ablauf: Kommunisten hatten sich in Kabul 1978 an die Macht geputscht; Afghanistan war bestimmt nicht in einer vorrevolutionären Situation, es war ein halbfeudalistisches Land – es mußte sich dort etwas bewegen, keine Frage, wenn das Land in irgendeiner Weise sich fortentwickeln wollte. Aber selbst die Sowjets wußten genau, daß Afghanistan für auch nur annähernd so etwas wie eine Revolution nicht reif war. Trotzdem haben die Kabuler Kommunisten geputscht und sind auf heftigsten Widerstand gestoßen. Um das Regime vor der totalen Vernichtung zu retten, sind die Sowjets einmarschiert. Es sollte eine Strafexpedition werden – aber da haben sie sich verkalkuliert, und wahrscheinlich bereuen auch die Sowjets selbst, daß sie sich von den afghanischen Kommunisten da haben hineinreißen lassen.

Jetzt kommt es darauf an, die Sowjets zu drücken und zu pressen, daß sie diesen historischen Fehler wiedergutmachen, zumindest revidieren. Allerdings: Sie dürfen nicht nach dem ersten schweren historischen Fehler, in dieses Land einzumarschieren, den zweiten schweren Fehler begehen, holterdipolter das Land zu verlassen und dort ein Vakuum zu hinterlassen. Das darf nicht geschehen. Es muß in Zusammenarbeit mit den Sowjets, vom Westen und von den Afghanen sichergestellt werden, daß dieses Vakuum nicht entsteht und neues Blutvergießen verhindert wird.

Paech: Historischer Fehler? Oft wird man zu Aktionen gezwungen, die sich aus einer späteren Perspektive als sehr problematisch erweisen. Um beurteilen zu können, ob hier ein historischer Fehler gemacht wurde, muß man etwas weiter ausholen: Was 1978 geschah, war kein Putsch, sondern der Versuch einer revolutionären Umgestaltung der spät- oder frühfeudalen Gesellschaft durch Landreform, Erziehungswesen usw. Die Frage nach der historischen Stunde für eine solche Revolution ist nicht nur den Sowjets, sondern auch den Afghanen immer präsent gewesen. Karmal sagte einmal, sie seien damals, 1978, eben gezwungen gewesen, die Revolution auszurufen, weil die Regierung Daud die Balance zwischen Sowjetunion und USA verlassen hätte und dazu übergegangen sei, die ehemaligen Kampfgefährten zu liquidieren. Obwohl sie wußten, daß der Zeitpunkt für eine Revolution eigentlich noch nicht reif war, mußten sie damit beginnen, wenn sie überleben wollten.

Poelchau: Haben Revolutionäre das Recht, eine Revolution zu machen, um sich selbst zu verteidigen – so hehr ihre Ziele auch sein mögen?

Knabe: Und damit ein ganzes Volk ins Blutvergießen zu reißen?

Paech: Das ist nicht das Recht des Revolutionärs, das ist Notwehrrecht. Sie konnten sich – nach den damaligen afghanischen Sitten im Umgang mit einer Opposition – ausrechnen, wann sie dran sein würden. Sie haben also die Revolution gemacht – auf einer relativ schmalen Basis, die noch schmaler wurde 1979 unter Amin, der durch Liquidierungen und eine falsche Politik die Konterrevolution auch selbst hervorgetrieben hat. Ob damals die Regierung nicht hätte abdanken und sagen müssen: Unsere historische Stunde ist verstrichen, wir müssen zurück – das wage ich nicht zu sagen.

Jedenfalls kamen nun erst die Sowjets ins Spiel, die ihre Entscheidung, in Afghanistan einzugreifen, gewiß sorgfältig erwogen haben: einerseits sagten sie sich, sie müßten einer Regierung helfen, die das erste wirklich fortschrittliche Programm in der afghanischen Geschichte hatte, und müßten sie davor bewahren, Selbstmord zu begehen. Andererseits begann der Einmarsch der sowjetischen Truppen am 27. Dezember 1979, genau 15 Tage nach dem Beschluß der Nato, Pershings und Cruise Missiles in Europa zu stationieren. Die Sowjets sagten sich, daß sie es sich unter diesem Druck der Einkreisung nicht leisten konnten, an ihrer Südflanke eine 4.000 km lange ungeschützte Grenze zu bekommen, wenn die afghanische Revolution und ihre Leute erst Selbstmord begangen hätten und mit einem neuen Regime die Amerikaner nach Afghanistan einzögen.

Diese Überlegungen haben eine so große Rolle gespielt, daß ich der Überzeugung bin, daß unter Bedingungen wie heute, nach dem INF-Vertrag, die Entscheidung nicht für Einmarsch gefallen wäre.

Gottwald: Ich habe so meine Zweifel, ob es in Afghanistan überhaupt eine Revolution gegeben hat. Es mag ein revolutionäres Programm gegeben haben und ein paar Leute, die es durchsetzen wollten. Aber unter Revolution verstehe ich schon was anderes.

Und zweitens: das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes. Abgesehen davon, daß es in Afghanistan so viele verschiedene Ethnien gibt, daß man von einem »afghanischen Volk« sowieso nicht reden kann – es ist natürlich völliger Unsinn, wenn Leute behaupten, sich für diese Geschichte mit Afghanistan deshalb zu interessieren, weil es ihnen um die Selbstbestimmung geht. Wenn es ihnen um Selbstbestimmung ginge, müßten sie sich auch um ganz andere Ländern kümmern. Warum immer nur Afghanistan? Weil es da nicht um Selbstbestimmung, sondern um Weltpolitik geht. Anders ist dieses Afghanistan-Engagement gar nicht zu erklären.

Außerdem ist auch dieser Begriff »Selbstbestimmung« mal zu hinterfragen. Wenn man sich den Iran anguckt, muß man doch sagen: Khomeini ist ein Schwein, das dennoch vom Großteil der Bevölkerung getragen wird. Ein Fall von Selbstbestimmung. Wir kennen das Problem auch aus der eigenen Geschichte.

Gremliza: Hast du deshalb das Recht, dem Iran vorzuschreiben, er solle sich eine andere Regierung wählen?

Gottwald: Darum geht es überhaupt nicht! Es geht *bloß* darum, daß man einen Staat nicht deshalb unterstützen muß, weil er dem Gebot der Selbstbestimmung entspricht. Wenn es um Khomeini und den Iran geht, wird jeder dem zustimmen, da rühmt hier keiner den Segen der Selbstbestimmung. Und warum reden dieselben Leute, wenn es um Afghanistan geht, nur von Selbstbestimmung? Weil sie wissen, daß ein Großteil der Bevölkerung antikommunistisch ist. Wenn die Amerikaner über Grenada herfallen, dann wird das im Bundestag bedauert, weil der Überfall gewisse bündnispolitische Perspektiven stören könnte – vom Recht der Menschen in Grenada auf Selbstbestimmung redet niemand.

Poelchau: Ich hab mir mal die Protokolle der Bundestagsdebatten angesehen – es gibt kein Thema, abgesehen von der Begrüßung ausländischer Delegationen, bei dem die Stenographen so häufig notieren: »Beifall bei allen Parteien«, wie bei den Debatten über Afghanistan. Denn alle, von der CSU bis zu den Grünen, fordern das gleiche: Selbstbestimmung des afghanischen Volkes. Zu welchen absurden Konsequenzen diese völlig inhaltsleere Forderung nach Selbstbestimmung führen kann, sieht man daran, daß die USA noch heute die Regierung Pol Pot als einzige legitime, weil selbstbestimmte Vertretung Kampucheas anerkennen. Nach diesem Prinzip müßte der Westen sich heute für die letzte »selbstbestimmte« Regierung Afghanistans einsetzen, für Amin und seine Schlächterpolitik.

Ein Blick auf die deutsche Geschichte belehrt darüber, daß wir den Einmarsch fremder Truppen brauchten, um uns vom Faschismus zu befreien. Unter dieser »Verletzung des Selbstbestimmungsrechts« haben viele Deutsche »gelitten«, nicht nur in der sowjetisch besetzten Zone, auch unter den Amerikanern, die die deutsche Jugend zum Hören von »Negermusik« und zum Tragen von »Nietenhosen« verleiteten.

Paech: Zwei andere Beispiele: 1973 wurde Mozambique unabhängig, 1975 Angola. Beide Völker müssen derzeit um ihr Überleben kämpfen. Was ist mit ihrem Selbstbestimmungsrecht? Herr Strauß trifft sich mit Herrn Botha auf angolanischem Gebiet, um dort eine Pressekonferenz abzuhalten. Die USA finanzieren und unterstützen die Contra-Banden der Unita und der Renamo. Und diese beiden bilden eine enge Koalition mit den Contras in Lateinamerika wie mit der Contra in Afghanistan. In allen Fällen sind es die gleichen Kräfte, die ein einziges Ziel haben: Den Versuch dieser Völker aus feudaler und kolonialistischer Abhängigkeit sich zu befreien, zu vereiteln.

Knabe: Ich bin hier nicht angetreten, um die Südafrika-Haltung des Herrn Strauß zu rechtfertigen. Und ich sehe ein ganz großes Problem darin, daß man auf dem afghanischen Feuer sein Süppchen abkocht.

Poelchau: Wir sollten auch trennen zwischen dem afghanischen Widerstand, der in Peschawar organisiert wird, und dem autonomen Widerstand in Afghanistan selbst, der zum Teil ganz andere Positionen vertritt, was sich zum Beispiel daran zeigt, daß einige der Führer dieses Widerstands das Angebot nationaler Versöhnung, das die Regierung in Kabul gemacht hat, angenommen haben. Auf meiner letzten Reise habe ich in Kandahar mit einigen von denen gesprochen, die der Kommission für nationale Versöhnung angehören. Für jemanden wie mich, der das revolutionäre Programm der Regierung

immer für richtig und nötig gehalten hat, war es fast bedrückend zu sehen, welchen Preis die Regierung für die Versöhnung zu zahlen bereit ist:

Die Regierung verzichtet auf ihre Autorität in den autonomen Stammesgebieten, die Landreform wird zurückgedreht, der Mullah bekommt sein Amt wieder. Selbst der »Vorwärts«, der ja nicht in Verdacht steht, es mit den Sowjets zu halten, fragte jüngst in einer Überschrift: »Wie weit soll Kabul noch zurückstecken?« Die Angebote der Regierung sind tatsächlich keine Scheinangebote. Und es stellt sich die Frage, ob man nicht diese Politik unterstützen muß, wenn man nicht will, daß das geschieht, was ein indischer Diplomat mir schon vor Jahren gesagt hat: In Afghanistan bekämpft der Westen die Sowjetunion bis auf den letzten Afghanen.

Knabe: Das ist die Gefahr: daß die Afghanen zu Opfern der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Washington um Einfluß in Asien und in der Region werden. Sie müssen aber bedenken, daß die Leute, mit denen Sie gesprochen haben, als Sie in Kabul und Kandahar waren, ihnen von der Regierung ausgewählt worden sind. Sicher gibt es ein paar Widerstandskämpfer, die ihre Waffen niedergelegt haben, nicht zuletzt deshalb, weil jede, auch die so zähe afghanische Bevölkerung irgendwann genug hat vom Krieg und vom Tod, denn tatsächlich leidet die Zivilbevölkerung in Afghanistan am meisten unter dem Krieg.

Poelchau: Und der Krieg, unter dem die Zivilbevölkerung leidet, ist nicht nur der Krieg der sowjetischen und afghanischen Regierungstruppen. Das ist auch der Krieg der Mujahedin, die gegen Zivilisten vorgehen, bei denen sie keine Unterstützung finden, oder mitten im belebten Kabul Autobomben legen. Müßte Solidarität mit den Afghanen nicht auch heißen, sich von diesen Kriegern zu distanzieren?

Knabe: Krieg, von wem auch immer und für was auch immer geführt, ist grundsätzlich eine brutale Sache. Ich kann es auch nicht gutheißen, daß irgendjemand im Namen von was auch immer Zivilbevölkerung tötet oder terrorisiert. Und natürlich fällt es gerade der Linken in der Bundesrepublik besonders schwer, sich mit dem afghanischen Widerstand zu solidarisieren, weil die Mujahedin für Werte stehen, die im Westen suspekt sind: Sie werden mit dem Islam identifiziert, und der Islam wird mit Reaktion identifiziert, weil die Mehrheit den Islam für das hält, was unter Khomeini im Iran praktiziert wird. Das ist ein ganz großes Problem des afghanischen Widerstands. Dabei gibt es in der afghanischen Widerstandsbewegung nur eine einzige Partei, die von Fundamentalisten geführt wird, die also nicht für einen Staat kämpft, sondern für die Umma, die Gemeinschaft der Gläubigen, den Islam. Es wird Sache der Afghanen sein, zu entscheiden, ob sie von diesen Leuten regiert werden wollen.

Gremliza: Zwischenfrage: Im ZDF-Magazin, aber auch von den Bundestagsparteien werden die afghanischen Widerständler fast regelmäßig »Freiheitskämpfer« genannt. Warum?

Knabe: Ich nenne die Mujahedin Widerstandskämpfer, nämlich Kämpfer im Widerstand gegen eine fremde Besatzung und gegen ein von dieser Besatzung aufgezwungenes Regime. Ich nenne sie nicht Freiheitskämpfer, denn was wir unter Freiheit verstehen, ist bestimmt nicht das, was die Mehrheit des afghanischen Volkes bisher als Freiheit gekannt hat und was die traditionelle afghanische Gesellschaft als Freiheit bezeichnen würde.

Paech: Man müßte erst mal den sozialen Inhalt dessen bestimmen, was diese »Freiheitskämpfer« wollen. Ich sollte vielleicht deshalb noch einmal erläutern, warum ich diese Leute Contras nenne. Das hat durchaus nichts mit ihrem islamischen Glauben zu tun, denn der Islam hat viele fortschrittliche Bewegungen unterstützt, sei es in Algerien, sei es in Palästina; der Islam ist nicht eine reaktionäre Masse, sondern wie im Katholizismus, der eine Theologie der Befreiung kennt, gibt es im Islam sehr fortschrittliche Positionen.

Wenn man sich aber die sozialen Inhalte der Leute ansieht, die in Peschawar sitzen, wird man nichts entdecken, was Fortschritt für das afghanische Volk bedeuten könnte. Alle Zeitungen, die versucht haben, aus der Contra etwas sozial Progressives für Afghanistan herauszuholen, sind gescheitert. Das beste, was solchen Fragestellern passieren kann, ist, daß die Mujahedin schweigen – denn wenn sie reden, wird es ganz antidemokratisch und reaktionär.

Und deshalb, Gaby, noch einmal zur Frage der Revolution: Wie vielschichtig dieser Begriff auch sein mag – er ist angebracht, wo eine Bewegung sich daran macht, die sozialökonomischen Grundlagen einer Gesellschaft radikal zu verändern, insbesondere was das Eigentum an Land und an Produktionsmitteln betrifft.

Gottwald: Voll und ganz meine Meinung. Aber es muß eine breite Bewegung sein, keine verschwindende Minderheit.

Paech: Zugegeben, es war eine relativ kleine Minderheit, Leuter der Intelligenz von Kabul. Aber so sehr anders war das bei keiner Revolution, auch nicht bei der französischen. Jede Revolution wurde von relativ kleinen revolutionären Kadern in Gang gesetzt. In Afghanistan wollten diese Kader die alten Produktionsstrukturen verändern, das Eigentum an Land und Produktionsmitteln verändern, die Frauen aus ihrer Unterdrückung befreien. Das ist der soziale Inhalt dieser Revolution, bis heute, wenn die Revolutionäre viele Konzessionen machen mußten, weil die Bevölkerung die Veränderungen nur sehr langsam aufnahm. Ich denke, dieses Zurückstecken ist auch ein Zeichen von Klugheit.

Knabe: Es war eine kleine Gruppe, die um ihr Leben gekämpft hat und an die Macht gekommen ist. Dann haben sie versucht, revolutionäre Dinge in Afghanistan einzuführen, sind gescheitert und gehen jetzt hinter die eigenen Forderungen zurück, um sich an der Macht zu halten. Was Sie Klugheit nennen, ist in meinen Augen nichts anderes als eine Frage der puren Machterhaltung der Kommunisten in Kabul. Und das, was die Sowjets jetzt machen – daß sie nämlich die Probleme, die sie in Afghanistan haben, loswerden wollen, aber ihren Einfluß nicht verlieren – , ist nichts anderes.

Paech: Es ist einfach nicht wahr, daß die einfach an die Macht kommen und erst dann etwas durchsetzen wollten. Die DVPA gibt es seit 1965, die Programmatik dieser Partei ist lange vor der Revolution ausgearbeitet worden, ihre sozialen Ziele waren bekannt, ihre Wurzeln reichen bis in die Jungafghanen-Bewegung zurück. Und der Veränderungswille ist bei der Regierung nach wie vor vorhanden, es gibt auch Erfolge – sogar das Londoner Institut für Strategische Studien hat letztes Jahr gesagt, die Kabuler Regierung sei mit ihren Reformen auch bei der Akzeptanz durch die Bevölkerung ein gutes Stück weitergekommen.

Gottwald: Vielleicht hast Du recht, was die Intentionen der Regierung angeht. Aber wir müssen eben auch zur Kenntnis nehmen, daß der Großteil der Bevölkerung diese Ziele nicht hat und auch damit nichts zu tun haben will. Das ist das eine Dilemma.

Das andere Dilemma ist, daß sich die Kritiker der Kabuler Regierung auf ein Volk und seine Selbstbestimmung berufen, ohne danach zu fragen, was das für einen Inhalt hat. Da geht beispielsweise im Bundestag der SPD-Abgeordnete Bindig her und fordert frank und frei Solidarität mit den »Freiheitskämpfern« und einen islamischen Staat.

Knabe: Das hat Bindig gefordert?

Gottwald: Ja, und da muß man sich doch einmal fragen, wie so ein Sozialdemokrat dazu kommt, sich für einen islamischen Staat stark zu machen.

Gremliza: Die Antwort ist ganz einfach: Er will die Sowjets dort weghaben und alles, was dazu taugen konnte, ist ihm recht – und wenn's Khomeini selber wär'.

Gottwald: Sie, Herr Knabe, haben gesagt, daß Sie die Mujahedin nicht Freiheitskämpfer nennen. Aber Sie sind in Sachen Afghanistan doch sehr engagiert, und es stellt sich die Frage, was für eine Art Engagement das ist. Die meisten der in dieser Frage engagierten haben so eine klammheimliche Solidarität mit den Mujahedin, sie trauen sich nicht, das offen zu sagen, und wissen ganz gut, warum sie sich das nicht trauen.

Poelchau: Die Linke hat ja auch atemberaubend selbstverständlich die These hingenommen, in Afghanistan gehe es um *die* Menschenrechte, hat zum Beispiel auch die Behauptung hingenommen, in Afghanistan finde ein Völkermord statt. Und das einzige Menschenrecht, das die Mujahedin erkämpfen, ist das Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit von Besetzung. Was sie sonst noch ankündigen in Worten und Taten, ist, daß sie nach ihrem Sieg so gut wie jedes andere Menschenrecht verletzen werden.

Gottwald: Es gibt ein Papier der Grünen im Bundestag zur Vorbereitung einer Afghanistan-Veranstaltung im April/Mai, wo es zur Frage der Menschenrechte ganz flapsig heißt: »Ganz sicher ist das Regime in Kabul auch bei vielen auf Zustimmung gestoßen, weil es im eurozentrischen Sinne Teile unserer Wertvorstellungen umzusetzen versucht hat, mit welchen mörderischen Mitteln auch immer, anders als die islamischen Mujahedin, deren Wertvorstellungen wir dort besonders vehement, und ohne uns lange damit aufzuhalten, ablehnten. Wir glauben, gesellschaftlich schon viel weiter zu sein, zum Beispiel in der Beurteilung der Rolle der Frauen...« Wenn man sich also dagegen wehrt, daß die Frauen die Letzten sein sollen, die in Afghanistan von irgendwas profitieren, dann ist man Eurozentrist!

Knabe: Ich war gefragt worden zu meiner Haltung zu den Mujahedin. Also erstens gibt es nicht *den* afghanischen Widerstand, sondern viele Gruppierungen, auch im Inland, zum Teil auch Linke, nicht moskau-orientierte, deren Stärke aber schwer zu beurteilen ist. Überhaupt bin ich mit Zahlenangaben sehr vorsichtig. Tolstoi hat einmal gesagt: Es wird nirgendwo so viel gelogen wie im Krieg und in der Liebe. Und das gilt auch für den Krieg in Afghanistan, und zwar auf beiden Seiten. Einschränkend kommt leider noch hinzu, daß durch den Krieg und die Folgen des Einmarsches der Sowjettruppen alles, was auch nur halbwegs nach links riecht, von der afghanischen Bevölkerung abgelehnt wird. Das ist ein ganz großes Problem und auch eine historische Schuld der Sowjetunion.

Sie fragten mich nach meinem Engagement. Ich muß Ihnen sagen: Ich sehe schwarz für das Schicksal des afghanischen Volkes. Vor dem Putsch der Kommunisten 1978 war Afghanistan ein wirklich glaubhaft blockfreies Land, ein neutrales und tatsächlich unabhängiges. Da komme ich zu meinem Engagement: Die Afghanen haben mir imponiert, Afghanistan als Staat hat mir imponiert, weil es glaubhaft blockfrei war. Es hat die USA scharf kritisiert im Vietnam-Krieg, obwohl es von den USA massive Entwicklungshilfe erhielt, und es hielt Distanz gegenüber der Sowjetunion. Außenpolitisch war Afghanistan durchaus eine Art Vorbild für viele Länder der Dritten Welt.

Gremliza: Wollen Sie wirklich die Qualität eines Staates danach bemessen, ob seine Regierung eine Politik der Blockfreiheit macht?

Knabe: Ich halte es für eine durchaus akzeptable Position, wenn Länder sich dafür entscheiden, blockfrei zu sein. Und von der Außenpolitik nun zur Innenpolitik: Afghanistan war, vor der Absetzung des Königs und auch zur Zeit des Putsches, ein halbfeudalistisches Land. Das ist es heute noch, denn die sozialen, wirtschaftlichen, emanzipatorischen Probleme des Landes sind durch den Putsch der Kommunisten, durch den Krieg und durch den Einmarsch der Sowjets in keiner Weise berührt, geschweige denn gelöst worden. Es gab jede Menge Probleme in Afghanistan, und tatsächlich hat wohl jeder, der es beobachtet hat, für dieses Land gewünscht und gehofft, daß es so etwas wie Fortschritt geben wird – aber nicht dadurch, daß man ihn mit Waffengewalt herbeiführt.

Und jetzt zum Widerstand: Ich sehe auch mit großer Sorge, was aus Afghanistan werden soll, wenn die Führer der Widerstandsbewegung, die heute in Pakistan sitzen, wirklich die Macht in Kabul bekommen würden. Das wünsche ich dem afghanischen Volk nicht, daß es von moslemischen Fundamentalisten regiert wird. Im übrigen sehe ich auch gar keine Gefahr, daß diese Fundamentalisten jemals die Macht übernehmen könnten – aus dem einfachen Grund, daß 90 Prozent der Afghanen Sunniten sind und nur zehn Prozent Schiiten. Was wir heute im Iran erleben, ist eine ganz spezifische Ausprägung der iranischen Schia. Die Afghanen verknüpfen soziale, wirtschaftliche und politische Probleme bei weitem nicht so eng mit dem Islam wie etwa Khomeini.

Es gibt da Widerstandsführer und Gefolgsleute und große Teile der afghanischen Bevölkerung, die zwar den Islam als Grundlage ihres seelischen und geistigen Lebens haben, aber im Alltag nicht so verbissen irgendwelche fundamentalistischen Vorschriften befolgen wollen. Aber es ist richtig und ich bedaure das sehr, daß von einem Teil der westlichen

Medien, manchmal aus Unwissenheit, aber manchmal auch aus Absicht, übersehen wird, daß die Führer der moslemischen Widerstandsbewegung in Pakistan Programme haben, wenn sie sie überhaupt äußern, die von den meisten Menschen hier in keiner Weise gutgeheißen würden. Das ist wahr, und es wäre verlogen, das zu vertuschen.

Paech: Sie sagen, es habe sich in Afghanistan fast nichts geändert, kein Problem sei angerührt oder gar gelöst worden. Wie kommen Sie zu dieser Meinung? Gut, wer nur die »FAZ« oder die »FR« liest, der erfährt natürlich so gut wie nichts darüber, was die afghanische Regierung tatsächlich tut: Der Großgrundbesitz ist beseitigt, die Schlüsselindustrie ist verstaatlicht, es gibt eine Alphabetisierungskampagne, Rundfunkprogramme für die verschiedenen Sprachen. . .

Knabe: Das ist typisch für Linke, die in ein Land der Dritten Welt kommen, in dem eine Revolution stattgefunden hat oder angeblich stattgefunden hat: Da wird alles, was es gibt, der Revolution gutgeschrieben. Emanzipation und Alphabetisierung hat es in Afghanistan schon lange gegeben, und zwar ohne fremde Besatzung und ohne Blutvergießen. Es gab im Kabuler Kabinett prozentual mehr Frauen als zur gleichen Zeit im Bonner Kabinett.

Paech: Ja, es gab in Kabul *jeunesse doré,* es gab Leute, die in Salem oder Oxford zur Schule gegangen waren und ihre Kinder wieder dorthin schickten, es gab eine sehr, sehr dünne Oberschicht, die mit Europäern sich unterhalten konnte und so deren Bild von Afghanistan bestimmte. Aber warum waren denn 1978 über 95 Prozent der Afghanen Analphabeten? Warum war das Gesundheitssystem absolut bankrott?

Knabe: Weil Afghanistan immer eines der ärmsten Länder der Welt gewesen ist.

Paech: Mit einer schwerreichen Schicht von Leuten, die ihre Gelder in der Schweiz und in der Bundesrepublik deponierten. Viele Söhne aus dieser Schicht studieren auch hier in der Bundesrepublik und stehen natürlich in diesem Konflikt, wo sie hingehören: auf der Seite der Mujahedin.

Poe1chau: Die neue Regierung hat den Anteil der Analphabeten von 95 auf 70 Prozent senken können – und sie hat für ihr Alphabetisierungsprogramm eine Auszeichnung der Unicef erhalten. Aber leider ist das eine der wenigen Sachen, mit der die Regierung Erfolg gehabt hat. Denn mit den meisten Programmen, die ich als Programme toll finde, ist es doch so: Überall, wo die Kabuler Regierung mit Widerständlern Frieden schließt, verzichtet sie auf die Durchsetzung von Veränderungen. Nehmen wir nur die Emanzipation der Frauen – das mußte die Regierung sogar dem Frieden in der eigenen Partei opfern. Die Vorreiterin der Frauenemanzipation, Dr. Anahita Ratebzad, ist geschaßt worden, weil sie die Lebensgefährtin von Karmal war – ein Akt der nationalen Versöhnungspolitik .

Paech: Es gibt tatsächlich mehrere Fraktionen in dieser Regierung, und die Schwierigkeiten in dieser Regierung entstehen nicht nur dadurch, daß die Sowjets etwas wollen oder nicht, sondern daß die Regierung Entscheidungen fällt, auf die die Sowjets nicht immer Einfluß haben – so satrapenartig ist das Verhältnis nämlich nicht.

Aber die eigentlichen Ursachen, warum es der Regierung so wenig gelingt, ihre Reformen durchzuführen, liegen woanders. Einmal hat sie die Reformen zu radikal angepackt und nicht damit gerechnet, daß die Bevölkerung dafür nicht reif war. Da kam plötzlich Widerstand von Bauern, die es seit Jahrhunderten gewohnt waren, in feudaler Abhängigkeit zu leben, und die sich gar nicht vorstellen konnten, das Land selber zu besitzen. Zum andern kann keine Regierung in einem solchen Krieg auch noch Reformen durchführen – das zeigt ein Blick auf Angola oder Mozambique: da wird nur noch ums nackte Überleben gekämpft. Und genau das ist es, was die USA überall zielgerichtet unterstützen: Revolutionäre solange in

kriegerische Auseinandersetzungen zu verwickeln, bis ihre Programme, zu deren Verwirklichung sie dabei nicht kommen können, unglaubwürdig geworden oder in Vergessenheit geraten sind.

Knabe: Ich widerspreche der Ansicht, daß die afghanische Regierung für kommunistische oder sozialistische Reformen kämpft. Hier kämpft ein Regime, das von außen hineingetragen worden ist, um die Machterhaltung.

Ich stimme Ihnen darin zu, daß es in einem Land wie Afghanistan unmöglich sein mußte, solche Reformen so brutal durchzuführen, wie die Kabuler Kommunisten das versucht haben. Gerade damit haben sie ja den Widerstand, der ohnehin da war, zusätzlich provoziert. Zum Thema Landreform: Die Afghanen sind vom Islam geprägt, und für den Islam ist Privateigentum eine unantastbare Sache. Das hat es den Bauern schwergemacht, das zugeteilte Land anzunehmen.

Das politische Bewußtsein des afghanischen Volkes ist auch nicht annähernd reif gewesen für solche grundsätzlichen Reformen und Neuerungen. Das haben viele Leute gesehen, und ich unterstelle sogar den Sowjets, daß sie das ursprünglich gesehen haben und daß sie nur durch das vorschnelle Putschen ihrer afghanischen Genossen in die Sache hineingezogen worden sind.

Gremliza: Zwei Fragen noch, die ich gerne beantwortet sähe:

Erstens: Nach allem was hier – insoweit übereinstimmend – über die sogenannten Freiheitskämpfer gesagt wurde, ist es noch weniger als zuvor zu verstehen, warum sich sogenannte Linke unbedingt in die große Koalition von Todenhöfer bis zu den Grünen einreihen, um die Mujahedin zu unterstützen; oder warum bei Unterschriftensammlungen zu ganz anderen Themen en passant und sozusagen als Prüfstein Bekenntnisse zugunsten der afghanischen »Freiheitskämpfer« abverlangt werden.

Zweitens: Herr Knabe hat zu Beginn des Gesprächs gesagt, das Problem der USA sei, wie sie die Sowjets aus Afghanistan herausbrächten. Mir scheint, es ist gerade umgekehrt: Das Problem der USA besteht darin, wie sie die Sowjetunion so lange wie möglich dort drinhalten können.

Knabe: Solidarität mit Afghanistan – mit wem und mit was solidarisiert man sich da? Ich denke, daß viele Menschen sich gar nicht mit jemandem solidarisieren, sondern *gegen* jemanden: Gegen eine Supermacht, in diesem Falle die Sowjetunion, die in ein Land einmarschiert ist, es besetzt hält und versucht, dort ihre Machtpolitik durchzusetzen. Mich wundert nicht die Solidarisierung, mich wundert eher, daß für Afghanistan in der Bundesrepublik nicht so viele Menschen empört auf die Straße gegangen sind wie zum Beispiel für Vietnam.

Poelchau: Das liegt daran, daß die Leute, die die Mujahedin unterstützen wollen, nicht auf die Straße gehen müssen, sondern ihr Scheckbuch benutzen können. Leute, die Nicaragua helfen wollen, haben eben das Geld nicht. Die müssen auf die Straße.

Paech: Ich finde es interessant, wenn Herr Knabe sagt, daß sich das Afghanistan-Engagement *gegen* etwas richtet. Ich kann Ihnen auch sagen, gegen was: gegen die Sowjetunion. Antisowjetismus ist ja unsere Heimatideologie seit 1945. Auch die ganze Vietnam-Bewegung war ja sofort paralysiert, als die Sowjetunion sich eindeutig hinter die Vietnamesen gestellt hat.

Gottwald: So einfach, Herr Knabe ist es nicht, daß man sagen kann: Die Leute und der Westen waren moralisch empört, weil da eine Supermacht einmarschiert ist. Denn der Westen empört sich nie, wenn die Supermacht USA irgendwo einfällt.

Knabe: Also mit der Besetzung von Grenada hat auch die Bundesrepublik erhebliche Probleme gehabt.

Gottwald: Weil es das ganze Bündnis diskreditiert, wenn sich da einer wie ein Berserker aufführt. Aber mit Moral hatte das überhaupt nichts zu tun. Auch die Empörung über die Sowjetunion hat mit Moral nichts zu tun. Ich frage jetzt: Warum kann man bei allen Organisationen, die angeblich Geld für humanitäre Zwecke in Afghanistan sammeln, so sicher sein, daß die Mittel immer nur in einen Kanal fließen: zu den Mujahedin in Pakistan? Da zeigt sich, daß es eine humanitäre Hilfe, die nichts mit Politik zu tun hat, nicht gibt.

Knabe: Man kann doch einen afghanischen oder irgend einen anderen Flüchtling nicht deswegen hungern lassen, weil wir, wenn wir ihm helfen, auch der Seite helfen, auf der er sich befindet.

Gottwald: Ich bin nicht gegen humanitäre Hilfe, ich wende mich nur gegen die Illusion, sie sei von politischer Unterstützung zu trennen. In Pakistan etwa hat selbst die UNO überhaupt keine Möglichkeit, über die Verteilung der Gelder zu bestimmen. Das machen die Führer der Mujahedin, die dort die Lager kontrollieren. Wer hier humanitäre Hilfe leistet, unterstützt in der Regel auch die Mujahedin. Darüber wird nie geredet, sondern das wird vertuscht. Dafür sagt der Sozialdemokrat Bindig im Bundestag im Dezember 1987, es gäbe das Gerücht in Pakistan, daß es in Kabul 30.000 durchgeschnittene Hälse gebe, wenn die Sowjets abzögen. Und was für Konsequenzen ziehen die Grünen daraus? Sie sind für die internationale Anerkennung dieser Bande. Die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher sagte, sie sei ja schon froh, daß sich die Mujahedin nicht mehr ständig gegenseitig umlegten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Widerstandsführer

Hekmatyar ein Killer ist. Für niemanden scheint das ein Problem zu sein, alle solidarisieren sich mehr oder weniger klammheimlich mit diesen Leuten, und einer sagt, er sei schon froh, daß wenigstens die Massaker innerhalb der Mujahedin abgenommen hätten. Es ist, als hätte man es mit Geisteskranken zu tun. Da man es aber nicht mit Geisteskranken zu tun hat, muß man sich doch fragen, welche politischen Interessen dahinterstecken. Und da kann ich nur vermuten, daß die Toleranz gegenüber den Mujahedin sich aus dem puren Interesse speist, den Sowjets eine Niederlage zu bereiten. Antikommunismus ersetzt das Nachdenken darüber, welche eigenen politischen Schritte man tun und verantworten könnte.

Knabe: Ich verstehe Ihre Sorgen, aber ich habe die Diskussion im Bundestag so verstanden, daß man sich jetzt, wo ein Abmarsch der Sowjettruppen nicht mehr völlig ausgeschlossen scheint, natürlich darüber Gedanken macht, was dann kommt. Solange Krieg ist, hat man nur *ein* Ziel: die Besatzungstruppen loszuwerden. Jetzt, wo am Horizont diese Möglichkeit auftaucht, muß man natürlich fragen: Was haben denn die Mujahedin außer Krieg und Widerstand politisch zu bieten?

Man macht sich im Westen zurecht große Sorgen, wer denn nach einem Abzug der Sowjets in Afghanistan tatsächlich die Macht übernehmen könnte. Deshalb ist man ja auf diese Kompromißlösung mit dem ehemaligen König gekommen, der sowohl für die große Mehrheit des afghanischen Volkes als auch für Moskau und Washington eine akzeptable Figur sein könnte. Natürlich wissen die Sowjets, daß sie, wenn sie abmarschieren, einige tausend ihrer afghanischen Genossen mitnehmen müssen, und sie sind sicher auch bereit dazu. Denn es kann niemand garantieren, daß sie am Leben bleiben, wenn die Sowjets abziehen.

Paech: Sie reden immer von den Sowjets, die abziehen müssen. Sie reden nie davon, daß die USA ihre größte Unterstützungsaktion seit Vietnam abbrechen müßten. Die USA machen es genau wie mit Nicaragua: Da wird eine Bedingung nach der andern erpreßt, und wenn die Sandinisten selbst direkte Verhandlungen mit der Contra aufnehmen, wird weiter gepreßt. So werden sie es auch in Afghanistan machen. Jetzt haben die Kabuler schon den König akzeptiert, aber der Contra in Pakistan reicht das noch lange nicht. Und nun kommen Sie, Herr Knabe, mit der Forderung, daß einige Tausend afghanischer Kommunisten mit nach Moskau genommen werden müßten. . .

Knabe: Ob Sie's nun gut finden oder nicht: so ist die afghanische Gesellschaft, das wird das Problem sein. Oder soll man die ihrem Schicksal überlassen?

Paech: Es muß eine Situation hergestellt werden, die den Aufbau eines einigen Afghanistan möglich macht, und in der nicht gesagt wird: Die einen sollen mit den Sowjets dorthin gehen, die anderen mit den Amerikanern dahin.

Gremliza: Deshalb noch einmal die zweite Frage: Wollen die USA die Sowjets nun raushaben aus Afghanistan?

Knabe: Es wird kaum zu leugnen sein, daß die USA in ihrer Weltmacht-Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in Afghanistan durchaus eine Flamme unter dem Stuhl der Sowjets sehen, die sie je nach Bedarf mal hochstellen und mal runterstellen können. Andererseits haben die Sowjets dort ein herrliches Experimentierfeld für ihre neuesten Waffen und für die Guerillabekämpfung – was die Amerikaner alles schon in Vietnam hatten. Für die Amerikaner wiederum ist es sehr günstig, daß sie der Dritten Welt vorführen können, was die Sowjetunion da macht.

Dennoch wäre es für die Amerikaner ein großer politischer und diplomatischer Erfolg, wenn sie sagen könnten, daß ihre militärische Unterstützung des afghanischen Widerstands schließlich dazu geführt hätte, daß die Sowjets sich tatsächlich zurückziehen mußten. Denn ein militärischer Rückzug aus Afghanistan würde für die Sowjets erhebliche Probleme bringen. Das wäre ein enormer Sieg für die amerikanische Politik.

Poelchau: Ich bin nicht so optimistisch, ich glaube nicht, daß die USA das so sehen. Aber eins ist jedenfalls unerträglich: Daß die Linke in der Bundesrepublik sich in diese amerikanische Strategie gegenüber Afghanistan einklinkt, anstatt einmal die Vorschläge sich anzusehen und zu prüfen, die nicht die USA und auch nicht die Mujahedin, die alles ablehnen außer der unumschränkten Machtergreifung, sondern die die Sowjetunion und die Regierung in Kabul gemacht haben: Beiderseitige Abrüstung, keine Unterstützung der beiden Kriegsparteien, Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb eines fest vereinbarten Zeitraums, Bildung einer Koalitionsregierung in Kabul.

Wenn dann Teile derjenigen, die jetzt die Mujahedin in Peschawar unterstützen, weiterhin auf einem bedingungslosen Abzug der Sowjets bestehen, mit allen Konsequenzen, die sie ja selbst sehen – dann kann ich auch ihren humanitären Anspruch nicht mehr ernst nehmen.

Aber auch für linke Politik muß es eine Konsequenz aus der Erfahrung in Afghanistan geben. So bitter es sein mag, man muß auch von einer revolutionären Regierung, die so offensichtlich wie in Afghanistan mit den Reformen und dem Bemühen um die Unterstützung des Volkes gescheitert ist, verlangen, daß sie zurücktritt. Das Kleben an der Macht kostet nur unnötig Menschenleben und diskreditiert die sozialreformerischen Ziele. Dann muß man eben wieder zurück in die Opposition und versuchen, die Menschen für sein Programm zu gewinnen.

Gottwald: Die große Sorge, die in der bürgerlichen Presse jetzt aufbricht: Was passiert eigentlich, wenn die Sowjets dort rausgehen – das zeigt, daß es diesen Leuten nie um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem ging, was eigentlich in Afghanistan los ist, sondern ausschließlich um die Diskreditierung der Sowjetunion Wenn nämlich die Mujahedin nun die Macht in Kabul übernähmen, würde sich herausstellen, was für Killer die Verbündeten der USA in Wirklichkeit sind. Vor dieser Diskreditierung haben die Freunde der USA nun Angst. Deshalb die besorgten Leitartikel.

Mein Anspruch an linke Politik ist, daß sie etwas mit Inhalten zu tun hat und nicht mit blanker Ideologie. Und das gibt es im Fall Afghanistan nicht. Die autonome und unabhängige Linke hat es nicht geschafft, dazu eine eigene, saubere Position zu formulieren. Die Grünen schon gar nicht. Solidarität kann es nur geben, wenn es in dem jeweiligen Land Organisationen oder Parteien gibt, mit deren politischen Inhalten ich mich solidarisieren kann. Mit Mujahedin und islamischem Staat habe ich nichts zu schaffen.

Konkret 03/88, S. 48

Gottfried Niemietz

Das Mittelalter lebt

Schon das Grundgesetz macht da kurzen Prozeß: Artikel 4 verspricht lediglich »Freiheit des Glaubens« und »ungestörte Religionsausübung«. Ungläubige und Areligiöse sind in der Verfassung gar nicht erst vorgesehen. Entsprechend rigide reagieren die christlichen Kirchen und ihr Staat, wo Ketzer sich dennoch zu Wort melden. Mit dem Gotteslästerungsparagraphen des StGB wird ihnen der Prozeß gemacht. Derartige Verfabren haben seit dem Regierungswechsel 82/83 Konjunktur: Atheistenverfolgung in der BRD

»Sieht man sich die Geschichte der Kirchen an, ist man Mitglied einer der größten Verbrecherorganisationen der Welt. Hexenverfolgungen, sechs Millionen Frauen verbrannt, Völkermorde, Religionskriege, Kreuzzüge, Unterdrückung und Verarschung des Volkes durch alle Jahrhunderte, Judenverfolgung, Segnung von Waffen, Verteufelung der Lust und, und, und, um nur einige Beispiele zu nennen«, schrieb Birgit Römermann 1984 in einer Aufklärungsbroschüre über die Kirche. Für die Äußerung wurde sie zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen, bzw. 20 Tagen Haft verurteilt. Das OLG Celle entschied als höchste Instanz, daß es eine Straftat ist, aus der historischen Mordbilanz der Kirche öffentlich die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es sich hierbei um eine der größten Verbrecherorganisationen der Welt handelt.

Doch damit nicht genug. Die seelsorgerischen Arme der Kirche umschlangen die Atheistin nicht nur in Form der Justiz, sondern krakenähnlich gesellten sich noch weitere hinzu: Die Stadt Göttingen verbot ihren seit über zwei Jahren betriebenen antiklerikalen Informationsstand, da ihr »offensichtlich jegliches Gefühl für Sitte und Anstand abhandengekommen« sei. Das Finanzamt entzog der von ihr geleiteten »Internationalen Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude e.V.« die steuerrechtlich wichtige Gemeinnützigkeit. Es wurden mehrfach Hausdurchsuchungen bei ihr durchgeführt, und last not least rief der Pfarrer ihres Wohnortes in der Lokalzeitung zum Boykott des von ihr und einem Freund betriebenen Geschäfts auf. Schließlich wurde Frau Römermann erneut auf der Grundlage des Gotteslästerungsparagraphen angeklagt, und zwar wegen ihrer Verteidigungsrede vor Gericht. Anstatt zu Kreuze zu kriechen und zu widerrufen, beharrte sie auf ihrem Grundrecht der Meinungsfreiheit und wies nochmals auf die über 100 Millionen meist bestialisch Ermordeten hin, weshalb die Titulierung »größte Verbrecherorganisation der Welt« völlig gerechtfertigt sei. Daß es keine Straftat sein kann, sich zu verteidigen, sollte auch dem juristischen Laien eine Selbstverständlichkeit sein, da andernfalls die Verteidigung zur bloßen Farce würde.

Zwar wurde dieses neue Verfahren gegen Frau Römermann nach zwei Jahren eingestellt, allerdings erst, nachdem verschiedenste Proteste, insbesondere auch aus dem Ausland, bei Gericht eingegangen waren, weshalb eine Verurteilung im stillen nach gutem Inquisitionsvorbild nicht mehr möglich gewesen wäre.

Welcher des Herrn Namen lästert, der soll des Todes sterben (3. Mose 24,16)

Den Gotteslästerungsparagraphen gibt es nicht erst seit gestern. Er ist so alt wie das Christentum. Nachdem im Jahre 313 das Christentum von Kaiser Konstantin zur Staatsreligion erhoben worden war, was zu einem sofortigen Verbot aller heidnischen Schriften und Kulte führte, wurde im Jahre 538 durch Justinians Novelle 77 die Gotteslästerung und Ketzerei unter Strafe gestellt, und zwar konsequent der Bibel folgend unter Todesstrafe, falls die »humaneren« Sanktionen wie Brandzeichen, Zunge herausreißen oder Augen ausstechen nicht den notwendigen spezialpräventiven Erfolg zeitigten. Die Novelle 77 diente als Leitbild für alle späteren Gesetze, sei es die Bambergische Halsgerichtsordnung oder die constitutio criminalis carolina, besser bekannt als »Peinliche Gerichtsordnung« Karls V., bis hin zur heutigen Fassung des Paragraphen 166 Strafgesetzbuch, die aus dem Jahre 1871 stammt, sieht man einmal von der Verschärfung unter der Großen Koalition aus dem Jahre 1969 ab und der kosmetischen Streichung des Wortes »Gotteslästerung« bei gleichzeitiger Beibehaltung der Strafbarkeit derselben. Letzteres diente dazu – so weisen die Bundestagsprotokolle aus – die leidigen Diskussionen im Gerichtssaal zu vermeiden, ob es IHN gibt oder nicht.

Wie man sieht, hat der Gotteslästerungsparagraph die Wirrnisse von nahezu 1500 Jahren überstanden, wie die Kirche selbst ja auch. Auf seiner Grundlage sind unzählige Menschen verurteilt worden, auch in der Neuzeit, der angeblich doch so aufgeklärten. Und die Justiz machte auch vor den Größen der deutschen Kultur nicht halt, deretwegen wir doch so stolz auf uns sind und Mme de Staël »Die Deutschen, das Volk der Dichter und Denker« nannte, was Karl Kraus sofort zum Anlaß eines Veto' nahm: »Ich aber sage, sie sind das Volk der Richter und Henker«, wohl wissend, wovon er sprach. So führte »Der Gesang des englischen Chorknaben« von Kurt Tucholsky zur Anklageerhebung, wie auch Wilhelm Buschs »Heiliger Antonius von Padua« und George Grosz' »Christus mit der Gasmaske«. Oscar Panizza mußte wegen seines »Liebeskonzils« ein Jahr im Gefängnis sitzen. Und auch Bertolt Brecht hatte sich 1926 gegenüber der Berliner Generalstaatsanwaltschaft wegen seines Weihnachtsgedichtes »Maria« zu rechtfertigen. Wegen Gotteslästerung verfolgt wurden auch Arno Schmidt und Karlheinz Deschner.

Verschärfte Verfolgung von Kirchengegnern in der BRD

Die Strafvorschrift des Gotteslästerungsparagraphen, die seit jeher Kunst, Wissenschaft und die Meinungsfreiheit schlechthin geißelt, wird in den letzten fünf Jahren wieder verschärft angewandt. Der geschilderte Fall Birgit Römermanns war die Initialzündung. Wie 1971 das erste Berufsverbot eine Lawine des Gesinnungsterrors ins Rollen brachte, so wurde die mittelalterliche Anklage der Gotteslästerung zum Ausgangspunkt einer systematischen Verfolgungskampagne gegen westdeutsche Kirchengegner. Seit 1984 wird in der Bundesrepublik jede Form öffentlicher Kritik an der Kirche und der Religion von der Justiz mit Gotteslästerungsverfahren beantwortet. Der Gebrauch eines Begriffs wie »Fetisch« für das Kruzifix (Münster) oder die Bezeichnung der christlichen Nächstenliebe als »Phrase« (Bochum) sind genau so verboten wie die Titulierung Kardinal Höffners als »Oberguru« (Würzburg).

Im Oktober 1984 veranstaltete die Bunte Liste Freiburg die erste Antiklerikale Woche in der Bundesrepublik. Mit dem bundesweit bekanntgewordenen und mittlerweile auch bei anderen antiklerikalen Wochen verwandten »Priester-mit-Göttchen-Plakat« wurden die einzelnen Veranstaltungen angekündigt. Auf die Anzeige des erzbischöflichen Ordinariats hin ließ die Staatsanwaltschaft sämtliche Plakate abhängen und beschlagnahmen. Gegen vier Mitglieder wurde Anklage wegen Gotteslästerung erhoben. Zum einen wurde die Gotteslästerung bzw. die Störung des öffentlichen Friedens darin gesehen, daß Tausende gegen die Verfahren protestierten, denn dadurch sei »eine erhebliche Aufheizung des Diskussionsklimas erfolgt«. »Zum anderen wurde der katholischen Kirche erneut auf besonders verletzende Art schimpfliches Verhalten vorgeworfen. Dies ergibt sich ersichtlich aus der Aussage, daß die Aufschrift 'Konkordat 1933' auf der Darstellung den Vatikan mit dem Hitlerfaschismus zusammenbringen sollte.« Da staunt der Historiker: Daß Papst Pius der XI. 1933 mit Hitler das Konkordat geschlossen und als erster Souverän des Auslandes die Nazis diplomatisch anerkannt hat, ist eine geschichtliche Tatsache; Kardinal Faulhaber nannte den Papst sogar den besten und am Anfang sogar einzigen Freund des Deutschen Reiches. Daß dies sehr sehr höflich ausgedrückt ein »schimpfliches Verhalten« ist, stimmt. Aber ebensowenig wie der Mörder ein Recht hat, sich zu beschweren, wenn er als Verbrecher tituliert wird, darf die Kirche wie eine Mimose aufschreien und Naturschutz für sich reklamieren.

Als die Bunte Liste Freiburg ungeachtet der Anklagen 1985 die zweite Antiklerikale Woche durchführte und wieder das »Priester-mit-Göttchen-Plakat« zur Ankündigung verwandte, wurden weitere 9 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Kirche mobilisierte mittels ihrer »Bild-Post« gegen die antiklerikale Woche unter dem Motto »Müssen 27 Millionen katholische Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sich dies gefallen lassen?« (Gegenfrage: Können 1 Millionen Fliegen sich irren?). Die Hetze blieb nicht ohne Erfolg: Es wurden die Scheiben einer Galerie eingeworfen, in der die Bunte Liste antiklerikale Karikaturen von F. K. Waechter und Erich Rauschenbach ausstellte. In der Lokalpresse verglich Freiburgs Bürgermeister die antiklerikale Woche mit antisemitischen Veranstaltungen des Dritten Reiches, und auch von der Kanzel im Münster zu Freiburg wurde im gleichen Tenor gehetzt. (Wo bleibt der Schutz für Atheisten?)

Zwar endeten letztendlich alle Verfahren mit Freispruch bzw. wurden eingestellt. Dies geschah jedoch genauso unfreiwillig wie die Einmottung der Daumenschraube. Zwischenzeitlich war der Protest so zahlreich und prominent geworden – fünftausend Einzelpersonen, von Erich Fried über den Vorsitzenden des Russel-Tribunals bis hin zu Parlamentsabgeordneten in Ecuador, Protestdemonstrationen vor der deutschen Botschaft in London und Los Angeles erhoben Einspruch – , daß ein Freispruch unumgänglich war.

Kurze Zeit später wurde ein neues Ermittlungsverfahren gegen ein BL-Mitglied eingeleitet. Diesmal wegen eines Protestbriefs gegen die psychiatrische Zwangsuntersuchung des Freisinger Atheisten Dr. Joseph. Um die Identität des Briefschreibers herauszufinden, scheute die Justiz nicht einmal davor zurück, eine Anwaltskanzlei zu durchsuchen und vertrauliches Material zu durchforsten. Die Vertraulichkeit des Wortes zwischen Mandant und Verteidiger ist die Heilige Kuh eines jeden Rechtsstaates. Daß auch sie zur Schlachtbank im Namen der Dreieinigkeit geführt wird, zeigt, daß Gotteslästerungsverfahren eben keine normalen Strafverfahren sind, ganz abgesehen davon, daß bereits ihre Existenz ein Anachronismus ist. Mittlerweile beschäftigt sich die Europäische Menschenrechtskommission mit der Angelegenheit.

In Aachen wurden zwei Studenten angeklagt, die Weihnachten 1984 vor der Mensa einen Büchertisch mit antiklerikalen Schriften aufbauten, um über die Prozesse in Göttingen und Freiburg zu informieren.

Aufgrund noch während der Verhandlung eingehender Protesttelegramme aus England und USA sah sich die Justiz zum Freispruch »genötigt«. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wurde Ende 1987 der Freispruch aufgehoben und zurückgewiesen. Demnächst beginnt das Verfahren nach mehr als drei Jahren (!) erneut.

Ende 1987 fand auch in Würzburg eine Antiklerikale Woche statt, die ebenfalls mit dem »Priester-mit-Göttchen-Plakat« angekündigt wurde. Obwohl im Freiburger Verfahren bereits rechtskräftig festgestellt worden war, daß das Plakat nicht gegen den Gotteslästerungsparagraphen verstößt, wurde gegen das Stadtmagazin »Herr Schmidt« ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Grund: Wegen des für die Justiz unerwarteten Protestes kam es in Freiburg nicht zur Verurteilung. In Würzburg und Aachen spekuliert sie darauf, daß der Protest eingeschlafen ist und im stillen Hinterzimmer nunmehr verurteilt werden

kann.

Zwangspsychiatrisierung im »freien Westen«

Daß die westdeutsche Justiz bei der Verfolgung von Kirchengegnern nicht einmal mehr vor den Methoden der Zwangspsychiatrisierung zurückschreckt, zeigt der Fall des Freisinger Unternehmers Dr. Joseph, der sich jahrelang weigerte, den kirchlichen Steuereintreiber bei seinen Arbeitnehmern zu spielen. Diese zahlten daher von sich aus die Kirchensteuer direkt an das Finanzamt. Als die Behörde nach Jahren aber dennoch die bereits entrichtete Kirchensteuer von ihm verlangte, warf er ihr unter anderem ein »betrügerisches Doppelinkasso« vor. Prompt wurde nicht nur Anklage wegen Beleidigung erhoben, sondern auch seine psychiatrische Zwangsuntersuchung mit der zynischen Begründung angeordnet: Infolge des fast dreißigjährigen Rechtsstreits mit dem Finanzamt sei bei ihm möglicherweise ein geistiger Defekt eingetreten! Darüber hinaus wurden ihm in der Gerichtsverhandlung noch Fragen nach Kinderkrankheiten und möglichen Kopfverletzungen als Kleinkind gestellt. Das Urteil: 8.000 Mark Geldstrafe.

Doch damit nicht genug. Einige Monate später wurde Dr. Joseph erneut verurteilt. Diesmal zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 6.000 Mark. Grund: Dem Beispiel der Kirche folgend erklärte er sein Chemieunternehmen zum Tendenzbetrieb und wollte von nun an nur noch Atheisten einstellen. Eine christliche Stellenbewerberin rannte daraufhin sofort zum Staatsanwalt, und der formuliert in Windeseile die Anklage wegen Nötigung!

Einheit von Staat und Kirche

Dr. Joseph wurde wegen Nötigung verurteilt. Wieso eigentlich nicht die Kirche? Aufgrund des Subsidaritätsprinzips sind Krankenhäuser, Kindergärten, Altersheime usw. hauptsächlich in kirchlicher Hand. Jeder, der dort arbeiten will, muß nicht nur auf der dem Boden der fdGO stehen, sondern auch rechten Glaubens sein – bis hin zum Anstreicher. Der Buchhalter und der Arzt, der seinen Beruf ausüben will, muß in die Kirche eintreten und auch sein Privatleben nach dem Verkündungsauftrag ausrichten. Was hat die Entfernung des Appendix mit der Insemination durch den Gehörgang zu tun bzw. mit dem Glauben an die Möglichkeit der Durchführung derselben? !

Die Kirche ist einer der größten Arbeitgeber in der BRD. Sie hat das Recht zu bestimmen, ob das Streichen der Wände zu ihrem Verkündungsauftrag gehört oder nicht, mit der Folge, daß das weltliche Recht nur in seinen Mindestanforderungen für die Angestellten gilt. Das Betriebsverfassungsgesetz gilt für sie nicht. Was bei einem »normalen« Arbeitsverhältnis rechtswidrig ist, kann bei einem »christlichen« durchaus erlaubt sein. Deshalb nochmals: Hunderttausende von Menschen müssen sich nötigen lassen, eine Institution zu finanzieren, die mehr Morde vorzeigen kann als die Nazis. Hier redet aber keiner von Nötigung, obwohl es angebracht wäre. Fordert aber, wie Dr. Joseph, einmal ein einziger (d. h. 0,01 Prozent) gleiches Recht für sich – zumal mit guten Gründen – wird er kriminalisiert.

»Sind wir Atheisten denn Staatsbürger zweiter Klasse?« fragte Arno Schmidt zurecht. De facto ja! Wenn auch mit unserer Verfassung nicht in Einklang stehend, nach welcher Staat und Kirche getrennt sein und Glaubensfreiheit herrschen sollten, was insbesondere auch bedeutet müßte: Freiheit vom Glauben! Die erwähnten Beispiele sprechen für sich, und es gibt deren noch viele (ist es denn keine Nötigung bzw. Vergewaltigung, wenn Kinder zwangsgetauft werden, in einen konfessionellen Kindergarten gehen müssen, der intelligentere Teil der Bevölkerung nicht nur das Wort zum Sonntag und das ewige Glockengebimmel über sich ergehen lassen muß, sondern es tagtäglich im Äther aus tausend Stationen entsühnt jauchzt und unverdaute Stücke von Bibeltexten pausenlos serviert werden?). Und auch der mittelalterliche Diktaturparagraph 166 StGB hat in einem demokratischen Rechtsstaat nichts zu suchen. Oder um mit den Worten Tiberius' zu reden: »Deorum iniuriae diis curae.«*

Wenn sie könnten, wie sie möchten

Die verstärkte Verfolgung von Kirchengegnern in den letzten 4 Jahren ist kein Zufall. Konnte das »Priester-mit-Göttchen-Plakat« 1975 in Freiburg noch straffrei gehängt werden, so führte es 9 Jahre später zur Anklage – wie auch Birgit Römermann in den letzten Jahren vorher ohne Strafverfolgung ihren Informationsstand unterhalten konnte. Die Kirche spürt sehr genau, wann der Moment gekommen ist, um von der zweiten Reihe, in die sie durch die Aufklärung gedrängt wurde, wieder in die erste zurückzukehren.

Es gibt keinen günstigeren als jetzt. Nachdem die SPD unter Willy Brandt mittels der Berufsverbote die durch die Studentenbewegung gerade aufkeimende Opposition zerschlagen hatte und nur noch ein kleiner Rest übrigblieb, der den Verstand dem selbstgestrickten Müsli vorzieht, stand einer gesellschaftlichen Rückentwicklung niemand mehr im Wege. Stück für Stück wurden die demokratischen Freiheiten beseitigt. Der Mystizismus breitete sich aus – die Angriffe gegen Freud, Galilei, Bruno, Darwin in den letzten Jahren sollten Beweis genug sein – , und welch besseren Nährboden kann es für das religiöse Unkraut geben! So wie einst die Meinungsfreiheit – die erst 200 Jahre alt ist – gegen die Kirche erkämpft

wurde, so muß sie heute im Zirkelschluß der Zeit gegen sie wieder verteidigt werden. Und daher findet der Kampf um die Meinungsfreiheit heute hauptsächlich an dieser Front statt.

Wer vor Blindheit nicht sieht, wie langsam das Licht ausgeht, möge vor seinem geistigen Auge nochmals die Geschichte der Kirche Revue passieren lassen, sich insbesondere daran erinnern, daß sie keine einzige Daumenschraube freiwillig aus der Hand gelegt hat, und die letzten 750.000 Morde noch keine 50 Jahre zurückliegen – gemeint sind die katholischen Schlachtfeste in Kroatien von 1941-43. Die über 100 Millionen zu Tode Nächstgeliebten sind kein Irrtum, sondern zeichnen ihr Wesen. Daß sie heute das 5. Gebot beachten muß, ist keineswegs ihr Verdienst. Und wenn sie gelassen wird, seelsorgt sie in in Jahrhunderten bewährter Manier weiter.

Wie sagte doch kürzlich der Inquisitor – auch »Sektenbeauftragter« genannt – der evangelischen Kirche Bayerns, Pfarrer Haack, gegenüber einem Sektenmitglied, sozusagen einem Katharer der Neuzeit: »Im Mittelalter wären wir ganz anders mit euch umgegangen«. An anderer Stelle äußerte derselbe: »Wenn Sie bei mir auf Inquisition tippen, liegen Sie richtig!« Nichts anderes sagt auch das kanonische Recht. So läßt sich in einem kirchenrechtlichen Kommentar aus dem Jahr 1950 zum Codex Iuris Canonici mit aller Klarheit lesen, daß die Kirche »jede beliebige Strafe zur Erreichung ihrer Ziele« verlangen kann, d. h. auch die »Verhängung der Todesstrafe«. Daß es heute der Kirche faktisch nicht möglich ist, »derartige Urteile zu vollstrecken«, bedeute keineswegs, »daß sie nicht das Recht hätte.«

Den inbrünstigen Wunsch nach einem neuen Mittelalter drückte vor einiger Zeit auch Kardinal Basil Hume im Osservatore Romano aus (wenn sie meinen, unter sich zu sein, sprechen sie immer mit einer geradezu liebenswerten Offenheit), indem er zu einem neuen Kreuzzug aufforderte, als Teil des Verkündungsauftrages, um wieder ein vereintes christliches Europa vom Atlantik bis zum Ural zu installieren.

**Die Beleidigungen der Götter sind ihre Angelegenheit*

Kasten >§ 166 Strafgesetzbuch< auf Seite >48<

Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungen

(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2)Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Konkret 03/88, S. 51

Jan Philipp Reemtsma

Kunst, Kitsch, Religion

Im Januar wurde der Arno Schmidt Preis 1988 an den Kirchenkritiker Karlheinz Deschner vergeben. Zu diesem Anlaß hielt J. Ph. Reemtsma, Vorstand der Arno Schmidt Stiftung, die folgende Rede, die wir leicht gekürzt wiedergeben

Meinungen – oder, wie man sagt: Meinungsäußerungen – an sich sind sie grundsätzlich und -gesetzlich frei, was sie, wenn diese Glück hat, mit der Kunst gemein haben, aber da endet das Gemeinsame. Gleichgültig sei, ob ein Dichter Karl Marx besinge oder die Jungfrau Maria, wenn denn gut gesungen werde, lautet der bekannte Satz Arno Schmidts, der sich in die Reihe jener stellte, die sagten, daß der »Messias« eben nicht gut gesungen sei.

Es hat ihr nur nichts genutzt, der Kunst, daß sie ihr Geschiedensein von der bloßen Meinung beteuerte; sie ist fast stets so viel oder so wenig beschränkt worden wie das veröffentlichte Meinen, und es kommt ja auch in diesem die Einsicht nicht vor, daß es sich bei 'Freiheit der Kunst' und 'Pressefreiheit' um durchaus unterscheidbare, geschiedene und manchmal sogar einander aus schließende Prinzipien handelt.

Macht sich ein Literaturpreis nicht verdächtig, hinter diese Einsicht zurückzufallen, wenn er sich zu einer Meinung bekennt, sie mag dem, was der Namensgeber des Preises geschrieben hat, so nahe sein, wie immer sie wolle? Wer so fragt, vergißt, daß es um's bloße Meinen ja viel seltener geht als der Zeitungsleser meint, der aus dem Verzicht, dem Andersmeinenden allerlei Übel zuzufügen, schließt, nun sei es gleich ganz wurscht, was da so gemeint werde im Gemeinwesen. Kurz, es geht gar nicht um Meinung, sondern um Haltungen, aus denen schließlich erst zu ersehen ist, ob mit einer Äußerung überhaupt etwas gemeint ist. Denn bereits das Wort von der Meinungsfreiheit hat einen unangenehmen Beiklang von 'Ich mein ja bloß', und wenn das über einen gesagt wird: 'Er meint ja bloß', so klingt es wie eine Drohung. »Ich habe selber einmal gesehen«, schrieb Hans Wollschläger, »wie Karlheinz Deschner, der seine Kirchenbetrachtung in den Ausdruck 'Leichenbesichtigung' zusammengefaßt hatte, sich von einem Staatsanwalt, der ihn deshalb wegen 'Religionsbeschimpfung' verurteilt sehen wollte, gequetscht jovial auf die Schulter klopfen lassen mußte, ohne daß ihm die Reinigungskosten für den Anzug vom Gericht erstattet wurden: es war eine wahre Konzentration von Anblick, in der sich vieles zur Anschauung brachte«.

In einem Gutachten für einen vor etwa zwei Jahren von der Staatsanwaltschaft zu Bochum wegen den öffentlichen Frieden zu stören geeigneter Beschimpfung einer im Inland bestehenden Kirche Angeklagten hat Karlheinz Deschner auf seinen Prozeß hingewiesen. Seine Worte »Warum betrachten wir noch eine Leiche? Den Riesenkadaver eines welthistorischen Untiers?« seien harscher gewesen als die des 1985 Angeklagten, und dennoch sei das Verfahren damals wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. Wegen Geringfügigkeit.

»Warum betrachten wir noch eine Leiche?« De mortuis nil nisi bene[1], aber wenn anders, auch nicht so schlimm. Wegen Geringfügigkeit. Und doch ist es ein merkwürdiges Zeichen von Lebendigkeit, wenn einem ausgerichtet wird, der Tote lasse sagen, es mache ihm nichts aus, für eine Leiche gehalten zu werden. Die Orthodoxie will das Urteil über sie zur bloßen doxa zusammenschnurren lassen, zur Meinung. Sie, die sich mehrfach gespalten hat, kann es auch manchmal gut mit dem Pluralismus, der Vielfalt, auch der der Meinungen. Wie immer Sie sich in diesem Für und Wider befinden mögen, Sie werden sich damit abfinden müssen, daß Ihre Einstellung und Ihre empirische Person als Träger dieser Einstellung als geringfügig und mit Geringschätzung betrachtet wird. Gott wird die Seinen schon erkennen, wie es in der christlichen Tradition heißt.[2]

Die große Tradition aber der Kritik christlicher Kirche und Religion – »und wer das Namensverzeichnis des katholischen 'index librorum prohibitorum' einmal durchblättert, glaubt sich sogleich in eine geistige Ruhmeshalle versetzt: Kant steht darauf, Spinoza, Ranke, Schopenhauer, Nietzsche, Goethe« – diese Tradition von Celsus, Porphyrios[3] und Julian (dessen Versuch, die Geschichte buchstäblich zurückzudrehen und in eine andere, bessere Bahn, immer eine der faszinierendsten Episoden der Historie bleiben wird)[4], über Hume, Bayle, Voltaire, Diderot und Lessing, dem ein revisionsbedürftiges Geschick seinen »Nathan«, diese eisesklare Empörung gegen ein Christentum jedweder Art, als Toleranzedikt untergeschoben hat, Wieland, der nurmehr das Bild vom Streite der Anbeter des blauen und des roten Affen findet, bis schließlich zu Sigmund Freud, Theodor Lessing, Hanns Henny Jahnn, Arno Schmidt, Karlheinz Deschner – diese Tradition war ihrem Widerpart stets so überlegen, es ist so schwierig, ihr eine nennenswerte Anzahl von, schweigen wir von gleichwertigen,: vergleichbaren Namen gegenüberzustellen, daß sie vielleicht zu einer einzigen, aber doch entscheidend wichtigen Einsicht nicht gelangen konnte: daß ihr Widerpart sie als bloße Kette von Meinungen und historische Geringfügigkeit anzusehen die Gewohnheit hatte. (Was nicht heißt, daß dieses Urteil ein Garant gewesen wäre, nicht wegen zu geringer Gefügigkeit der prima ratio des Christenglaubens, Gußeisen und Feuer, unterworfen zu werden; bekanntlich.)

»Leuten, die betrogen werden wollen, hätten auch viele andere von der Art, wie Jesus war, erscheinen können«, sagt Celsus, und die Kirche hat das ergo decipiatur[5] oft und unverhohlen genug hinterhergesprochen. Was aber soll danach noch gesagt werden? »Unser ist die Literatur (...) euer aber ist der Mangel an literarischer Kultur und rüde Unbildung, und eure Weisheit hat nichts, was über das Gebot 'Sei gläubig' hinausgeht«, sagt Julian, und was wäre nach Jahrhunderten dem hinzuzufügen? »Sie schwärmt«, läßt Lessing seinen Nathan sagen; »Allein so fromm«, spricht die Christin und Denunziantin Daja darauf, und was hätte die Tradition darauf anderes zu sagen als Lessing Nathan sagen läßt?: »Ist doch auch geschwärmt«. Die Kritik der Religion sei der Anfang aller Kritik, schrieb Karl Marx, doch, so schrieb er weiter, sei dieser Anfang getan. Er schrieb dies nach über eintausendneunhundert Jahren christlicher Persistenz, und in der Tat, was wäre nach Feuerbach und den Feuerbach-Thesen noch zu schreiben, diesbezüglich?

Wie *er's* mit der Religion zu halten habe, wisse er seit seinem vierzehnten Lebensjahr, sagte mir ein ausgewachsener Mensch neulich, und er gedenke nicht, das Thema neu aufzuwärmen. Er hat sich eben seine Meinung gebildet, und wir, »warum betrachten wir noch eine Leiche? Den Riesenkadaver eines welthistorischen Untiers? Die Reste eines Monstrums, das ungezählte Menschen (Brüder, Nächste, Ebenbilder Gottes) verfolgt, zerfetzt und gefressen hat, mit dem besten Gewissen und dem gesündesten Appetit, eineinhalb Jahrtausende lang, wie es ihm vor den Rachen kam, wie es ihm nützlich schien, alles zur höheren Ehre seines Molochs und zur immer größeren Mästung seiner selbst...«

Warum? – » 'Papst Pius der Soundsovielte: schwer erkrankt', und ich hob nur die Augenbraue im abweisenden Weiterdrehen: wer fährt heute noch Zeppelin? ! (Wenn ich bedenke, daß keiner unserer sechs großen Klassiker katholisch gewesen ist.... Wenn ich fernerhin bedenke, daß die Hälfte von ihnen – oh, die weitaus bessere Hälfte: Lessing, Wieland, Goethe (zeitlich geordnet!) Feind jeder geoffenbarten Religion war. . .: so weiß ich, was ich weiß« – und kann man es nicht wirklich damit genug sein und sollte man sich nicht vielleicht jenes »wegen Geringfügigkeit« zur Mahnung gereichen lassen? Zur Mahnung, daß man einen etwas schrulligen Eindruck macht, wenn man sich aufführt, als ginge es noch gegen den Zauberer von Rom und den Hamburger Hauptpastor Goeze?

Nun, dem wäre aber doch Einiges zu erwidern, politisch zunächst, und heute mag es nur bei dem Verweis auf Deschners über tausendseitiges »Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege« bleiben, dessen Fazit ist: »Rein quantitativ gesehen ist die katholische Kirche im 20. Jahrhundert mehr durch Verbrechen belastet als in irgendeinem früheren Jahrhundert ihrer Geschichte.« Man sollte meinen, es bedürfte keines weiteren Wortes, um den Grundsachverhalt klarzulegen, aber dennoch liest man in der Zeitung »Fränkischer Tag« in einem Leserbrief, der gegen die Verleihung des Arno Schmidt Preises an Karlheinz Deschner protestiert: »Auch Deschner dürfte bekannt sein, wie erfolgreich die katholischen Bischöfe gegen den Aufstieg Hitlers gekämpft haben« – man höre: wie erfolgreich.

Eine zweite Antwort wäre die Frage, ob man es sich, seinem Charakter, seinem Seelenhaushalt, wie immer Sie das nennen wollen, zumuten sollte, seinen Frieden zu machen mit einer Religion, die in ihren Glaubensinhalten (ganz gleich durch welche ihrer Kirchen repräsentiert) und ihrer Geschichte fast allem entgegensteht, was Vernunft und Menschlichkeit ausmachen? Und schließlich ist es doch wohl nichts weniger als absurd, daß derjenige den Anblick eines Sonderlings machen soll, der auf das Fortwesen dieser angeblichen Leiche deutet, und nicht diejenigen, die als Verkörperungen dieses Riesenkadavers ganz tête levée umhergehen, wie der zitierte Leserbriefverfasser, der Deschners Werk »eine Mischung aus vorgefaßter Meinung und umgestülptem« – Mastdarm des Teufels? nein: »Zettelkasten« (aha) nennt und fragt: »hält die Jury den Geehrten deshalb für besonders aufklärerisch, weil er nach Arbeitsweise und Blickwinkel im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts stehengeblieben ist?« Schön wär's, nur leider ist's Gegenwart, und eben eine, in der einem vorgehalten wird, man benehme sich anachronistisch, während das Bekämpfte, l'infame, »die Widerwärtige« ganz gegenwärtig sich gebärdet. Daß *das* stattfinden kann, ist besonders beunruhigendes Zeichen ihrer Vitalität und Virulenz, und es ist höchste Zeit, den historischen Blick so zu adjustieren, daß wieder das Kreuz im Okular erscheint.

»Denken Sie«, schrieb Sigmund Freud, »an den betrübenden Kontrast zwischen der strahlenden Intelligenz eines gesunden Kindes und der Denkschwäche des durchschnittlichen Erwachsenen. Wäre es so ganz unmöglich, daß gerade die religiöse Erziehung ein großes Teil Schuld an dieser relativen Verkümmerung trägt?« Lasset die Kindlein zu mir kommen – nein, wehret ihnen! Und wenn man an jene durchschnittlichen Erwachsenen denkt, an diese herzdrückende Infantilität, die unseren politischen und sonstigen Alltag prägt, und notabene nicht Kindlichkeit ist, sondern Flucht versuch aus der Verkümmerung in die Regression, dann ist man geneigt, den Satz Freuds nur zum Teil pädagogisch aufzufassen, ihn eher als Richtungsweisung für historische Reflexion, gattungsgeschichtlich orientierte, zu verstehen, die es einmal mit dem Gedanken versuchen sollte, die gegenwärtige Weltmisere ganz radikal und monokausal aus dem vergangenen beinahe Doppeljahrtausend Heilsgeschichte verstehen zu wollen. Aber auch wenn man soweit nicht gehen will und die christlichen Religionen und Kirchen nicht als wesentliche Produktions-, sondern nur als Aufbewahrungsstätten von Unsinn und -menschlichkeit begreifen, so bleibt es doch der Tradition der Aufklärung nicht ganz unwürdig, bei sich zu bleiben, dem »ecrasez l'infame« noch das »sapientia prima stultitiam caruisse«[6] nachzusprechen.

»Ich wünsche, ergo ist« – Karlheinz Deschner nennt es »das dümmste Philosophem«, und man wird hinzufügen müssen, daß es vielleicht auch das mächtigste ist. Seine Kraft liegt darin, daß jenes berüchtigte »credo quia absurdum«[7] auf es selbst zutrifft, und sich so argumentativ eincircelt oder, wenn so etwas bildlich vorstellbar wäre, wie eine unendliche Schnecke in sich selbst verschwindet. Man glaubt an seine Gültigkeit nicht, weil man es einsähe, sondern man sieht sich gezwungen, es einzusehen, wenn seine Gültigkeit zu wünschen ist.

Kants moralischer Gottesbeweis beweist schließlich nichts anderes als dies: daß religiöse Fundamente auf kein anderes Argument sich gründen lassen. Wenn sie denn zur Gründung und Grundlegung überhaupt etwas Argumentförmiges brauchten. In Wirklichkeit ist es natürlich nur die Drapierung des Unfugs, etwas zum Vorzeigen, wenn man nicht ganz unter sich ist – und verwechseln Sie das bitte nicht mit Rücksicht, gar Respekt! Ebensowenig drückt die Datenfindung für christliche Feiertage die Achtung vor irgendwelchen Konkurrenzreligionen aus. Und deshalb ist jenem dümmsten Philosophem auch nur in Ausnahmefällen argumentativ beizukommen, und auch nicht durch die Kraft des Arguments, sondern durch den Ton, in dem es vorgetragen wird. Es muß sich der Angeredete einfach genieren, mit der Denkattrappe so weiterzufuhrwerken.

Aber davon ungerührt schreibt der Jesuit Rupert Lay, daß man Gott aus dem Sehnen nach ihm ebenso untrüglich erkennen könne wie die Existenz von Wasser auf diesem Planeten aus dem Umstand, daß Menschen dürsten. Der Durst hätte ja sonst keinen Sinn. Was an diesem Satz einleuchtend sein kann, ist nicht seine parodistische Nähe zu einer vernünftigen naturwissenschaftlichen Einsicht, sondern die Festigkeit, mit der er geäußert wird. Getretener Quark *wird* stark, »merk's, verstockter Atheist«.

Wenn sie ganz geistverlassen vor sich hin reden, gelingt ihnen unversehens Wahrheitsähnliches: den brutalen Satz des Thomas von Aquin weitersprechend, das Böse diene zum Beweis der Gesamtgüte der Schöpfung, denn wäre nicht auch das Böse gut hätte Gott es nicht in die Welt gelassen, erklärt ein Heutiger die Sünde zum »Meisterstück« der Vorsehung, denn ohne die Sünde gäbe es »keinen Heiland im Tabernakel« und »in unseren Gotteshäusern (stünden) keine Beichtstühle«. So ist es. »Nur im Namen Gottes läßt sich dieses Opfer legitimieren«, zitiert Deschner weiter aus des Bischof Liljes Schrift »Der Krieg als geistige Leistung«. Er hat ja recht, der Bischof. Geht es über ein gewisses Maß, gar um das Große Ganze, so geht die Legitimation nur mit einem »deus vult«[8] oder einem entsprechenden, kenntlichen Derivat.

Will man's in ein Bild bringen – Deschner führt es in der zweiten Einleitung zu »Kitsch, Konvention und Kunst« an – so ist es das des deutschen Kaisers Wilhelm II vor der Sonne, »die mit solcher Majestät hervor« trat, »daß wir auf der Kommandobrücke die Hacken zusammennahmen«. Und wer diese Majestäten lange genug besehen hat, dem kann es geschehen, daß seine Weltwahrnehmung einen Sprung erhält, oder, wenn Sie so wollen, einen macht: »die edle Schönheit & Ordnung in den Werken Gottes hat nur zu oft ihren Grund in der edlen Kurzsichtigkeit Dessen, da sie bestaunt. / Halten wir – angesichts eines Universums, das zumindest zur Hälfte Affenhaus ist und Folterkammer! – halten wir, unbekümmert um christoid-hilflose Erklärungsversuche, und ob auch Reader's Digest andächtelt: 'We can but bow' – halten wir das Eine fest: es stimmt hier etwas nicht! (...) der gestirnte Himmel über mir... / Da rülpsen Feuerdrachen! – Was meinen Sie, wenn man Sie einmal der lieben Sonne 'näherte /: Hei würden Sie Augen machen, bei Flammenförtzen so lang wie 'Mutter Erde' (...) meinen Sie tatsächlich, daß angesichts einer Nova noch Ihr devot-gestirnter-Himmel-über-mir am Platze wäre?!«

Arno Schmidt schrieb den »Leviathan«, und es steht denn auch dort ganz knapp: »Und die Welt gar schön und wohleingerichtet finden kann wohl nur der Herr von Leibniz (...) der nicht genug bewundern mag, daß die Erdachse so weise schief steht«. Der Schwellenreißer, dieses Zentralbild der frühen Erzählung, diese dingliche Verkörperung des Leviathan, sie ist ein wahrhaftiges Wechselbild zu Wilhelm II, bei Sonnenaufgang, auf der Kommandobrücke. Der Kitsch, Oppositionsbegriff zur Kunst nicht nur, sondern auch als Qualifikation von Lebenshaltungen tauglich, wie Deschner schreibt, ist vielleicht jene Kategorie, die das Widerwärtige wirklich umspannte, »das radikal Böse« nach einem von Deschner zitierten Worte Brochs enthaltend und auch jene Bereiche umfassend, die andere Theorien des Bösen kaum erfassen können, weshalb sie oft so kraftlos sind. Es mag zunächst bei den Worten jenes Weihnachtsgemütes bleiben, das Deschner vorführt: »Sogar der Kindermord von Bethlehem verlor seine Grausamkeit, indem die Knäblein aus Marzipan und Gummizucker in unseren Mägen verschwanden«. Welch eine unio mystica von und mit Schöpfer, Schöpfung und Geschöpf! – wie nahe dem Bilde des Leviathan, dieser Gottesmann und geistige Schwellenreißer, und wie lehrreich wäre für die Bestimmung der Kunst, jenen haarfeinen Riß zu zeichnen, der diesem Bilde, diesem vollkommenen Kitsch fehlt – um Kunst zu sein. Die Extreme berühren sich tatsächlich beinahe. – »Eine glühende Leiche fiel schmachtend vor mir auf die Kniee, und brachte ihr qualmendes Ständchen; ein Arm flackerte noch und schmorte keck: mitten aus der Luft war sie gekommen, 'Vom Himmel hoch', die Marienerscheinung. (Die Welt war überhaupt voll davon: wenn wieder ein Dach hochklappte, schossen sie von den Simsen wie Taucher, gehelmt oder mit nacktem Haar, flogen ein bißchen, und platzten unten wie Tüten. In Gottes Bubenhand!)«

»Wir haben Alles mit Schmerzen versehen: das Licht 'verbrennt'; der Schall 'erstirbt', der Mond 'geht unter'; der Wind 'heult'; der Blitz 'zuckt'; der Bach 'windet sich' ebenso wie die Straße« – was hier ganz wörtlich Reverenz an die Wort- und Seelenmagie, die kindliche wie die infantile, ist, magische Selbstbezichtigung und Widerbild zum ich-wünsche-ergo-ist,

Antithese zum religiösen Wahn, Heilsbotschaften könnten etwas heilen, ist auch Verweis auf die Fähigkeit der Literatur, jenen Schmerz der Kreaturen hörbar werden zu lassen, den der Creator-Glaube tonlos macht. Zu sagen wäre ein Wort, daß Ihnen unpassend-betulich vorkommen mag, 'Trost', aber was Sie, *wenn* es Ihnen so vorkommt, meinen, ist, was mit dem Plural zu bezeichnen wäre: 'Tröstungen', von den heiligen bis zu alkoholisierten Sentimentalitäten. Tröstungen hat der Kitsch in seinem Repertoire, Tröstungen gibt es in der Kunst nicht. Tröstungen tun sich die verkitschten, infantilisierten Menschen dauernd einander an, vorzüglich religionsförmige; Trost kommt nur zuweilen vor.

Denn Trost ist ja nicht die Versicherung, alles ser gar nicht so schlimm, sondern das Mit-Leid, die zustimmende Erkenntnis: Ja, so schlimm ist es. – In Deschners Roman »Die Nacht steht um mein Haus« stirbt ein Reh. Was heißt stirbt. Zum Krüppel geschossen ist es und nun versucht der Jäger, es mit dem Messer zu schlachten; »und oben hing der Himmel, splitterte blau durch die Buchen, Vögel piepsten« – das steht da nicht als bloßer Farbkontrast, hellblau und -grün gegenüber blutigem Braun, obwohl das erste Lesen es so nimmt, sondern dieser Blick durch die Zweige nach oben, den das Buch den Leser tun läßt, ist der, den das Reh tut, dem gerade der Hals zerschnitten wird; »und es war Sonntagnachmittag«.

Sofern nicht anders angegeben, stammen die Zitate aus den Werken Arno Schmidts und Karlheinz Deschners.

Der vollständige Text dieser Ansprache erscheint April/Mai zusammen mit der Rede Karlheinz Deschners auf Arno Schmidt und dem Erstdruck eines Textes von Arno Schmidt über Dantes »Göttliche Komödie« in der Festschrift zum Arno Schmidt Preis 1988.

Anmerkungen

1. Über die Toten nur Gutes

2. So lautete die Antwort des päpstlichen Legaten auf die während des Massenmordes an den südfranzösischen Katharern (1209-1229) unter den frommen Tätern umlaufende Frage, ob dem Gemetzel denn nicht zu viele Unschuldige zum Opfer fielen: »Schlagt Ihr nur tot! Der Herr wird die Seinigen schon erkennen!«

3. Antike Kritiker des Christentums

4. Julian, von der Kirche genannt »Apostata« (der Abtrünnige): römischer Kaiser 361-363. Er versuchte vergeblich, das sich etablierende Christentum, nachdem es unter Konstantin Staatsreligion geworden war, auf eine Religion unter anderen zurückzustutzen.

5. Vollständig lautet die zynische Redewendung zahlreicher Kirchenmänner: Mundus vult decipi, ergo decipiatur = die Welt will betrogen sein, also werde sie betrogen.

6. Der Anfang der Klugheit ist es, nicht mehr dumm zu sein.

7. Ich glaube (nicht obwohl, sondern:) weil es vernunftwidrig ist.

8. Gott will's! Schlachtruf der Kreuzritter

Kasten >Bücher zum Thema< auf Seite >54<

Karlheinz Deschner

Kitsch, Konvention und Kunst. Eine literarische Streitschrift. Neuausgabe 1980, Ullstein-Tb., 176 S., 6.80 Mark

Abermals krähte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte. Neuauflage 1986, Econ-Vlg., 704 S., 49.80 Mark (auch als Tb. bei Moewig, 16.80 Mark)

(Hg.): Das Christentum im Urteil seiner Gegner. Neuausgabe 1986, Verlag Max Hueber, 560 S., 44 Mark

Das Kreuz mit der Kirche. Eine Sexualgeschichte des Christentums. Heyne-Tb. 1977, 493 S., 9.80 Mark

Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege (1878-1978). Kiepenheuer & Witsch 1982/83, 2 Bände, 658 und 673 S., je 48 Mark

Kriminalgeschichte des Christentums. Band 1: Die Frühzeit. Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des hl. Augustinus (430). Rowohlt-Vlg. 1986, 536 S., 48 Mark

Opus Diaboli. Fünfzehn unversöhnliche Essays über die Arbeit im Weinberg des Herrn, Rowohlt 1987, 288 S., 28 Mark

Der gefälschte Glaube. Eine kritische Betrachtung kirchlicher Lehren und ihrer historischen Hintergründe. Erscheint dieser Tage bei Knesebeck & Schuler, ca. 280 S., ca. 34 Mark

Hans Wollschläger

Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem. Geschichte der Kreuzzüge. Diogenes-Tb. 1973, 272 S., 12.80 Mark

Die Gegenwart einer Illusion. Reden gegen ein Monstrum. Diogenes-Tb. 1978, 240 S., 7.80 Mark

Henry Charles Lea

Geschichte der Inquisition im Mittelalter. Greno Verlagsanstalt 1987, Nachdruck der Ausgabe von 1905, 3 Bände, zusammen 2180 S., 60 Mark

Robert Browning

Kaiser Julian. Der abtrünnige römische Herrscher. Heyne-Tb. 1988, 370 S., 14.80 Mark

Konkret 03/88, S. 55

Horst Herrmann

Heil Jesus!

Die katholische Kirche hat, wenn man sie ließ, noch jede Schreckensherrschaft gepriesen, auch die braune. Nur einer ihrer Bischöfe soll ein großer Held des Widerstands gewesen sein. Eine Legende findet jetzt ihr Ende

Münster in Westfalen? Was wem dazu einfallt, zeigt gelenkte Erinnerung an: Bastion des bürgerschweren Katholizismus hier, dort Täufersturm vor 450 Jahren. Seit ein paar Jahrzehnten freilich wird unser Gedächtnis gezielt noch mit einer weiteren Münsteraner Tatsache aufgeladen: dem sogenannten »Löwen von Münster«. Wers nicht genau weiß: Kein Vergleich mit dem steinernen Löwen von Belfort, nein, dieser Löwe ist lebendiger, und er ist römisch-katholisch, sogar Kardinal. Er hört auf den schönen Namen August Graf von Galen.

»Galen« ist zu einem Stichwort geworden, zu einem Exempel für etwas, das niemand mehr vermutet hatte: für den »entschlossenen Widerstand der Kirche gegen den Nationalsozialismus«. Einer wenigstens hat geredet, wo alle schwiegen. Und wenn unterdessen die historische Beurteilung des deutschen Gesamtepiskopates sich wandelt, so hat doch die Einschätzung Galens gleichsam unwandelbar zu bleiben. Das haben wir, gefälligst, zur Kenntnis zu nehmen.

Selbst der entschlossene Kirchenfeind kommt um den Löwen nicht herum. Mag er deuten, drehen und wenden: Da steht einer (seit 1978, in der Pose eines Django mit Hut, auch in Erz gegossen auf dem Domplatz der Provinzialhauptstadt, aufgestellt von einer frommen Initiative), unerschütterlich in historisch einmaliger Größe, der heilige Widerständler gegen die Nazis, im Sommer 194S schon, nicht früher und nicht später, Initiator und Programmierer einer christlichen Volkspartei. Seit 1956 harrt der Ehrenbürger Münsters (Hitler war dies vom 3.4.1933 bis 1945) gar seiner Seligsprechung. Münsters Stadtregiment sähe sich zu gerne mit einem solchen Seligen geschmückt.

Als Wojtyla neulich zur Visite in Münster war, einen Steinwurf vom Denkmal Galens entfernt, hat er allerdings versäumt, den Kardinal bereits unter die Seligen einzureihen. Nur Galens Grab hat der Papst besucht, und Schluß. Herbe Enttäuschung für alle, die keinen Vorsprung an Widerstand und damit an offiziell gemachter Seligkeit bei der Nonne Stein und dem Jesuiten Mayer ausmachen wollten. Aber des deutschen Episkopates Wege sind eben wunderbar.

Wunder? Bischöfe? Wenn hier schon nachgerechnet werden soll: Das eigentliche Wunder ist das der Bekehrung dieses Personenkreises gewesen, und es ist genau zu datieren. Die Bekehrung der Kollaborateure fallt, was Wunder, auf den 8. Mai 1945. Auch dem Herrn von Galen ist diese Konversion nicht völlig versagt geblieben: Hatte er, als erster deutscher Bischof nach Hitlers Machtergreifung ernannt und von Göring auf das neue Regime eingeschworen, jahrelang jede außenpolitische Finte der Diktatur mitabgesegnet, zur Stimmabgabe für den Führer aufgerufen, den Angriffskrieg gegen die »jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau« als gerechten Abwehrkampf bezeichnet und geklagt, leider könne er selbst nicht mitmarschieren gegen Moskau, spricht er nach der Befreiung plötzlich von »Fremdherrschaft«, unter der er, »geknechtet und vergewaltigt«, gelitten habe.

Ganz kapiert hat Galen das Ganze jedoch nicht: Auch die britische Armee bleibt Fremdherrschaft für ihn, ist Besatzung, keine Befreiung. Einen Befreier hatte Galen früher (1942) nur in Spanien ausgemacht: Franco. Die Internierungslager, die die Engländer für jene eingerichtet haben, die wissen, weshalb sie den 8. Mai 1945 als Tag der Katastrophe beklagen, sind für ihn, wörtlich, schlimmer als Hitlers KZs. Immerhin durften die KZ-lnsassen zweimal pro Monat nach Hause schreiben und Lebensmittelpakete erhalten, meint der Bischof Galen, die von den Besatzern ins Lager geworfenen Nazis dürfen das nicht. Die Frage nach Schuld und Unschuld der jeweiligen Lagerinsassen stellt er sich erst gar nicht. Die Methoden der Briten »erinnern an die nationalsozialistischen«.

Dieser »Löwe«, den weiter zu ehren (Seligsprechung) eine Herausforderung der Geopferten bedeutete, hat 12 Jahre lang das Maul gehalten, ein furchtbares Desinteresse am Schicksal der Andersgläubigen und Andersdenkenden bewiesen, nicht ein einziges Wort über die KZs verloren, sich nicht ein einziges Mal für jene Millionen eingesetzt, die das in seinen Augen historische Unglück hatten, nicht römisch-katholisch und nicht treudeutsch zugleich sein. Seine eigene Familie hat freilich Glück: »Deutsche Art (ist) seit Jahrhunderten treu gehütetes Erbe« und »kein Tropfen fremdrassigen Blutes rinnt in ihren Adern«, renommiert Galen, als es darauf ankommt, arisch zu sein. Im Mai 1933 schon steht auf dem Platz vor Galens Dom ein »Schandpfahl für jüdische Literatur«, und Galen rühmt die eigene Treue zum neuen Regime. Und als eine Delegation von Juden nach der Zerstörung der Synagoge zu Münster Galen um öffentliche Fürsprache bittet, empfängt der Bischof die Bittenden überhaupt nicht.

Jetzt aber, im Sommer 1945, spricht er, bereits gut sprachgeregelt und von der eigenen Vergangenheit überwältigt, von der »sehr schmerzlichen Niederlage unseres Volkes«, von einer »uns gänzlich unbegreiflichen Grenzziehung im Osten« und von einer »Austreibung von Deutschen aus den neu erworbenen polnischen Gebieten«. Neuerworben? In Polen? Kein Wort vom Angriffskrieg, kein Wort über das Unrecht, kein Schuldbekenntnis, kein Bedauern über die eigene Leistung, die

polnische Neuerwerbung und andere in Hirtenbriefen mitgefeiert zu haben. Offensichtlich ist dem Löwen von Münster, dem bereits das Wort Demokratie peinlich war, das Wunder der 1945er Bekehrung doch nicht ganz zuteil geworden.

Eine eben erschienene Broschüre, von Münsteraner Studierenden zur Ehrenrettung der geschichtlichen Wahrheit gegen den in Stadt und Umfeld sorgsam gehegten Trend erstellt, ruft solche Worte wieder ins Gedächtnis. Fast zu bescheiden, wie das hierzulande eben mit außenseiterischen Denk- und Forschungsansätzen so ist, rückt sie Faktum um Faktum wieder ins Lot. Die Diskussion um das von kirchenoffizieller Seite gekennzeichnete Bild des Widerstandskämpfers Galen habe erst begonnen, sagt diese Bescheidenheit.

Das ist, verglichen mit den lautstark vorgetragenen Ansprüchen des Hurrakatholizismus, viel zu zurückhaltend formuliert. Die Broschüre hat mehr zu tun. Heraus mit den Dokumenten aus den Archiven, weg mit der Reinigung von Akten, Schluß mit der Geschichtsklitterung! Wenn in der bisherigen Literatur Wesentliches übergangen, Unwesentliches breit ausgewalzt wurde, wenn die Tendenz triumphiert hat, den Nazis alle Schuld zuzuschieben, um sich selbst zu entlasten, dann ist dies nicht unsere Methode. Das Gedächtnis der Menschen muß endlich gereinigt werden von dem Dreck der Legende, den die kirchlichen Kriegsgewinnler und Feierstundenhistoriker, die es immer schon gewußt hatten, in den Köpfen hinterlassen haben.

Schmutz gibt es bei dem Grafen Galen genug, seine die Hitlerdiktatur stützende Generallinie ist und bleibt unmoralisch und schmutzig, der auf ihn zugeschnittene Widerstandsbegriff ist bloß ein mißratener Entwurf einer Interessengruppe; da helfen die hochstilisierten Predigten gegen die Euthanasie nicht heraus aus dem Sumpf. Einzelfälle sind sie, nicht einmal besonders hervorstechende. Blanker Zynismus übrigens, Blindheit der Unmoral, daß Galen in derselben Predigt, da er sich gegen die Euthanasie wendet, den Angriffskrieg Hitlers ein weiteres mal absegnet. Die Euthanasie-Predigten? Nicht nur verspätet kalkuliert sind sie gehalten worden, sie gehen im allgemeinen Dreck der bischöflichen Doppelmoral unter, sind uns keiner künftigen Hervorhebung mehr wert.

Dreck? Galen am 28. Oktober 1933, dem Tag seiner Bischofsweihe: »Wir wollen Gott dem Herrn für seine liebevolle Führung dankbar sein, welche die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt hat, daß sie die furchtbare Gefahr, welche unserem geliebten deutschen Volke durch die offene Propaganda für Gottlosigkeit und Unsittlichkeit drohte, erkannt haben und sie auch mit starker Hand auszurotten suchen«.

Dreck? Galen 1934, als das Morden schon Übung geworden war (wie eine katholische Zeitung dann 1956 feststellte): »Ich selbst habe vor zwei Jahren in einer Schrift über die 'Pest des Laizismus' als katholischer Priester und deutscher Mann offen einen Teil der Sorgen ausgesprochen, welche mich bewegten angesichts der Vorherrschaft liberaler und sozialistischer Ideen... Sollte nicht eigentlich diese Feststellung schon allen genügen, um uns vor dem unwahren und verletzenden Vorwurf zu schützen, daß wir Bischöfe, daß wir Katholiken aus Anhänglichkeit an die Zustände zur Zeit der Weimarer Republik und in der stillen Hoffnung, daß sie wiederkehren möchten, jetzt gegen den Staat, gegen die neue Obrigkeit in verneinender Opposition ständen? Nein, wir stehen nicht in verneinender Opposition gegen derl Staat, gegen die jetzige Staatsgewalt!«

Dreck? Galen ruft die katholische Jugend 1935 auf, den Staat bedingungslos zu unterstützen, denn »wir hassen und verabscheuen wie jede Sünde auch die Sünde der Staatsverneinung und dulden sie niemals in unseren Reihen«.

Dreck? Galen 1936 in Gelsenkirchen vor katholischen Männern: »Dem Führer unseres Volkes danke für alles, was er für das Recht, die Freiheit und die Ehre des deutschen Volkes getan hat... Wir stehen in geschlossener Einheit mit allen Volksgenossen, die guten Willens sind, das soll der Führer und das deutsche Volk und die ganze Welt wissen... Der Wahlzettel, den wir am nächsten Sonntag abgeben, wird nicht imstande sein, all das auszudrücken, was wir dem Führer sagen möchten... Unzählige Male wird unsere Mitarbeit zurückgestoßen...«

Dreck? Galen 1937 mit seinen seinerzeit noch unbekehrten Bischofskollegen: »In der gegenwärtigen Situation unserer Nation stellen sich die Leiter der Kirche in besonderer Treue an die Seite der Männer des Staates... Wenn der Staat heute auf allen Gebieten des Volkslebens die Zügel straffer spannt, wenn er bei der Organisierung und Inzuchtnahme des Volkslebens weiter geht als in Zeiten ruhiger Entwicklung, so ist er mit alledem durchaus im Recht«.

Dreck? Galens Kirchenblatt 1941: »Hört mir also auf mit dem englischen Christentum, es hat nichts mit dem göttlichen Heiland zu tun! Und so geschieht ihm recht, was ihm jetzt geschieht... Gott hat es zugelassen, daß das Vergeltungsschwert gegen England in unsere Hände gelegt wurde. Wir sind die Vollzieher seines gerechten göttlichen Willens«.

S Rahner/F N. Richter/S Riese/D. Stelter: »Treu deutsch sind wir – wir sind auch treu katholisch.« Kardinal von Galen und das Dritte Reich (WURF Verlag Münster l987)

Konkret 03/88, S. 58

Wolfgang Pohrt

Grauzone, Filz, Sumpf

Im Marktsegment »Langeweile mit Niveau« versucht sich eine neue Zeitschrift zu etablieren, deren Titel die Annexionsgelüste vaterländischer Asozialer spiegelt

Vor rund 20 Jahren fand in Berlin ein spektakuläres Doppelbegräbnis statt, an dessen heiteren Teil man sich gern erinnert. Paul Löbe, Tucholsky-Fans noch als »Wanderbursch mit Schirm in der Hand« bekannt, und mittlerweile Alterspräsident des Abgeordnetenhauses geworden, war den Gang aller Dinge gegangen, und während sein Leichnam am Rand eines Staatsakts in die Grube sank, wurde sein sterbensunwilliger Geist, verkörpert durch Teufel oder Kunzelmann, von Mitgliedern der Kommune I über den Kurfürstendamm geschleppt, wobei das eingesargte Stehaufmännchen im Nachthemd wie das Vögelchen bei der Kuckucksuhr immer wieder aus der Truhe fuhr, um kreischend und fuchtelnd das Publikum zu erschrecken. Der pietätlose Scherz zielte auf die Legende vom kompromißlosen Antifaschismus der Sozialdemokratie, denn Löbe, der es schon in der Weimarer Republik zum Reichstagspräsidenten brachte, galt als Verfolgter und als M«nn des Widerstands, obgleich eher umgekehrt Löbe die Nazis mit seiner Zudringlichkeit verfolgte, und obgleich es in diesem Fall eher die Nazis waren, die Widerstand leisten mußten gegen die Anbiederungsversuche eines Mannes, der noch 1934 aus dem Exil über Deutschland und die Nazis schrieb: »Ich bin objektiv genug, zuzugeben, daß die neuen Führer Deutschlands mit einem schönen Ungestüm Probleme in Angriff genommen haben, die wir nicht haben lösen können. Ich denke dabei an die Reichsreform, die Beschaffung von Arbeit für 2 Millionen Arbeitslose und die Winterhilfe, ein Werk, das von einem großen sozialistischen Geist erfüllt ist.«

Wie seinerzeit von der Kommune I befürchtet, hat Paul Löbe den Verlust seiner leiblichen Hülle überlebt, als Namensgeber für ein Institut ist er der Nachwelt erhalten geblieben, sein wahlverwandtschaftlich dem Winterhilfswerk zugetaner Geist inspiriert nun, wenn man dem Impressum glauben und die programmatische schlechte Absicht für die Tat nehmen dürfte, die Seiten einer neuen Vierteljahresschrift, welche im Marktsegment »Langeweile mit Niveau« gegen »Kursbuch«, »Freibeuter« und »Ästhetik & Kommunikation« konkurriert und sich zielgruppenspezifisch an den akademischen Mittelstand sowie an Aspiranten auf einen Platz in demselben wendet. Herausgegeben von einem Paul Löbe Institut und erschienen im Berliner Dirk Nishen Verlag, welcher einst mit seinen Fototaschenbüchern Regalfüller für Leute macht, die Bücher gern besitzen aber nicht lesen mögen, nennt sich das aufwendig gedruckte und durchschnittlich 150 großformatige Seiten starke Periodikum »Niemandsland – Zeitschrift zwischen den Kulturen«, in Anspielung an einen der zwei oder drei Adorno-Texte, auf die man auch verzichten könnte. Adorno erzählt darin, er habe als Kind gern auf einem zwischen bayerischen und badischen Grenzpfählen gelegenen Gelände gespielt, und anders, als sonst bei Adorno üblich, wird das bedeutungsschwangere Bild durch eine Verständnishilfe für solche Leser komplettiert, die den Braten noch nicht gerochen haben: »Das Land aber, das sie (die Grenzpfähle) umschlossen und das ich, spielend mit mir selbst, okkupierte, war ein Niemandsland. Später, im Krieg, tauchte das Wort auf für den verwüsteten Raum vor den beiden Fronten. Es ist aber die getreue Übersetzung des griechischen – Aristophanischen – , das ich damals desto besser verstand, je weniger ich es kannte. Utopie.«

Adornos von Sentimentalität nicht ganz freier fahrlässiger Verstoß gegen die eigene bessere Einsicht, wonach die getreue Eindeutschung von Fremdwörtern die beste Methode ist, ihren Sinn zu verfälschen, hat daher den Empfindsamen unter den Landsleuten den Weg gebahnt, die beispielsweise von herrenlosem Gut träumen und gleichzeitig ihre auf Besitzergreifung zielende Raffgier poetisierend als utopische Sehnsucht mißverstehen mögen. Denn wie kein anderes drückt das Wort »Niemandsland« die ökonomische Lage, die politische Bedeutung, die gesellschaftliche Herkunft und die Zielvorstellungen bundesdeutscher Geistes- und Sozialwissenschaftler aus, die prekäre Situation eines halbgebildeten Lumpenproletariats also, welches im Bewußtsein seiner objektiven Überflüssigkeit allerlei Anstrengungen unternimmt, den Machtapparaten, von denen es ökonomisch abhängig ist, die eigene Unentbehrlichkeit vorzutäuschen, indem es sie mit »nationaler Identität«, »politischer Kultur« und anderen Versatzstücken nationalistischer Propaganda beliefert. Wie das Wort Niemandsland einerseits den expansionistischen Drang einer Gruppe spiegelt, die neuerdings wieder mit dem Begriff »geopolitische Mitte«, vormals: »Nabel der Welt« liebäugelt, weil der nationalistische Ideologe als Arbeitsnachweis und Betätigungsfeld die nationale Dynamik oder die »Offenheit der deutschen Frage« braucht, weshalb er Europa gern als grenzfrei, als Niemandsland, als herrenloses Gut und damit als seine künftige Beute betrachtet – wie also einerseits der programmatisch gemeinte Titel »Niemandsland« die Annexionsgelüste vaterländisch denkender Asozialer spiegelt, so bezeichnet er umgekehrt auch deren genauen gesellschaftlichen Standort, wenn man das Wort mit Grauzone, Filz oder Sumpf übersetzt. Man hat darunter das diffuse Beziehungsgeflecht aus Altlinken, 750-Jahrfeiern, Senatsbürokratie, Partei-lnstituten, Lokalpatriotismus, Auftragsproduktionen, Privatverlagen, Ausstellungen, Kulturdezernenten vorzustellen, das Berliner Milieu also, worin ein ständiges Geben und Nehmen herrscht, oder

jene Schwenk- und Pump-Ökonomie, welche gelegentlich Schmiergeldaffären hervorbringt und als deren geistiges Äquivalent Periodika, die sich »Ästhetik & Kommunikation« oder »Niemandsland« nennen.

Enttäuscht wird daher der Leser sein, welcher sich auf den programmatischen Titel wie auf die Erwähnung von Paul Löbe verläßt und deshalb eine Fundgrube für deutschlandpolitische Schnapsideen aus der völkisch fühlenden Linksintellektuellenszene erwartet. Zwar kommt, wie schon in »Ästhetik & Kommunikation«, auch der unvermeidliche National-Sozialist Hennig Eichberg mit dem 24. Aufguß seiner Erörterung »Zur deutschen Identitätsfrage« zu Wort, der Hauptteil des Blattes aber wird von bewährten Langweilern der Preislage Oskar Negt/Peter Glotz bestritten, die noch einmal den Historikerstreit, die Suche nach Heimat, Vaterland/Mutterland und ähnliche Ladenhüter in die Wiederaufbereitungsanlage schicken, als welche ihr einfallsloses Hirn funktioniert. Neben vielen weitschweifigbräsigen Artikeln steht freilich bisweilen tückischerweise auch einer, von dem man nicht ausschließen kann, daß man auf ihn zurückgreifen wollen würde in jener fernen Zukunft, in welcher man ihn und vor allem seinen Aufbewahrungsort bestimmt schon vergessen hat. Von Heft zu Heft ist das Blatt obendrein immer reichlicher bebildert und schöngeistiger geworden und mittlerweile wohl nur noch für wissenschaftliche Assistenten in den Fächern Kunstgeschichte oder Germanistik interessant, für Leute also, die sich eine Anregung hinsichtlich des Stoffs erhoffen, mit welchem sie die Studenten im nächsten Semester quälen sollen.

Nicht ohne Erleichterung stellt man daher fest, daß die wahnbildende Kraft jener Szene erloschen ist, welche den blockfreien deutschen Friedenskampf gegen den atomaren Rüstungswahnsinn der Supermächte propagierte, während Nukem in aller Stille und unbehelligt vom tagebuchschreibenden grünen Umweltminister Uran in kernwaffenhungrige Drittweltstaaten verschob. Seit obendrein der Wunsch nach mehr politischer Kultur in Erfüllung ging, insofern Barschel und Stoltenberg, die Börse und Transnuklear endlich auch in der BRD den Stoff geliefert haben, woraus von Alters her die Epen, Dramen, Thriller sind, ist nachlassendes Interesse an Texten zu erwarten, deren Titel »Was heißt heute Aufarbeitung der Geschichte?«, »Das Dritte Reich: Bürde oder Herausforderung?«, »Väter und Söhne« oder »Denkmal: Emanzipation oder Identität« lauten.

Niemandsland. Zeitschrift zwischen den Kulturen. Herausgegeben vom Paul-Löbe-lnstitut. Dirk Nishen Verlag Berlin. Erscheint vierteljährlich. Heftpreis 18 Mark.

Konkret 03/88, S. 60

Erich Kuby

Was Auschwitz war

Seit vierzig Jahren mühen sich die Deutschen, Auschwitz zu »bewältigen« – so oder so, mit Erklärungen oder mit Entschuldigungen. In den polnischen »Auschwitz-Heften« wird seit 27 Jahren untersucht, was Auschwitz tatsächlich war. Erst jetzt wurden Teile davon ins Deutsche übersetzt

Sich wie auch immer zu Auschwitz öffentlich zu äußern, erscheint mir – nachgerade unstatthaft, ohne dem Leser zu sagen. wer da schreibt. Also: Jahrgang 1910, seit 1947 in den drei Sparten des Schreibens tätig, die nur hierzulande verschiedene Bewertung erfahren: Journalist, Publizist, Schriftsteller. Das von 1945 bis etwa 1948 so servil klingende Bekenntnis: Ich war kein Nazi, würde ich gern auch 1988 sogar in dieser Form unterdrücken, ungefähr dreißig Bücher zeugen davon, aber in Verbindung mit dem Thema »Auschwitz« sei doch auf den politischen Standort hingewiesen. Anfang der Sechziger verwendete ich fast drei Jahre dazu, *das* Buch über Auschwitz unter dem Titel »Auschwitz und die Deutschen« zu erarbeiten (für Rowohlt), meine Mitarbeiterin sammelte monatelang in Warschau und im »Museum Auschwitz« Material, aber zuletzt hatte ich den Mut nicht mehr, daraus ein Buch zu machen. Ich bezweifelte meine Kompetenz und war zu der Überzeugung gelangt, habe sie noch, nur ein Kollektiv von Experten aus verschiedenen Disziplinen könne der Aufgabe gerecht werden. Das Sammelwerk, das hier anzuzeigen ist, stellt in etwa dar, was mir damals vor

schwebte, aber in der Bundesrepublik nicht zu realisieren war. Was mit den beiden Riesen-Bänden »Die Auschwitz-Hefte«* nun auf deutsch vorliegt, dank der Gesinnung und der Tatkraft jenes Industrieerben, der das »Hamburger Institut für Sozialforschung« auf die Beine gestellt hat, haben Polen erarbeitet. Ein paar von ihnen gehörten vor knapp dreißig Jahren zu meinen Informanten.

Gegen die Verwendung des Begriffes Auschwitz-Literatur sträubt sich alles in mir, aber wie anders könnte man sich ausdrücken, wenn man darauf hinweisen will, im Laufe der Jahre sei über Auschwitz so viel geschrieben worden, daß diese Bücher, Zeitschriften, Artikel, gesammelt, wändegroße Regale füllen würden. Die Westdeutschen sind davon nahezu nicht erreicht worden; ob es in der DDR damit besser gestellt ist, wage ich zu bezweifeln. Natürlich gibt es kaum einen Deutschen und vermutlich auch nur wenige lesefähige Menschen auf der ganzen Welt, die mit dem Ortsnamen Auschwitz, so heißt ein kleines Städtchen unweit von Krakau, nicht vage Vorstellungen verbänden, dort sei etwas Fürchterliches geschehen. Es ist mir merkwürdig, daß »Auschwitz« nahezu zum repräsentativen Ersatzbegriff für die gesamte Völker- und Massenvernichtung geworden ist, die den Zweiten Weltkrieg zu einem deutschen Unternehmen gemacht hat, das ohne Beispiel in der Geschichte der modernen Zeit ist. Weder qualitativ noch quantitativ beurteilt, das heißt hinsichtlich der Technik der Vernichtung, der Bedingungen, der Torturen, denen die Häftlinge ausgesetzt worden sind, nimmt Auschwitz eine Sonderstellung ein.

Treblinka bei Lublin war die gleiche Hölle, dort wurde auch fabrikatorisch mit Giftgas getötet, und wenn es auch sicher zutrifft, daß in keinem anderen Lager so viele Menschen umkamen wie in Auschwitz, so kann dies doch unter gar keinen Umständen das Kriterium für Singularität sein. Selbst wenn davon ausgegangen wird, fünf Millionen Menschen seien in Auschwitz vernichtet worden, so wären das höchstens ein Drittel aller, die von uns in Aktionen getötet worden sind, zu denen der Krieg zwar die Gelegenheit gab, die aber mit kriegerischen Handlungen gegen einen bewaffneten Feind nichts zu tun hatten. In dieser Rechnung stehen allein drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene, die man verhungern ließ oder erschoß.

Es war unvermeidbar, für millionenfache Verbrechen, begangen auf dem gesamten, Europa nahezu restlos umfassenden, deutscher Macht unterworfenen Territorium, eine Wortmünze zu prägen; daß dazu »Auschwitz« wurde, hat ohne Zweifel damit zu tun, daß die Außenverbindungen dieser Lagerwelt mit dem polnischen Untergrund dank der Nähe von Krakau besonders eng waren, infolgedessen verbale Zeugenschaft und Dokumente gerade zu Auschwitz am vielfältigsten und umfassendsten vorhanden waren; und vielleicht auch nicht zuletzt damit, daß in Gestalt des Lagerführers Rudolf Höß und in seinem in der Haft geschriebenen autobiographischen Bericht das Unvorstellbare vorstellbar wurde, gewiß auf Grund der Fakten, aber doch die Wahrheit mehr verschleiernd als bekundend. (Nicht von ungefähr wird im Personenregister der »Auschwitz-Hefte« Höß dreiundzwanzig mal zitiert.)

Mit dem an »Auschwitz« geketteten Mythos der »Endlösung« (wer verbindet damit schon konkrete Vorstellungen?!) sind die Deutschen, das ist ihre eigene Überzeugung, an ein Kreuz geschlagen worden, zu recht, meinen die einen, zu unrecht andere.

Wer mit »Auschwitz« auf irgendeine Weise politisch operiert, erwirbt sich so oder so Aufmerksamkeit, erweckt Betroffenheit und in den meisten Fällen Abwehrgefühle. Das gilt für die älteren Generationen. Die ganz Jungen zeigen jetzt zunehmend ein versachlichtes Interesse für das Ereignishafte, verbunden mit einem emotionalen, das über das »Dritte Reich« hinweg auf deutsche Geschichte gerichtet ist, aufgeschönt und hergerichtet derart, daß daraus wieder das künstliche

Stützkorsett der nationalen Identität werden kann. Die einen wie die anderen, von der Avantgarde der tückischen Weißwäscher ganz zu schweigen, orientieren sich an Sachverhalten, welche erlauben zu sagen: schrecklich, aber die andern waren (und sind) auch nicht besser, wobei dann vor ihrem geistigen Auge sogleich der Stalin der dreißiger Jahre auftaucht, und wenn sie ganz links sind, auch die Israelis von heute. In dieser Sicht wird Auschwitz einerseits zum Verbrechen der Täter, kann andererseits die Innenwelt des Vernichtungslagers, also die Hölle, aus den Erfahrungen überlebender Häftlinge, ihren erzählten oder aufgeschriebenen Erinnerungen, aus Täter-Berichten wie jenem von Höß, und aus den Bestandsaufnahmen, wie sie vor allem in Form von Tatortfilmen der befreienden Truppen vorliegen, nachvollzogen werden – das eine wie das andere nur unvollkommen. Mit dieser Einschränkung, die kein Einwand ist, leistet das vorliegende Werk hinsichtlich der Häftlingswelt mit seinen rund 30 Einzelbeschreibungen und -analysen das äußerst Mögliche.

Aus den Details, auf über sechshundert Seiten mitgeteilt, die Wirklichkeit mosaikartig zusammenzusetzen, stellt Anforderungen an ein von Humanität abgesichertes Interesse und an ein seelisches Stehvermögen, die gewiß nicht von allen aufgebracht werden können. Eine in die Breite wirkende Aufklärung in unserem Volk, das eine Millionenzahl von Mithelfern und Mittätern hervorgebracht hatte, wird davon nicht ausgehen. Aber auch diejenigen, die sich diese beiden Bände anzutun vermochten oder schon früher Publikationen über Auschwitz gelesen haben, werden selbst im Falle humanen Engagements nur zu oberflächlichen Erkenntnissen gelangt sein, die ihnen nicht erlaubten, die Aber-Die-Anderen-Doch-Auch-Position wirklich zu erschüttern. Es ist oft genug unternommen worden, das spezifisch Deutsche der Endlösung sowohl an quantitativen Kriterien festzumachen, wie insofern an qualitativen, als in der Exaktheit der Durchführung, der stufenlosen Projektion des Militärischen in das Vernichtungsprogramm, seiner nahezu krisenfreien Durchführung, durchaus zutreffend hervorstechende deutsche Wesenszüge erkannt wurden, wie Ordnungsliebe, Pflichttreue, Staatsgläubigkeit, Untertanengeist und die berüchtigte Neigung, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun. Ohne mich hier auf das Problem der Duldung und Mitwisserschaft seitens der Bevölkerung im ganzen einzulassen, könnte ich mit Vorbehalt sagen, daß die aufgezählten Argumente für die »Deutschhit« der »Endlösung« (Verzeihung für das Wort!) doch vorwiegend auf den Kreis der mittelbar und unmittelbar Beteiligten anzuwenden sind – beginnend bei den Lokomotivführern der Transportzüge bis hin zu den feinen Verbrechern des politisch nicht existierenden »anderen Deutschland« im Auswärtigen Amt – während das Volk als ganzes dabei außen vor bliebe.

Aber es blieb nicht außen vor, und zwar deshalb nicht, weil das Unternehmen »Auschwitz« irreal war. (Setze ich »Auschwitz« in Anführungszeichen, so meine ich nicht das Lager und seine Funktion, sondern die Massenvernichtung Schuldloser schlechthin.)

Was heißt das? Es diente keinem Zweck, der auf irgendeine noch so vage Weise mit imperialistischen, chauvinistischen, meinetwegen auch nationalistischen Kriegszielen verbunden war oder im Rückblick spekulativ zu verbinden wäre. Im Gegenteil, die organisatorische Durchführung erfolgte in Polen und in der Sowjetunion nicht selten auf Kosten der militärischen Effizienz, beispielsweise dadurch, daß sogar in angespannter Situation Judentransportzügen eine höhere Dringlichkeitsstufe zugeteilt wurde als Versorgungszügen an die Front. Diese Irrealität hat einer der perfidesten Weißwäscher offenbar bemerkt und deshalb verlautbart, die Judenvernichtung sei ein integraler Bestandteil der Kriegführung gewesen, weil »die Juden« dem Reich den Krieg erklärt hätten.

Von Verbrechen mit pur irrealer Motivation weiß die Geschichte, die Hexenverbrennungen gehören dazu. Im Dreißigjährigen Krieg mischten sich machtpolitische mit irrealen Motivationen. Dieser Hinweis könnte vielleicht den Leser dazu verführen, irreal durch ideologisch zu ersetzen, und damit gewönne der ganze Ost-West-Gegensatz etwas Irreales, da ja die darin enthaltene ideologische Komponente unübersehbar ist. Aber gerade dieser Austausch der Begriffe ist unzulässig. Es gibt keine Ideologie – selbst dann nicht, wenn man etwas kurzschlüssig Religion und Ideologie gleichsetzte – , deren Vater und Mutter nicht machtpolitische Zielsetzungen wären, seien es imperialistische oder klassenkämpferische. Damit lasse ich erkennen, daß ich den Dreißigjährigen Krieg fälschlicherweise mit einer Mixtur von machtpolitischen und irrealen Motivationen sozusagen ausgestattet habe – eine bewußte Irreführung, um auf einem Umweg ganz klar zu machen, daß eine irreale Motivation für konkretes Handeln in der Geschichte so selten vorkommt wie ein Krokodil auf dem Hamburger Rathausmarkt.

Doch genau darin erfüllte sich die »Endlösung« als deutsche Spezialität. Sie diente keinerlei Zwecken, die mit dem Instrumentarium der Vernunft auszumachen wären. Schon mit seinen ersten Reden in München, und dann in kristallener Klarheit in »Mein Kampf«, hatte Hitler erkennen lassen, daß er sich nicht verpflichtet fühlte, für seinen militanten Antisemitismus, auf »Ausmerzung« von vorneherein abhebend – darin hatte er Vorgänger! – , vernünftige Begründungen geben zu müssen. Die ganze Rassentheorie war eine Erfindung aus dem Nichts, was nicht heißt, sie habe keine Tradition gehabt. Die nationalen Geschichtsfälscher erklären den Nationalsozialismus als einen von Hitler herbeigeführten Betriebsunfall. Nicht anzunehmen, sie seien blind gegen Fakten. Sie wollen sie nicht sehen. Als da sind: Die Dynamik der Hitlerschen Propaganda leitete sich zentral von seiner Judenhetze ab, der »Kampf gegen die Ketten von Versailles« war nur die Begleitmusik dazu.

Mit anderen Worten: Die Irrealität seiner Programmatik bestimmte deren Rezeption. Sodann: Keine Gestapo-Macht hätte die Bevölkerung zwingen können, die Entrechtung und den Abtransport der deutschen Juden mit lebhaftestem Beifall oder stillem Einverständnis hinzunehmen, wenn sie die irrealen Argumente nicht verinnerlicht hätte. Das läßt sich noch anders sagen: Hitler wurde gerade deshalb zum Idol des deutschen Volkes, weil er die von der Vernunft gesetzten Grenzen individuellen und/oder kollektiven Handelns spielend und fabelhaft inszeniert überschritt, und das heißt nichts anderes als: »Ein Reich, ein Volk, ein Führer« war die Realität in der Irrealität. Der Ausbruch in sie war das Äußerste, was unser Volk bis dahin (und bis heute) in Selbstfindung und Selbstverwirklichung geleistet hat.

Die »Endlösung« ist so deutsch wie Goethe und Bach – mit dem Unterschied, daß diese und ihresgleichen kultureller Besitz einer Minderheit waren und sind, die man sich gar nicht klein genug vorstellen kann, der Aufbruch in die Irrealität aber Sache des ganzen Volkes war mit Ausnahme einer Minorität, die sogar noch kleiner, noch viel kleiner war als jene, die den Faust liest und die Matthäuspassion hört. Heydrich soll ganz gut Klavier gespielt haben.

Wenn überhaupt etwas gegen das hiermit angezeigte Werk vorzubringen wäre, dann läge es in der Richtung einer sozialpsychologischen Analyse der irrealen Natur von »Auschwitz«. Sätze wie die folgenden oder ähnliche sind zu eindimensional: »Das Lager, dieser anus mundi, zertrümmerte die gewohnte Welt mit ihren Wertvorstellungen, Ideen, wichtigen und banalen Angelegenheiten. Sie wurde irreal, kehrte nur in Träumen zurück; es schien, als könne eine solche Welt nur auf einem anderen Planeten existieren.« Hier wird aus der Sicht des Häftlings die Welt des Lagers die reale – sie war es für ihn! – , indes in seinen Augen die »normale« Welt, aus der er herausgerissen worden war, zur irrealen wird, zum Traum. Auschwitz ist damit zutreffend beschrieben. Worin »Auschwitz« eingebettet war, ist damit nicht einmal berührt, eben nicht in eine »normale« Welt, auch nicht in eine »normale« Kriegswelt, wie unnormal sie auch sein mag, sondern in die Irrealität der Vorstellungen eines ganzen Volkes vom Weltzustand. Es als krank anzusehen, heißt nicht, es in die Verantwortungslosigkeit zu entlassen.

Was aber dieses in seiner Akribie bewunderungswürdige Werk angeht, so muß es in eine aktuelle Perspektive gestellt werden: Die Kenntnisse von der physischen und psychischen Realität, die Auschwitz war, sind gerade bei jungen Menschen minimal. Sie zeigen ein vermehrtes Bedürfnis, diese sich zu beschaffen. Ihnen sei gesagt, daß sie zuverlässigere, aufschlußreichere, vielseitigere Informationen über Auschwitz anderswo nicht finden werden. Hier wird ein Standardwerk vorgelegt.

* *Die Auschwitz-Hefte, Texte der polnischen Zeitschrift »Przeglad Lekarski« über historische, psychische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz 2 Bände, 328 und 329 Seiten, 21x27,5 cm, DM 168.-, Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1987, veröffentlicht vom Hamburger Institut für Sozialforschung in der Reihe »Hamburger Dokumente«.*

Konkret 03/88, S. 62

Michel R. Lang

Es geschah an der Elbmündung

Wer weiß, daß es 1947 in Norddeutschland zwei Lager mit Stacheldraht und Wachtürmen gab, in denen Juden eingesperrt wurden – unter britischem Kommando und mit deutscher Polizeihilfe?

Am 1. November 1987 ehrte die Janusz-Korczak-Loge, die Berliner Filiale der jüdischen Organisation B'nai B'rith, mit einem Festakt in der Jüdischen Gemeinde das bulgarische und das dänische Volk »für die während des Holocaust erwiesene beispielhafte Humanität«. In diesen Ländern waren während der Nazi-Okkupation fast alle Juden gerettet worden. Als durch eine Indiskretion aus der deutschen Botschaft in Kopenhagen die Deportationspläne des Reichssicherheitshauptamtes in Dänemark bekannt wurden, versteckte die Bevölkerung ihre 5.000 Juden und schickte sie mit Schiffen über den Öresund nach Schweden. Alle entkamen.

In Bulgarien mußten die SS-Schergen ihre Vernichtungspläne aufgeben, weil es zu Aufständen kam, bei denen die Bulgaren die Deportationszüge anhielten und die gefangenen Juden befreiten. 50.000 von ihnen überlebten. Bis heute noch ist fast unbekannt geblieben, daß sich der heutige Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff aktiv für die Verteidigung der Juden eingesetzt hatte. Kommunisten, Liberale, Sozialdemokraten und orthodoxe Christen hatten eine breite Front gebildet, an der die Mordmaschinerie Himmlers scheiterte.

Aber dieser Widerstand blieb auf Dänemark und Bulgarien begrenzt. In ganz Europa wurden die Juden unter aktiver Beteiligung der jeweiligen Bevölkerungen von den SS-Sonderkommandos zusammengetrieben, in Viehwaggons deportiert und in den KZ' ermordet. Solidarität mit den Juden war damals keine sehr beliebte Parole.

Beispielhaft hierfür ist die Horror-Geschichte von den 937 Juden, die im Mai 1939 von den Nazis auf die Hapag-Lloyd-Barkasse »SS St. Louis« in Hamburg verbracht wurden. Die armselige Menschenfracht sollte nach USA deportiert werden. Am 21. Juni 1939 endete in Southampton das erbärmliche Schauspiel, das von Josef Goebbels inszeniert worden war. Er wollte der Welt den Beweis erbringen, daß Nazi-Deutschland mit seiner judenfeindlichen Politik im Recht war und kein westliches Land die Juden aufnehmen würde.

Der Propagandaminister hatte Erfolg: Fünf Wochen lang schipperten die Passagiere der »SS St. Louis« zwischen den USA und Kuba hin und her, von den Regierungen gehandelt wie pestverseuchtes Schlachtvieh. Erst als allen klar wurde, daß die knapp 1.000 Juden nach Hamburg zurückkehren sollten, wo sie in den sicheren Tod gehen würden, begann die internationale Öffentlichkeit, sich für ihr Schicksal zu interessieren.

288 von 937 Juden, die fünf Wochen lang erfolglos versucht hatten, in Nordamerika oder in Kuba Aufnahme zu finden, landeten in Großbritannien. 244 kamen nach Frankreich, 214 nach Belgien und 181 nach Holland. Einer Schätzung nach überlebten nur 240 von ihnen den Genozid.

Hätten die USA und Kuba die Verfemten aufgenommen, so wären sie dem großen Massaker entkommen.

Die Odyssee der »SS St. Louis« und ihres Kapitäns Gustav Schröder, der sich mit allen Mitteln gegen eine Rückkehr nach Deutschland wehrte, veranschaulicht exakt die Lage, in der sich die Juden zwischen 1933 und 1945 befanden: Sie wurden hin und her gespült zwischen Nazi-Deutschland und der freien Welt, der allgemein herrschenden Gleichgültigkeit ausgesetzt, der Appeasement-Politik fast aller Demokratien geopfert.

Aber das Tauziehen um die Passagiere der »SS St. Louis« ist kein Einzelfall, nur eine besonders widerwärtige Episode in der Geschichte des jüdischen Volkes zwischen Hitlers »Machtübernahme« 1933 und der Gründung Israels am 14. Mai 1948.

Denn insgesamt 106.300 europäische und 1.200 nordafrikanische Juden versuchten vergeblich zwischen 1934 und 1948 die Küsten Palästinas (das heutige Israel) zu erreichen. 10.000 waren es bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, 22.500 versuchten es während des Krieges und zwischen 1945 und 1948 waren es 75.000. An dieser Stelle geht es nicht darum, den Geschichtsrevisionisten aller Couleur neue Munition für ihr miserables Handwerk zu liefern oder gar die Verbrechen der Nazis zu relativieren oder gar zu verharmlosen. Aber es muß gesagt werden, daß vor, während und nach dem Krieg die Juden von den westlichen Regierungen verraten und verkauft wurden.

Sogar während des Krieges, als die Mordmaschinerie Himmlers bereits auf vollen Touren lief, genierte sich die britische Marine nicht, Schiffe, die mit jüdischen Flüchtlingen bis zum Bersten voll waren, in den Meeresgrund zu bombardieren oder sie zu entern und die Passagiere nach Kenia, Mauritius oder Zypern zu deportieren. Etwa 2.000 Männer, Frauen und Kinder kamen auf den sogenannten Flüchtlingsschiffen ums Leben, weil sie den braunen Mordbuben entkommen wollten. Sie wurden von der Royal Navy ermordet.

Einige Beispiele hierfür: Die »Patria« wurde im November 1940 mit etwa 1.800 visalosen Flüchtlingen an Bord im Hafen von Haifa von den Briten gesprengt. 189 Menschen starben in den Flammen oder ertranken. 1.500 Juden aus Deutschland und der Slowakei, die im Dezember 1940 mit der »Atlantic« ohne Visa nach Palästina gekommen waren, wurden von den Engländern nach Mauritius verschleppt. Die »Struma«, die vom rumänischen Constanza aus mit 800 Juden an Bord kam, sank im Februar 1942 im Bosporus, 786 Flüchtlinge ertranken. Und schließlich die Odyssee der »Pancho«, eines Donau-Dampfers, der am 10. Oktober 1940, aus Bratislava kommend, mit 500 Menschen vor der Insel Rhodos strandete: Diese Menschen hatten mehr Glück als ihre Leidensgenossen. Sie wurden von der italienischen Marine in Obhut genommen und Anfang 1942 nach Italien gebracht . Zum Glück . Denn als die Deutschen die Italiener ablösten, deportierten sie die kleine jüdische Gemeinschaft von Rhodos nach Auschwitz. Alle 1.700 Juden der Insel kamen dort um. Wie auch die 120 Juden von Kos und die 260 Juden von Kreta.

Als im Mai 1945 das blutbesudelte »Dritte Reich« zerschlagen wurde, machten die Juden die Bilanz des Grauens: Etwa sechs Millionen Menschen waren von den Nazi Horden hingeschlachtet worden: In Polen drei Millionen, in der Sowjetunion eine Million, die restlichen zwei Millionen holten sich Hitlers Greifer von Korfu bis Libyen und von Belgien bis nach Bessarabien. Sie wüteten in Litauen und in Italien, in Frankreich und in Mazedonien.

Als der braune Spuk vorüber war, meinten die Juden, sie würden nun endlich in Frieden leben können. Viele, die das Inferno überlebt hatten, wollten Europa verlassen und nach Palästina auswandern, ca. 100.000 beschlossen, in Polen zu bleiben. Und dann geschah das Unglaubliche: Im Jahre 1946 fanden im befreiten Polen blutige Pogrome statt, in deren Verlauf 1.000 Juden bestialisch ermordet wurden. 100.000 verließen daraufhin das Land in Richtung Palästina, denn niemand sonst wollte sie aufnehmen.

Daraufhin stoppte die britische Regierung die Einwanderung der Juden nach Palästina. Schon vor und während des Krieges hatten die Engländer – die Palästina völkerrechtswidrig okkupierten – nur wenige bedrängte Juden ins Land gelassen: 13.000 im Anschluß-Jahr 1938, 27.500 im Jahr 1939, 8.000 1940 (als die Nazis schon Polen besetzt hatten und der Genozid begann), 6.000 1941 und 3.700 1942, als die Gaskammern in Auschwitz auf vollen Touren liefen. Und sie blieben nach dem Holocaust dabei: Die heimatlosen Juden sollten in Europa bleiben.

Die Irgun und die Haganna – die Untergrundorganisationen der palästinensischen Juden – griffen daraufhin erneut zu den alten Mitteln: Flüchtlingsschiffe, die ersten Boat-People dieses Jahrhunderts. Von überall starteten überladene Barkassen – meist handelte es sich dabei um teuer erstandene schrottreife Kähne – in Richtung Mittelmeer. Und die Briten enterten, schossen, deportierten die Juden nach Afrika, Mauritius und Zypern.

Und auch nach Deutschland. Ja, zurück nach Deutschland, woher schon viele kamen. Wie zum Beispiel die 4.515 Menschen, 1.561 Männer, 1.282 Frauen, 1.017 Halbwüchsige und 655 Kinder, die am 10. Juli 1947 an Bord der »Exodus« gegangen waren, um nach Palästina zu kommen.

Unweit der Küste von Tel Aviv, noch in den internationalen Gewässern, griff die königliche Marine an: Um 3.00 Uhr morgens rammten die »Ajax« und die »Warfield« auf einer Strecke von zehn Seemeilen die »Exodus« sieben mal hintereinander. Das alte Schiff brach auseinander. Dann stürmte ein Enterkommando den Kahn. Die Juden wehrten sich mit Konservendosen, mit Flaschen und mit Knüppeln. Panik brach an Bord aus. Die britischen Marineinfanteristen schossen: drei Tote. Darunter ein 15jähriger Junge. Die Schlacht dauerte zwei Stunden. Dann wurden die 4.500 Passagiere der »Exodus« nach Zypern abgeschleppt. Inzwischen hatte der Bordfunker die Außenwelt von dem Piratenstück der Royal Navy unterrichtet und damit das Anliegen der Juden weltweit publik gemacht.

Damit war aber die Affäre nicht beendet: Die englische Regierung beschloß, die Juden nach Frankreich zurückzuschicken. In drei Gefängnisschiffen zusammengepfercht kehrten die Illegalen nach Frankreich zurück. Da aber die Pariser Regierung bei diesem Spiel nicht mitmachen und London ein Exempel statuieren wollte, blieben die Schiffe vier Wochen unter sengender Hitze vor den Küsten der Republik liegen.

Am 7. September 1947 kamen die drei Liberty-Ships in Hamburg an. Nacheinander wurden die Gefangenen von den Soldaten an Land geprügelt. Unbeschreibliche Szenen spielten sich am Hamburger Hafen ab. 1.500 Paratrooper, Militärpolizisten und deutsche Schupos veranstalteten eine regelrechte Prügelorgie. Die sich wehrenden Juden wurden einfach niedergetrampelt. Viele wurden bewußtlos weggeschleppt. Was danach passierte, beschrieb der israelische Publizist Samuel Katz in seinem Buch »Tage des Feuers«:

»Die Deutschen wurden nicht ganz um ihre Beteiligung an diesem Sieg gebracht. 500 von ihnen, unter der Führung eines britischen Oberst, trieben 1.300 'Displaced Persons' (DPs) auseinander, die aus Solidarität mit den Menschen von der 'Exodus' eine Demonstration veranstaltet hatten. Zwei Lager, eins in Amstau und ein größeres in Poppendorf hatte man für die Gefangenen vorbereitet. Wie die Lager der Nationalsozialisten waren sie mit Stacheldraht umzäunt. Und es gab auch wieder die vertrauten Wachtürme mit Suchscheinwerfern. Deutsche Polizei verstärkte die britischen Wachen, und deutsche Ärzte standen für die Behandlung der Opfer bereit.«

Sie mußten fast neun Monate hinter Stacheldraht sitzen. Erst als David Ben Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel proklamierte, ließen die Engländer sie frei.

Konkret 03/88, S. 64

Georg Fülberth

Buch des Monats: Frankfurter Abdeckerei

Lexikon Linker Leitfiguren. Herausgegeben von Edmund Jacoby. Büchergilde Gutenberg: Frankfurt am Main, Olten und Wien 1988, 425 Seiten, 39 Mark (für Mitglieder)

Wenn ein Verlag ein Lexikon herausbringt, dann hat er in der Regel eine Kalkulation. Er hofft auf eine kaufkräftige Nachfrage. An wen also richtet sich ein »Lexikon linker Leitfiguren«?

Vor zwanzig Jahren hätte der Harzburger Akademie für Führungskräfte derlei einfallen können. In Management und Rektoraten wollten manche wissen, welchen Propheten und Ideologien die jungen Leute da gerade nachliefen. Heute mögen APO-Veteranen beiderlei Geschlechts Lust haben, ihren Kindern ein solches Buch zu schenken, damit diese ahnen können, was ihren Eltern einst naheging. Da Marx und Engels derzeit nicht geil sind, ist es listig, sie mit Jimi Hendrix und Bob Marley zusammenzustellen. So geschieht es in dem Buch, das hier zu besprechen ist.

Sein Herausgeber, ein Edmund Jacoby, beruft sich allerdings nicht auf vordergründige pädagogische Zwecke. Ihn interessiert nur eins: das Alphabet. Wenn man nämlich unter einem Buchstaben sehr divergente Namen zusammenfaßt, dann, so argumentiert er, fragen sich die Leute: warum? Den Vorgang, der dann entsteht, hält er für Denken. Er fragt: »Was wäre gegen einen Gedankenaustausch zwischen Simone de Beauvoir und August Bebel oder Otto Brenner und André Breton, Franz von Assisi und Sigmund Freud, Johannes XXIII. und Janis Joplin, Karl Marx und den Marx Brothers einzuwenden?«

Die alphabetische Folge der Beiträge ist die eine Koordinate, das Register die andere: »Die Querverweise in den einzelnen Artikeln und das Namensregister am Schluß (das die Auswahl von 'Leitfiguren' abrundet und – durch das Wiederauftauchen derselben Namen in den verschiedensten Zusammenhängen – ein Stück weit rechtfertigt) tragen dazu bei, 'die Linke', die sich einer schnellen Begriffsbestimmung allemal entzieht, als historische und als politische, soziale und kulturelle Realität der Gegenwart greifbar zu machen.«

Das Urteil, dieser Mensch sei plemplem, wäre lieblos und vorschnell. Vielleicht ist er auch nur postmodern und lebt im Posthistoire: nahezu alles ist mit fast allem kombinierbar.

Und wieder haben wir den Mann unterschätzt. Er arbeitet nämlich wirklich an einem politischen Projekt.

Das Godesberger Programm erzählt uns, daß der demokratische Sozialismus »in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist«. Edmund Jacoby stellt die Autor(inn)en seines Buches so vor: »Sozialdemokrat(inn)en verschiedenster Couleur, Gewerkschafter(innen), Sympathisant(inn)en einer Neuen Linken, die großenteils in der Partei der Grünen ein (vorläufiges?) politisches Kristallisationszentrum gefunden hat; Journalist(inn)en, Wissenschaftler(innen) mit den unterschiedlichsten Erfahrungshorizonten«. Er klebt eine biografische Collage aus Godesberg, Irsee, Realogrün und Nachfolge Christi. Von dieser Plattform aus kann man nach links und nach rechts blicken: hier Lenin, da André Malraux. Viele Anhänger dieses Projekts entstammen der von Iring Fetscher geleiteten Frankfurter Abdeckerei. Diese darf nicht mit der weltberühmten »Frankfurter Schule« verwechselt werden, deren Abfälle sie lediglich verwertet.

Von den drei Wörtern des Titels ist nur eines klar: »Lexikon«. Die »linken Leitfiguren« müssen keineswegs selber links sein, es genügt, daß ihnen Einfluß auf progressive Leute zugetraut wird. Dies gilt hier gleichermaßen für Goethe, Jesus und Max Weber, welche in ausführlichen Artikeln gewürdigt werden. Stalin fällt aus. Er war – laut Vorbemerkung – »wie kaum eine andere Gestalt Leitstern für Millionen klassenbewußter Arbeiter und revolutionärer Intellektueller.

Dennoch darf man ihn heute als 'toten Hund' behandeln, der – Gott sei Dank – keine Rolle als Leitfigur mehr spielt.« Castro, Mao Tse-tung, Ho Chi Minh und Tito dagegen werden dargestellt, mit ihnen ist noch zu rechnen. Neben Stalin kommen auch die deutschen Kommunistenführer Thälmann und Ulbricht auf den Hundefriedhof. Dort treffen sie den Sozialdemokraten Kurt Schumacher, der ebenfalls keinen Artikel abbekommen hat. Vielleicht gilt er als industrialistischer Grufti, vielleicht aber hat man ihn einfach nur vergessen. Somit freiwerdender Platz im Lexikon wird ohnehin anderweitig dringend gebraucht, zum Beispiel für Caspar David Friedrich. Der Noske-Flügel der deutschen Sozialdemokratie fehlt, seine Leute gelten nicht als Leitbilder. Aber er kommt dadurch zu Wort, daß einer seiner Vertreter einen Linken porträtieren darf: Manfred Wilke, Kewenigs Schoßhund, schreibt über Robert Havemann, der einem leidtun kann.

Das »Prinzip Links«, welches in diesem Buch vorgestellt wird, ist vor allem irgendeine Haltung, nach Möglichkeit kein verbindliches Denken und Handeln, das, wenn richtig, Falsches auch einmal nachdrücklich ausschließt. Vor allem wird es im Überbau verwirklicht. Die Artikel über Musiker, Maler und Schriftsteller sind meist vorzüglich: informationsreich und oft gut formuliert. (Am besten vielleicht: Paul Badde über Mick Jagger und Anne Bärenz über John Lennon). Je dichter man aber an den Punkt herankommt, wo der Dogmatiker einen politisch-ökonomischen Kern vermutet, desto vager wird häufig die Sache. Cora Stephan schafft es, über Lassalle zu schreiben, ohne das »Eherne Lohngesetz« zu erwähnen. Dafür

berichtet sie uns, daß sein Duell-Gegner ihm in die Genitalien schoß, und das ist doch wirklich interessant. Von Hilferding nennt sie dessen Hauptwerk, »Das Finanzkapital«, erklärt aber nicht so recht, was drinsteht, sondern nur, was davon später angeblich rezipiert wurde.

Ich darf nicht undankbar sein, denn mir hat das Buch viel gegeben. Ich habe es nämlich von A bis Z. Artikel für Artikel, durchgelesen. Auf diese Weise konsumierte ich eine Sequenz häufig faszinierender, nicht selten auch sehr gut geschriebener Lebensläufe. Gelungen ist die Revision des meist zu glatten Adam-Smith-Bildes durch Alfred Keicher und die kritische Darstellung Emile Zolas von Gerhard Schneider. Wie es allerdings einem Benutzer ergeht, der irgendetwas nachschlagen will, weiß ich nicht. Keynes und Joan Robinson wird er vergeblich suchen. Das macht aber nichts, er kann ja stattdessen den Artikel über Friedrich Nietzsche lesen.

Zum Schluß möchte ich einen Vorschlag für die Einigung der westdeutschen Linken unterbreiten. Seit Erscheinen dieses Bandes ist sie nämlich zutiefst gespalten in solche, die im Lexikon stehen, und andere, die ausgemustert wurden. Drinnen: Heinrich Albertz, Willy Brandt, Cohn-Bendit, Hans Magnus Enzensberger, Habermas, Oswald von Nell-Breuning, Fritz Teufel, Klaus Vack. Draußen u.a.: Rudolf Bahro, Biermann, Norbert Blüm, Gremliza, Petra Kelly, Alice Schwarzer, Rita Süßmuth, Günter Wallraff, Richard von Weizsäcker. Dieser schlimme Zustand kann nur durch einen zweiten Band repariert werden. Titelvorschlag: »Vergessene Gestalten«.

Konkret 03/88, S. 66

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Warum denn jeder Maurerpolier, jeder Maschinist einmal im Leben Hummer gegessen haben muß (zu schweigen von dem Gelumpe, daß sich mehrmals einen leisten zu müssen glaubt), wo das Tier doch zehnmal intelligenter ist als sie selbst, sagt Ludwig Fels. Und wie gut, daß so jemand mal aus Wien herüberkommt, daß man hier, in Hamburg, auch mal mit jemandem über Selbstverständliches reden kann.

*

Beim Herumlesen in Ortega y Gassets 'Aufstand der Massen' diese beiden Sätze: »Charakteristisch für den gegenwärtigen Augenblick ist jedoch, daß die gewöhnliche Seele sich über ihre Gewöhnlichkeit klar ist, aber die Unverfrorenheit besitzt, für das Recht der Gewöhnlichkeit einzutreten und es überall durchzusetzen.« Und: »Der Massenmensch findet sich vollkommen.«

Später, am Abend, eine Unterhaltungs-Show in DDR I mit dem Westmenschen Rex Gildo. Das Publikum applaudiert. Aber wie applaudiert es denn? Irgendwie wohlerzogen. Womöglich sogar ein bißchen unsicher, ob es sowas bereits gut finden darf. Daß sich jedenfalls der Einzelne in dieser Masse vollkommen fand: Kein Indiz dafür. Was hindert sie an solchen Gefühlen der Vollkommenheit? Irgendein Kalkül, sie könnten, bei allzu großer Begeisterung für Schrott, doch noch einmal wie früher erwischt und wieder nachdrücklich auf Höheres verwiesen werden?

Ich weiß es nicht. Aber wenn bei uns Tausende von Einzigen, ein jeder im Vollgefühl seiner solitären Dummheit, mit Peter Alexander »Wir bleiben, wie wir sind« singen, bewegt mich nur eins: nämlich, daß *sie mich* nicht erwischen...

Ist er das, der kleine Unterschied? Dieses kleine Plus nach 40 Jahren Erziehungsdiktatur in der DDR? Und was, wenn das schon alles wäre?

*

Wie mühsam er teleologisch dahertrottet, der Riesen-Esel Menschheitsgeschichte, immer dem Versprechen einer schöneren Zukunft nach, das ihm wie eine Karotte in gleichbleibendem Abstand vors Maul gehängt ist. Und was er dabei niederwalzt, diese immer breitere Spur der Vernichtung von Schönheit. Und vielleicht noch in diesem Jahrhundert: die Endlösung der Naturfrage. Wirklich Zeit, daß er sein Gnadenbrot kriegt! Und was heißt da Albert Schweitzer. Beethoven! Als ob nicht selbst der einen Sums verzapft hätte wie die 'Schlacht von Vittoria', den letzten Satz der Fünften, oder die Kantate 'Der glorreiche Augenblick'!

*

85 Jahre vor dem 'Aufstand der Massen' erschien von einem Johann Caspar Schmidt, der sich dann in der richtigen Einsicht, daß er als 'Hirner' keinen Blumentopf würde gewinnen können, 'Stirner' nannte, ein Buch, das sich heute liest wie eine Bedienungsanleitung für den Sozialtypus der 80er Jahre, der in den großen Killer-Populationen Westeuropas und der USA den Ton angibt. »Auf das Eigentum zurückzukommen, so ist Eigentümer der Herr. Wähle denn, ob Du Herr sein willst oder die Gesellschaft Herrin sein soll. Davon hängt es ab, ob Du ein Eigner oder ein Lump sein wirst. Der Egoist ist Eigner, der Soziale ein Lump.« Die Beziehungen zwischen 'Einzigen' bestehen im 'genießen', 'verzehren', 'verbrauchen'. Und erst, wenn es dem 'Einzigen' gelingt, alles, was ihn in seinem Konsum irritieren könnte – Staat, Regierung, Gesellschaft, Besitzverhältnisse, Recht usw. – zwar nicht in der Realität abzuschaffen, wohl aber in seinem Bewußtsein zu verdrängen, gelingt, was Stirner die 'Empörung' nennt. Äh? Ja. Empörung. So sein Euphemismus fürs blanke 'Emporkommen' im Rahmen der bestehenden Verhältnisse.

Stirner ist der Yuppie-Philosoph vor der Zeit, und der Vogel, der kürzlich hier, Bismarck/Ecke Goebenstraße seinen Kleinlaster mit der Aufschrift 'Ich siege gern' parkte, muß ihn garnicht gelesen haben; Stirner führt längst in seinem Stammhirn Regie.

Dabei war 'Der Einzige und sein Eigentum', 1968 von H. G. Helms wieder herausgebracht und mit einem knallharten Nachwort versehen, Kultbuch erst um 1900, als eine aus der Petitbourgeoisie nachgewachsene Mittelklasse mächtig mithinzulangen beanspruchte beim bevorstehenden Verteilungs-Endkampf um die letzten besten Brocken der Erde. Und dabei blieb es, bis ein anderer, nämlich Hitler, noch eine Idee deutlicher wurde. Es war danach eine Weile Ruhe im Karton. Erst die christliche. Und dann die sozialdemokratische. Inzwischen ist er wieder voller da denn je, der 'Einzige', jedenfalls soweit er sich un-verschämt und besten Gewissens aufs Hit-and-Run versteht.

Die Masse der 'Einzigen'? Von ihnen meldet am 30. Januar der deutsche Verkehrsgerichtstag, die Aggressivität im Straßenverkehr habe weiter zugenommen. Und was das – neben dem Auto – zweite ihnen eigene essential angeht, nämlich

die genitale Ausstattung, so habe ich hier doch eben, na, wo isses denn? ah, hier: 'Happy Weekend. Sexkontakte' zur Hand, noch unsicher, ob ich darüber nun pflichtgemaß mir einen runterholen oder wunschgemäß kotzen soll.

*

Gemach, dies endet denn doch nicht mit dem allerletzten Beitrag zur Pornographie-Debatte. So ca. '91 wird zum Problem hinreichend Endgültiges zu sagen sein. Also Geduld bis dahin, Leute. Nur: daß 'Pornographie' auch eine Kathedrale sein kann, ein ernster endloser Zaubergarten, ein lässiges Sakrament, eine Andacht, ein Hochmoor, ein Tollhaus der Letzten Dinge, vorausgesetzt, daß die Richtigen baggern, – das ist ja wohl schon jetzt gebongt, oder? Gut.

Aber wer baggert denn nun da, in 'Happy Weekend'? Wieder mal der Einzige. Und sein Eigentum. Ganz im Vollgefühl seiner Vollkommenheit.

· Das Eigentum hat die Maße 22 mal 5, und der Single dazu die Hand wie am Schaltknüppel seines Wagens dran.

· Das Eigentum ist eine – kraft ehemännlicher Einfühlungsgabe – als bi erkannte Ehefrau, mit deren Foto ein anderes Paar gesucht wird.

· Das Eigentum ist eine Möse, von Hostessen auf den Markt gebracht.

Das sind, von ein paar Deviationen abgesehen, die drei Grundmuster. Und haben wir denn anderes erwartet? Wo der Alltag schon Müll ist, was soll da wohl das happy weekend anderes sein als (»geiler Bock sucht schwanzsaugende Ficksau mit Sinn für Heim und Familie«) Sonderdeponie? Und war da denn nicht noch was? Daß ersteinmal die Produktionsverhältnisse... Und später vielleicht dann doch noch mal ein bißchen mehr Kultur...? Von mir aus. Bleibt Piwitt mit dran. Nur...

*

Apropos, Hans Peter Dürr, tollkühner Prazisionsträumer, für den ich Sie irrtümlich bis dato hielt, Professor, der Sie mich und mein derzeitiges essential, nämlich eine kaputte Bandscheibe, am 3.2. in Hamburg 16.80 fürs Taxi gekostet haben: Daß Technik und Naturwissenschaften dem Menschen aus dem Ruder laufen, das müssen wir 1988 nun wirklich nicht mehr von Ihnen haben, und zwar ebensowenig wie diese Sölleselig larmoyanten Appelle zu Mäßigung, Bescheidung, Betroffenheit und In-sich-gehen. Die Megamaschine Technik, die ist nun wirklich gegessen, genauso wie der Kinderglaube, daß es nur darauf ankomme, wer sie kontrolliert: Kapitalisten oder das Volk.

Was dagegen ist mit der Megamaschine Mensch? Genauer: Was – wenn sie es denn schon nicht schafft, sich selbst abzuschalten – was spricht genetisch, anthropologisch und politisch noch dagegen, daß 7 Milliarden Einzige (vorausgesetzt, daß, so wie es aussieht, auch Erziehungsdiktatur dauerhaft nicht greift) die Endlösung der Naturfrage entschlossen angehen werden, wo sie doch sicher sein können, daß es am Ende immer noch ein paar Hupfdohlen zu besichtigen geben wird, in Käfigen, Gehegen und Museen. Schließlich, kann man sie nur erst füttern und ganz von Nahem angucken, machen sie ja doch auch vielmehr Spaß...äh? Und dies ist eine Frage.

*

Die Antwort darauf weiß nicht der Wind, aber vielleicht Rigo Baladur. Daß sich hinter diesem Namen ein Facharzt verberge, der seine ärztliche Tätigkeit »aus Gewissensgründen, da unvereinbar mit ökologischem Engagement« aufgegeben habe, sagt uns der Verlag 'Die blaue Eule', Essen. Sein Buch heißt 'Pictogramme des humanen Terrors. Gedanken zur anthropofugalen Ethik.' Und es verkündet, daß...nun was? Ganz einfach: daß der Mensch, nein, nicht länger sich einfach nur mehr bescheiden solle, damit er überleben kann, sondern...Sondern? Sondern, daß er selbst ganz schlicht die Mücke machen muß. Baladur: »Ein guter Mensch ist der, der den Menschen als höchstes Gut betrachtet. Mir stehen wertvollere Güter höher.« Und: »Die Menschenleere, sie ist die einzige verantwortbare Ökologie.« Und: »Der Abschaum selbst wird zum Selektor auf seinem unheilbringenden Weg zum Endsieg, seinen Weg pflastern die Kalvarien der ausgerotteten Arten.« Und dann fordert er: »Die Elidierung des Homo sapiens.« – Hm. Nur wie? Indem man klein anfinge? Zum Beispiel – nach dem Vorbild von 'Emma's' Porno-Aufklebern – mit Aufklebern wie 'Ich sage Nein zum Leben! ' für Schwangere? Oder mit Bildern von besonders schönen Menschen, vor denen schon Vorschulkinder das Kotzen lernen? Das Wort 'Menschlichkeit': Ist es am Ende das Totschlagwort gewesen, nachdem wir bisher fälschlicherweise glaubten 'gut' zu sein?

Wie auch immer: Aktive Sterbehilfe für die Menschheit auf einen Schlag, die große metaphysische Flit-Spritze ist es jedenfalls nicht, was dem Autor vorschwebt. Sie käme auch wohl schon deshalb nicht in Betracht, weil sie subtilere, rarere, kostbarere und verwundbarere Arten genauso träfe. Baladur geht es darum, das Unerhörte überhaupt ersteinmal ohne wenn und aber zu denken: Nämlich, daß die Menschheit für das Leben auf der Erde nicht nur funktioniert wie eine Krebszelle sondern auch weiß Gott entbehrlich ist wie sie. Mag das eine kopernikanische Wende nennen, wer will. Mir scheint der Gedanke immerhin weit weniger tollwütig als der Optimismus von Genossen, die selbst elf Milliarden Menschen gelassen entgegensehen, weil die Erde auch sie ernähren könnte, vorausgesetzt, daß ersteinmal überall der Soz.. .

Wenn denn das Sein das Bewußtsein bestimmt, so wird jedenfalls die erdrückende Überlegenheit des Menschen an Zahl und Werkzeugen auch in Zukunft seine Absichten und Ziele bestimmen, die Reste nichtmenschlichen Lebens betreffend, soweit er es nicht zu seinem Vorteil (Hausschwein) nutzen oder nach seinem Bilde (Schäferhund) zurichten kann. Und warum *dann* überhaupt noch geboren sein?

Konkret 03/88, S. 68

Eckhard Henscheid

Entlastungsdokument im »Fall Rinser«!

»Ach, Luise! Kein Mädchen ist wie diese: dieser Schick und dieser Charme und dieses Timbre macht mich rasend ob es Mai oder Decembre...« Aucb hier wiederbolt sich Geschichte, folgt der Farce die Tragödie: Was das erste Mal ein Ohrwurm war, taucht nun als vierstimmiger Männerchor noch einmal auf – in einem Dokument, das geeignet ist, die Bundespräsidentschaftskandidatin der Grünen entzubelasten, daß es nur so eine Art hat. Ach, Luise...

Nachdem ausgerechnet in der »Bild«-Zeitung ausgerechnet Reginald Rudorf nach dem Fall Höfer einen sehr verwandten »Fall Luise Rinser« suggeriert; nachdem wenig später die »taz« mit der ehedem noch heftig umhegten »lupenreinen Luise« und ihren sich allzeit hinter dem »Nimbus der Widerstandskämpferin« versteckenden Verdrängungskünsten noch weit jenseits denen des Werner Höfer ins Gericht geht und dazu sogar ein Nietzschewort über den Kampf zwischen Stolz und Gedächtnis auffahren läßt; nachdem sich schließlich und endlich auch »Bild der Frau« mit den Rinserschen Lebenswidersprüchen (»Das alles ist Luise Rinser«) von lupenreinster Nazipoesie einerseits und stets behauptetem Widerstand, Schreibverbot, Gefängnis und Fast-Martyrium (»Sie wurde nur deshalb nicht hingerichtet, weil der Krieg '45 vorbei war«) andererseits beschäftigt: Nachdem all dies so überraschend wie fast absehbar ein vorerst letztes Mal zum Großthema wurde und in den Köpfen und Druckmaschinen herumwalzt, sehen auch wir uns veranlaßt, zum schwierigen Fall Rinser abermals das Wort zu ergreifen.

Gewiß, L. Rinser hat es zuletzt ihren Feinden leicht und ihren Freunden schwer gemacht. Denn von etwelcher Nazi- und Hitler-Anhänglichkeit zwischen 1934 und 1940 findet sich in ihrer immer wieder von ihr selber aufbereiteter Pracht-Vita kein Sterbenswort; sondern immer nur vom frühen Durchschauen des Faschismus und von (»Das war sehr mutig von mir«) leidenschaftlicher Gegnerschaft ist zu lesen. Und das scheinbar verräterische Gedicht »Junge Generation« (s. Faksimile), um das sich der jetzige Dreck hochwühlende Dissens vor allem dreht, es stammte einerseits, laut Rinser, überhaupt nicht von ihr – andererseits wurde es ihr »unterschoben« (so Rinser z. B. 1985 in einem SWF-lnterview); und zwar einmal von »meiner Denunziantin«, ein andermal von »der Frau meines Denunzianten« und Lehrerkollegen – so Rinser im Januar 1988 in einer die neue Großkontroverse auslösenden ARD-Diskussionsrunde mit Hans J. Rosenbauer; in welcher die fast 77jährige, auf publizistikwissenschaftliche Vorhaltungen hin, auch abstritt, »damals« überhaupt schon Gedichte geschrieben zu haben. Das 1935 in der Blu-und Bo-Zeitschrift »Herdfeuer« publizierte »schlimme Nazigedicht« (»taz«) sei, so Rinser fünftens, auch nur »Jux« gewesen – und habe sechstens ja auch gar nicht Hitler, sondern nur irgendeinem »großen Führer« die »Todtreue« geschworen – alles andere seien »idiotische oder böswillige Vorwürfe«.

Gegen eine anderweitige Deutung des Gedichts hatte Rinser – den Wolf damals noch nicht umarmend, sondern ihm die juristischen Krallen zeigend – schon 1968 beim Amtsgericht München geklagt, war aber abgeschmettert worden. Im Jahr darauf hatte die bayerisch-römische Schriftstellerin, glaubt man der »taz«, den sattsam bekannten Altnazi Kurt Ziesel als jenen ausfindig gemacht, der ihr (seinerzeit? jetzt zum zweitenmal?) das hymnische Gedicht »unterschoben« habe – und mußte diese Falschbehauptung schmerzhaft genug ausgerechnet in Ziesels »Deutschland-Magazin« widerrufen. Sie tat's etwas gewunden, insinuierte aber auch fernerhin eine Gedichtsunterschiebung durch »meinen Feind«; redet freilich gleichzeitig von einem »Schock- und Spottgedicht« auf vielleicht gar nicht Hitler, sondern Stalin; will nur im übrigen ein paar Zeilen selber verfaßt haben; und hat außerdem »keine Ahnung«, wie das Ganze ins »Herdfeuer« geraten sei.

Laut »Bild der Frau« hat L. Rinser zwar inzwischen auch bekannt: »Ich habe das wahre Gesicht des Schreckens spät erkannt« – und wurde zum Lohn dafür bekanntlich die »sogar in China« (Rinser) gefeierte Bundespräsidentschaftskandidatin der Grünen. Gleichwohl bestand sie im erwähnten ARD-Talk über die Ungnade der frühen Geburt nochmals darauf, ihre div. Nazi-Poesien seien a) »Ulk« und b) für jedermann erkennbar »reiner Kitsch« gewesen.

Ein verworrenes, heute schon nicht mehr entknäuelbares Kuddelmuddel – weißgott, der Münchner Oberstudiendirektor und »SZ«-Literaturkritiker Albrecht von Schirnding hat mit seiner kürzlichen Rinser-Laudatio so recht wie nur ein Münchner Oberstudiendirektor und »SZ«-Literaturkritiker recht haben kann: »Ein heißes Herz bei eisigen Dingen«; das, wie die »FAZ« dazu etwas unwillig anmerkt, dabei die Französische Revolution auf 1878 datiert.

Rinser: »Man kennt meine Zivilcourage.« Nicht wenige im Lande ersehen gleichwohl in Luise Rinser eine der dümmsten Urscheln und gnadenlosesten Opportunistinnen des Jahrhunderts – eine Ranschmeißerin, der es per purem Zufall und durch grobe ineinandergreifende Mißverständnisse sogar noch vergönnt war, via die RAF kommerzspekulativ und durchaus genial abzusahnen, ja davon ihren römischen Austrag zu finanzieren. Ich meinerseits, der ich Luise Rinsers Kämpfe und Gesinnungsschleifen durch Dick und Dünn seit zehn Jahren stets mit wacher Aufmerksamkeit und kritischer Sympathie verfolgt habe, sehe mich heute dagegen auf der Basis meines Rinser-Privatarchivs imstande, etwas Licht ins – nach Meinung der »taz« selbstinszenierte – Nazi-Dunkel zu schleudern, »Deutschlands meistgelesener Schriftstellerin« (»Bild der Frau«) zur Entlastung:

In meinem Besitz befindet sich ein wichtiges Entdunklungsdokument, die Teilvertonung nämlich des umstrittenen »Rinser«-Gedichts »Junge Generation« durch den Tondichter Rudolf Desch für vierstimmigen Männerchor, o. J., Partitur RM 1.50. Das Titelblatt der 6seitigen Komposition nennt zwar eine »Louise Rimer« als Autorin (eine weitere Intrige Ziesels? ein subtiler inner Emigrationsakt L. Rinsers?) – das Notenblatt 1 aber korrigiert sofort diesen Unfug und macht eindeutig (s. Faksimile) »Luise Rinser« als Schöpferin dingfest – es sei denn der Carl Engels Musikverlag Mülheim-Ruhr wäre eventuell identisch mit, s.o., L. Rinsers Denunziantin.

Eliminiert und gegenstandslos gemacht wird dieses verbleibende Fragezeichen indes durch die Komposition selber, die sich, anhebend »in gehender Bewegung«, schon prima vista als genau jener »Jux« und »Kitsch« erweist, auf welchen sich L. Rinser eben darum zurecht beruft. Wer – 1935? 1938? – fünfzig Jahre nach Debussy, Mahler, Strawinski mit derart banalen und tonalen f-moll-Baßgängen anhebt; wer kurz nach Alban Bergs Tod schon in Takt 9 die Modulation zum populistischen, ja vulgären Des-Dur-Akkord Des-As-Des-F nicht scheut; wer auch beim Fortefortissimo (fff) des Schlußeids (s. Faksimile) über Hindemithsche Pseudo-Polytonalität nicht hinauskommt: der hat sich im Adornoschen Sinne der objektiven Entwicklung des musikalischen Materials eben im Rinserschen Sinne nachweislich nur einen Fez erlaubt – zumal dann, wenn man die Tenöre zum schlechten Schluß auch noch »ad lib.« (sic!) und »sehr breit« ein arschdummes Hohes C brüllen läßt: »Denn wir sind treu!«

Und dies ausgerechnet bei einer Dichterin, die dann schon 1955 jenen »gewaltigen Komponisten« (»Bild der Frau«) Carl Orff zum Altare führte, der es zwar auch irgendwie mit den Nazis hatte und ihnen seine Weltkarriere verdankt; der aber nachweislich 1936/37 anläßlich seiner 'Carmina Burana' schon avantgardistischer komponierte als Rudolf Desch. Auch wenn dessen belämmerter Chorsatz andererseits wieder frappant an den jener 'Carmina' gemahnt. Aber statt uns hier auf die neue Hypothese zu kaprizieren, Desch sei das Double bzw. die Frau des Denunzianten Orff gewesen, wollen wir es lieber genug sein lassen und nochmals zusammenraffen: Daß nicht zuletzt die dezidierte Jux-Aura der komponierten »Jungen Generation« es ist, die L. Rinser jetzt optimal entlastet. Doch doch: Weit muß man heute gehen, eine zu finden, die derart mimikrös aktiven Widerstand und zugleich und stante pede schon um 1935 derart enigmatische Vergangenheitsbewältigung, ja echte »Trauerarbeit« (M. Mitscherlich) geleistet hat, wie diese »tapfere Frau« (Rinser über Rinser).

Konkret 03/88, S. 72

Diedrich Diederichsen

ich habe gelesen

Klar habe ich. Ich frage mich nur, was Sie hören wollen. Ich muß an die ~ Schule denken, wo es die Gattung des Leseberichts gegeben hat. Ja mein Abitur-Aufsatz in Deutsch diskutierte Fragen des Lesens, wie, wozu, was, wie setzt man das um. Das, was von z.B. meinem Lese-Input sich umsetzen läßt, kann aber hier nicht interessieren, dieser Motor läuft ja immer. Vielleicht: welchen Kraftstoff braucht er in einer gegebenen Zeit, den er nicht umsetzen kann, sondern restlos verbrennt?

Es gibt drei Sorten der Lektüre. Die erste ist das Buch im Mantel, das wichtigste Buch einer Zeitspanne von zwischen zwei Wochen und zwei Monaten. Es kann noch so wichtig sein, wenn das Wetter wechselt, wird es oft im Mantel vergessen, der plötzlich dem Jackett weichen muß. Im Moment ist es »Der Parasit« von Michel Serres. Wirklich eines der besten Bücher, die je geschrieben wurden: letztes Frühjahr stand ich an der Sorbonne vor den Aushängen und sah nach, was er wohl gerade lehren würde. Da kannte ich den Parasiten nur aus bewunderter Leute Bibliothek, als das neue Ding aus Frankreich, das er kurz nach dem »Anti-Ödipus« mal gewesen sein muß. Wer aber bin ich, außer Parasit selbstverständlich (was ich inzwischen auch schriftlich habe, in einem Sendemanuskript des Bayerischen Rundfunks), daß ich mir erlauben würde, so einem Buch einen Aphorismus aufzudeckeln.

Dann gibt es das Buch neben dem Bett, das ist seit November »Wilhelm Meisters Lehr- und Wanderjahre«. Im Moment bin ich in den »Wanderjahren« an dieser Stelle: »Diesen verständigen Worten Beifall gebend lOste die Versammlung sich auf; der Astronom aber versprach, Wilhelm in dieser herrlichen, klaren Nacht an den Wundern des gestirnten Himmels vollkommen teilnehmen zu lassen.« Womit das Buch auf den Punkt gebracht ist, nämlich das, was ich daraus zu lernen bereit bin, wie schön es ist, als Spezialist einen Neugierigen in klaren Nächten an Wundern teilnehmen zu lassen, und wieviel schöner noch, von Spezialisten in klaren Nächten in Wunderwelten eingeführt zu werden, was ja jede erklärbare, abgeschlossene Welt erstmal ist (denn das Wunder ist ja immer das Erklärbare, nicht das Unerklärliche), und daß gerade in dunklen, unklaren Tagen wie diesen, wo der postmoderne Agnostizismus vor lauter Verzweiflung objektiv wissen und lernen kann und muß, bevor man damit anfangen kann, sich von teilweise berechtigten theoretischen Hangovers heimgesucht, mal vorübergehend in den Grübel-Blues fallen zu lassen.

Die dritte Lektüre nimmt die meiste Zeit ein, sie geschieht immer. Beim Fernsehen, beim Essen, in Straßenbahn und Flugzeug. Es ist das Lesen der Welt und dessen, was sie an Signifikanten so rumliegen läßt: Plakate, Aufschriften, Schrifttafeln, der »Express« auf dem Beifahrersitz des Taxifahrers, das Gespräch am Nebentisch (wo gestern immer vom »Literatur-Nobelpreisträger« Elie Wiesel die Rede war, der angeblich Waldheim überführt hätte) bis hin zu den Büchern, die für Später oder Zwischendurch auf den unaufgeräumten Schreibtischen liegen bleiben. Ein peruanischer Diplomat erzählt der Zeitschrift »Blitz«, daß »compared to other Latin American countries, for the poor Cuba is paradise«. Und Jean-Luc Godard fügt hinzu, daß er Lenin erst mit 35 entdeckt habe und daß sein politisches Engagement im Jahre 68 das eines Zehnjährigen gewesen sei, weil er erst zehn Jahre im Filmbusiness war. Was sich damit deckt, daß ich in letzter Zeit auch immer häufiger bei mir und bei anderen das professionelle und das Lebensalter in Beziehung setze. Dieses professionelle Alter gibt es wirklich und es muß mit den Jahren um einen je nach Beruf und Charakter verschiedenen Faktor x multipliziert werden, aber wenn man es nicht kennt, kann man schwere Fehler begehen. Dick Hebdige vergleicht in seinem neuen Buch, »I-D-Magazine«, postmoderne Philosophie mit Gothic-Punk: »Alle tragen schwarz und laufen mit kleinen schwarzen Semiotexte-Büchern herum scheint die letzte übrig gebliebene Subkultur zu sein.« Und einer ihrer Angehörigen war gerade bei mir zu Besuch, ein New Yorker, der sich ganz ernsthaft um die Pop-Kultur dieselben Sorgen machte, die wir uns in Europa vor fünf Jahren gemacht haben, während im amerikanischen Hinterland die vielversprechendste Pop-Kultur seit fünf Jahren gedeiht, aber nur von London aus, nicht von New York aus wahrgenommen wird. Die Chuck-Berry-Autobiographie soll von hohem literarischen Rang sein (»viele Wortspiele«, aber dieser Mann hatte doch schon immer einen hohen literarischen Rang). »Das post-industrielle Großbritannien macht aus sich ein einziges, großes Museum und plötzlich leben wir alle in der Vergangenheit.« Immer mehr Leute denken plötzlich darüber nach, in welcher Zeit man an welchem Ort lebt, ein immer größer werdender kultureller Jet-lag lähmt und beflügelt jeden Austausch, würde die Lücke nicht immer größer, könnte ich ja jeden verstehen. Wir sehen alle dieselben Fernsehprogramme, aber es kommt immer darauf an, der wievielte Durchlauf von »Bezaubernde Jeannie« gerade dein wievieltes Verhältnis zu dieser Serie bestimmt.

Tom Wolfe erzählt im Interview zu seinem neuen 1000-Seiten-Hauptwerk »The Bonfires of Vanity« von Pro-Khomeini-Studenten, die nach der iranischen Revolution das iranische Konsulat in New York stürmten und so beschäftigt waren, die 200 seriellen Farah-Diba-Porträts von Warhol zu zerschlitzen, daß sie vor dem Eingreifen der Polizei gar nicht dazu kamen, irgendwelche Wertsachen an sich zu nehmen. Was lernen wir daraus? Besser nichts derart, wie daß die Kunst von

irgendwas ablenke oder daß Warhol ein Hofmaler der Herrscher gewesen sei, höchstens, daß die Bilder verdammt gut gewesen sein müssen, wenn sie den unmittelbaren Haß so korrekt auf sich ziehen konnten.

Wenn junge Ratten nicht mit ihrer Mutter aufwachsen, die sie mit ihrer feuchten haarigen Zunge unentwegt ableckt, scheiden sie ein gewisses körpereigenes Opiat nicht mehr aus, das für das Wachstum unerläßlich ist. »FAZ»-Behaviourismus, von der genialen »Natur und Wissenschaft«-Beilage. Sie weiß auch einen Rat (Rat, engl. = Ratte): Liebes-Simulation gegen Milieuschädigung, wenn man die jungen Ratten mit einem feuchten Pinsel mehrfach täglich streichelt, wachsen sie normal. Sowjetische Wissenschaftler wollen Gewächshäuser im All bauen, um das Problem der langfristigen Sauerstoffversorgung zu lösen, sie folgen damit einer Idee des russischen Wissenschaftlers Konstantin Ziolkowski (1857-1935), der dergleichen schon früher vorgeschlagen hat. Ob er wohl 1935 eines natürlichen Todes gestorben ist? Pawlow starb im selben Jahr und C.F.v. Weizsäcker fand heraus, »daß Energieerzeugung in den Sternen durch Kernreaktionen bei hohen Temperaturen erfolge« (»Steins Kulturfahrplan«). Geldfälscher machen München zum Blütenmeer, bestätigt die »Süddeutsche Zeitung« die alte Ahnung, daß es da unten nicht immer nur um echtes Geld gegangen sein kann. Im »Magazine for frequent travellers – Airport« lese ich, daß Japan das zivilisierteste Land der Erde sei. Nirgendwo sonst könnten Frauen nachts so gefahrlos dunkle Seitenstraßen erkunden, nur eines könnten die Japaner nicht ab, wenn man sich öffentlich die Nase schnäuzt. Das aber wollte ich in diesem Flugzeug gerade tun, als ich des Japaners neben mir gewahr werde, der tatsächlich so zivilisiert ist, als einziger in diesem Flugzeug beim Start weder vor schamhaft versteckter Flugangst zu zittern (wie ich), noch unsensibel gelangweilt zu schlafen (wie alle anderen). Er liest ein Taschenbuch. Ich frage mich: Was ist Layout in Japan? Bedeutet die unterschiedliche Länge der vertikalen Schriftzeichen-Reihen, daß es sich um Gedichte handelt? Oder sind die Schriftzeichen so dicht, daß es sich um Absätze handelt? »Wahrnehmen und Entschlüsseln von Sprache ist nach den Gesichtspunkten der Informationsverarbeitung eine schwierige Aufgabe, die vom Gehirn bravourös erledigt wird. Wenn man einen Text verstehen will, müssen Informationen von geringer Abstraktionsstufe – die gedruckten Buchstaben – vom Gehirn aufgenommen und in abstrakte Informationen umgesetzt werden: die geschriebene Sprache wird decodiert. So ergeben sich schließlich die Gedanken des Autors.« Wie kann der naturwissenschaftliche Teil so hinter dem Erkenntnisstand der Seite »Geisteswissenschaft« hinterherhinken, wo in einem gut gemachten Resümé einiger Grundgedanken Jacques Derridas zu lesen steht: »Es sei verfehlt, den Übergang von Aussageabsicht zur Verschriftlichung als bruchlose Kontinuität anzusehen. Die im Innenraum des Subjekts vermutete Intention könne im Akt der Versprachlichung (in der Äußerung) dem Zwang von »Schrift« (der Eigengesetzlichkeit von Zeichensystemen) nicht entgehen.« Es gibt also keine »Gedanken des Autors«, zu denen man lesenderweise hinaufklettern kann. Es gibt nur uns, gebeugt über die Schrift. Die »FAZ» ist da genauso heilig wie die »taz«, wo ich von zwei Leuten lese, die wegen Abnahme einer größeren Menge von Exemplaren der verbotenen Druckschrift »radikal« schuldig gesprochen wurden, diese Zeitschrift verteilt haben zu wollen. Der eine Angeklagte wurde als »eher künstlerischer Typ« eingeschätzt und daher zu nur vier Monaten verurteilt, die andere, wegen politischer Äußerungen vor Gericht, zu sieben Monaten. Was mich daran erinnert, wie bei den Punk-Unruhen im Hamburger Karolinenviertel, anno 80, die Polizei wieder wahllos einen Verdächtigen aufgriff und abführte und als sie um die Ecke Glashüttenstraße biegen wollte, um den Armen, der ein in der Gegend bekannter Künstler war, auf die wegen Folterungen berüchtigte »Punkerwache« zu bringen, einem anderen stadtbekannten Pennerkünstler begegnete: »Was wollt ihr denn mit dem, der ist doch harmlos, der ist doch Maler«. Worauf die Beamten den Maler sofort frei ließen und an den Ort der Unruhen zurückkehrten, um sich einen anderen zu greifen.

Landeanflug in Düsseldorf, dieser Scheißtag nähert sich seinem Ende, permanente Lektüre bewahrt die Welt vor dem sofortigen Zerfall vor meinen Augen. In der Schrift wird alles kompatibel. Im Lufthansa-Bordbuch schreibt der bekannte Schriftsteller Hubert Winkels über die Stadt: »Und wenn traditionell jede Stadt einer Frau gleicht, dann ist Düsseldorf eher eine attraktive Mitzwanzigerin, verführerisch und klug; doch ins Herz sieht ihr keiner so schnell (und die 700 Jahre sieht man sowieso nicht).«

Zuhause beim Fernsehen: endlich Entspannung bei »Steins Kulturfahrplan«, die 50er Jahre: Ich wußte nie, daß Bayern einst von einer SPD/FDP/Bayernpartei regiert wurde, daß nicht die Jungs aus »The Right Stuff«, sondern ein Brite in den 50ern den Höhenrekord für Düsenflugzeuge hielt, daß der späte Ortega Y Gasset ausgerechnet noch einmal »Meditationen über die Jagd« vorlegen mußte, war das bei ihm Jüngersches Insektenforscherdelirium? Man weiß es nicht, und warum ist das wichtig für mich oder Herrn Stein, der in der 87er Ausgabe noch immer von dem »Negersänger« Nat King Cole spricht und in den 50er Jahren ein dermaßen ungeheuerliches Gewitter von kommunistischen Greueltaten über die Welt niedergehen läßt, den Senator McCarthy aber nur mit eineinhalb Eintragungen erwähnt, die von seinen Popularitätsverlusten handeln. Dafür sind in den letzten Jahren Jacques Lacan, Anselm Kiefer und Ivan Lendl neu dazugekommen. Erst 1955 wurde die Bertelsmann GmbH gegründet und 45 Prozent der Menschen mit Abitur lehnen die moderne Malerei »im Stile Picassos« ab, bei denen mit Hauptschulabschluß sind es nur 32 Prozent. Am 6. November 1956 soll es zu einer krisenhaften Verschärfung der Beziehungen zwischen USA und UdSSR gekommen sein, die sogar die Schweiz veranlaßte, nach einer Friedenskonferenz zu rufen, und die Amerikaner, Eisenhower mit großer Mehrheit wiederzuwählen. Und Don Campbell, dessen zweiten »Bluebird« ich noch heute als Corgi-Modell auf einem Altar stehen

habe (der Arme verunglückte '67 tödlich bei einem Rekordversuch zu Wasser) stellte seinen ersten Landgeschwindigkeitsrekord auf: 648 km/h. MANN IST DAS INTERESSANT. Alles läßt sich hinschreiben, Zahlen zuordnen, die von Jahr zu Jahr einen höheren Beitrag ausweisen (In roten oder in schwarzen Zahlen? Ist Geschichte Verschuldung oder Kapitalakkumulation?). Alles läßt sich aufeinander beziehen und vergleichen, wenn es mit den Buchstaben zu paktieren bereit ist. Jacques Rigaut war dazu nicht bereit, er vollendete fast nichts. Hinterließ »Dokument über das Unvermögen zu schreiben«. Schrieb: »Lebendig bin ich nur, insofern es sich um die Herztätigkeit handelt und um die äußeren Höflichkeitsformen.« Wer Rigaut kennt, ist entweder in sein absolut sauberes Scheitern verliebt oder verachtet ihn dafür. Dabei ist es am hilfreichsten zu prüfen, was sein aussichtsloser Kampf abgeworfen hat, bevor er das Handtuch warf, um herauszufinden: wie geht und was bringt absolute Sauberkeit? In der 83 von der Edition TIAMAT herausgebrachten Sammlung »Suizid« zu lesen, reinigt uns von den Verheerungen des planlosen Wissensdurstes. Eine Stunde mit ihm mußte noch hinein in diesen Tag. Die letzten Worte aber hat Serres, in der Kneipe vorgelesen: »Wir sind in uns selbst vergraben; unablässig und nutzlos senden wir Gebärden, Zeichen und Töne aus. Niemand hört zu. Jeder spricht, niemand versteht; die direkte oder wechselseitige Vorlesung, ihn kümmert nicht, ob man ihm zuhört, ein anderer ist jovial und gibt sich überlegen; damit die Aufmerksamkeit nicht erlahmt, würzt er das Zuhören mit seinem Humor; ein dritter, Choleriker, reckt seine ganze kleine Gestalt empor und terrorisiert seine Umgebung; sie alle spielen auf ihren vorbereiteten Instrumenten, die nach ihrem Eigennamen heißen. All das müßte eine Kakophonie ergeben, und ich gebe zu, es macht Lärm. Und Leibniz hat recht, die Monaden sind abgeschlossen, sie verstehen und hören einander nicht. Und dennoch kommt manchmal ein Gleichklang zustande. Die erstaunlichste Sache von der Welt ist, daß es zuweilen ein Zusammenspiel gibt, Verständnis, Harmonie.« Und davon handeln die Schallplatten, die ich jetzt noch hören werde.

Konkret 03/88, S. 75

Robert Gernhardt

»Komisch, komisch«

Interview mit Robert Gernhardt
25 Jahre »Neue Frankfurter Schule«, begonnen in »Pardon«, fortgesetzt in »Titanic«, vollendet in den Werken von F.K Waecbter, Eckhard Henscheid, F.W. Bernstein und Robert Gernhardt. Ihn, der einst als »Lützel Jeman« den Ton der legendären »Welt im Spiegel« angab und dessen Prosa heute (z.B. »Kippfigur«) zur besten Literatur gezählt wird, befragten Christian Storms und Frank Müllers

Was war die dümmste Frage, die man Ihnen in einem Interview gestellt hat?

Es gibt keine dummen Journalisten, deshalb können sie auch keine dummen Fragen stellen. Aber einmal kam nach einer Lesung in Gießen eine Volontärin zu mir, wegen eines Interviews. Die erste Frage war: »Wann sind Sie geboren?« Hmm. Die zweite Frage: »Welche Bücher haben Sie denn so geschrieben?« Dann war ich es leid. Auf die dritte Frage: »Müssen Dichter studiert haben?« sagte ich: »Nein, das Studieren bringt dem Dichter nichts. Meine wichtigste Erfahrung für mein Dichten waren meine zwei Jahre in der Fremdenlegion.« »Aha!« Und kurz darauf stand im Lokalblatt, daß Gernhardt erst in der Fremdenlegion zum Künstler geworden sei.

Vor einiger Zeit hat ein Teil der Mannschaft die »Titanic« verlassen, um ein eigenes Magazin – »Kowalski« – zu gründen. Woran hat es denn gelegen, daß es nicht klappen wollte?

Das ist eine Sache, die tiefer geht, als bloße Meinungsverschiedenheiten über den einen oder anderen Artikel. Kähler, Saalfeld und Kantereit wollten ein anderes Heft machen. Saalfeld wäre bereit gewesen, Chefredakteur der »Titanic« zu werden. Er wollte ran, wollte aber ein Heft, das sich weitgehend der Politik und der Zeitkritik enthalten sollte, so eine Art intelligentes Fun-Magazin. Ein ganz liebevoller Blick auf die Kuriositäten und Abartigkeiten der Zeit.

Und Sie meinen, Satire müsse sehr viel bösartiger sein?

Nennen wir es mal den bösen Blick auf die Dinge, der der Erkenntnis und dem Witz förderlicher ist als der liebevolle, der die Welt als ein Kuriositätenkabinett anschaut. Dem ist alles gleich kunt und bunt. Während der böse Blick auf Eiliges und Dunkelheiten achtet. Nicht, indem er sein Augenmerk lediglich auf große Themen richtet. Man kann zeittypischen Schwachsinn ja an sehr einfachen Vorgängen erkennen, solchen, die der normale Mensch gar nicht bemerkt.

Satire-Arbeit hat für mich weniger mit einer Haltung und immer mehr mit Inhalten zu tun. Mir fällt etwas auf, ein Gefühl meldet sich, damit schaltet sich der Verstand ein: Weshalb dieses Gefühl? Da setzt sich eine Art Recherche in Gang, der man anmerken sollte, daß der böse Blick nicht dazu dient, andere niederzumachen, sondern sich auch auf und gegen den Schreiber richtet. Im Gegensatz zu jenem ironisch-kolonialistischen Herrenblick, der mir sehr zuwider ist, und den z. B. Hellmuth Karasek in seinem Pornographie-Artikel im »Spiegel« auf die angeblichen Spießer wirft. Er gibt da einen kurzen Abriß der gescheiterten sexuellen Befreiung und spricht von spießigen Sex-Saunas, in denen die aufgeklärten »Bierbäuche mal kurz nach Nachbars Weib greifen dürfen.« Ein so hochmütiger wie verkürzter Blick ist mir ein Greuel. Anstatt daß Karasek fragt: Wie war das denn damals mit mir? Der hat das doch alles sogar miterlebt. Der kann mir doch nicht erzählen, daß er keine Probleme mit und keine Hoffnungen auf Nachbars Weib hatte.

Es verirren sich ja auch mal gute Linke in die Leserschaft, die bei jenem Artikel oder jener Zeichnung so in Aufruhr geraten, daß sie der Zeitung Verrat an der Sache oder gar schlimmeres vorwerfen.

Es sind nicht nur die guten Linken. Es sind all jene Mitglieder all dieser Bewegungen, die von einem brennenden Glaubenseifer erfüllt sind, der es ihnen nicht erlaubt, neben sich zu treten und einen ironischen oder einen komischen, jedenfalls einen anderen Blick auf die Dinge zu akzeptieren, als den, den sie gewohnt sind. Bei diesen Gläubigen gibt es so etwas wie Lachverbote, die dazu führen, daß alles ganz eindimensional gesehen wird. Als in einer »Titanic«-Bildergeschichte von klauenden »Zigeunerkindern« die Rede war, wurde das von Sinti und Roma in zweifacher Weise als unerträgliche Diffamierung angesehen. Einmal, weil von »Zigeunern« die Rede war, und weil zweitens Sinti- und Romakinder des Diebstahls bezichtigt wurden. Allerdings waren die Bezichtiger die Helden der Bildergeschichte, ein blinder Maulwurf und ein Erdferkel. Ich meine, in diesem Fall haben diese Sinti und Roma ganz mechanisch reagiert. Sie lesen das Wort »Zigeuner« und dann ist für sie alles gelaufen. Wer da »Zigeuner« gesagt hat, interessiert sie schon gar nicht mehr. Frauen der Bewegung reagieren ähnlich, wobei ich freilich große Unterschiede sehe, da die Geschichte der Sinti wirklich eine gräßliche und blutige ist. Wenn Frauen den »Zigeuner- und Judenbonus« für sich in Anspruch nehmen und sagen, daß sie die Juden von heute seien, wenn sie auch dann von Frauenfeindlichkeit sprechen, wenn Taten der Frauenbewegung kritisiert oder wenn ganz deutlich Frauenfeindlichkeit karikiert wird, dann betrübt mich diese Unfähigkeit, sich selber oder Kritik wahrzunehmen. Die Frauen können schließlich nicht sagen, uns steckt der Schrecken der Nazi-Verfolgungen noch in den Gliedern...

...siehe Begriffspaarung »Nazismus« – »Sexismus« ...

Ja, solche Parallelen. Ich halte die für ganz gräßlich und demagogisch.

Aber was denken Sie, wenn solche Kritik von Mitstreitern kommt? Zitat: »Das ist es: Vielleicht stellt sich dann noch heraus, daß die spätpubertären Feinstrich- Witzchen der Titanic-Riege im Geiste doch nicht so verschieden von jener neumodischen wilden Pinsler-Ästhetik sind, die in den Vorstandsetagen der Neuen Heimat ersonnen sein könnte (...)« (KONKRET 2/85). Das ist doch etwas anderes, als wenn Angriffe vom katholischen Sonstwas-Bund kommen?

Ja klar, und ich find diese neuen Empfindlichkeiten spannend und sehr bemerkenswert. Tucholsky hat mal geschrieben: »Wenn einer einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und schmollt.« Aber für ihn saßen die Schmoller immer rechts. Mit diesem Bewußtsein bin auch ich als angehender Satiriker aufgewachsen: Der Feind steht rechts, Einspruch wird stets von rechts erfolgen. Doch die Rechte nimmt die Satire schon gar nicht mehr wahr, weil die nicht im Fernsehen stattfindet, und weil sie keine »Titanic« liest, da kommen plötzlich solch warnende Zeigefinger von links, die sagen: »Eben habt Ihr einen ganz bösen Witz gemacht. Da kommt ein Betrunkener drin vor. Betrunkene sind Alkoholiker. Alkoholiker sind Kranke. Also darf man über Betrunkene keine Witze machen.« Ich habe mal in einer Humor-Kritik aufgelistet, was da so alles angefallen ist. Klaus Staeck grüßte Chlodwig Poth auf einmal nicht mehr, da der Staecks Vermarktungstalent persifliert hatte. Rainer Hachfeld unterstellt mir, ich würde in der Humorkritik nur Werbung für uns selber machen. Den Papan hätte ich nur deswegen kritisiert, weil er ein Konkurrent sei, und weil wir keine anderen Zeichner hochkommen lassen wollten, dabei sei Papan doch ein gestandener Strauß-Gegner. Rosa von Praunheim schrieb dem »Spiegel«, der Kritiker des Ripploh-Films »Taxi zum Klo« sei latent schwul, und das seien die schlimmsten Schwulenfeinde. Und zugleich reklamierten alle möglichen Gruppen eine Art von Opfer-Bonus. Die Frauen bezeichneten sich als die Juden von heute, und eine deutsche Rockmusikerin sagte, die deutschen Rockmusiker seien die Neger der deutschen Pop-Musik.

Auf allen Gebieten also aggressives Zurückschlagen oder weinerliches Zurückziehen, jedenfalls Bewegungen, die auf die Forderung hinausliefen: »Macht Eure Witze, aber nicht über uns!« Ja, worüber denn? Natürlich kann man ausschließlich Witze über Die-da-oben machen, aber wenn man sich in diese Abhängigkeit begibt, dann wird man tatsächlich zu jenem Hündchen, das mit dem Schwanz wedelt und wartet, daß der Strauß endlich mal wieder einen Unfug macht, einen Scheiß absondert. Zur Zeit haben wir eine ebenso bedenkliche wie inspirierende Situation. Die Prämisse: der Geist steht links und von links wird kräftig über die rechte, beleidigte Reaktion gelacht, existiert nicht mehr. Heute spricht ein Kohl von seinem Tucholsky. Heute sagt ein Richter in einem Prozeß wegen der Verhöhnung des hessischen Wappenlöwen zu dem Anwalt, der Tucholsky zitiert, er kenne seinen Tucholsky, der Anwalt brauche ihm damit nicht zu kommen. Schön diffus, das alles!

Aber die Situation ist für Sie und Ihre Kollegen doch sehr konkret. Wenn in der »Titanic« z. B. etwas vermeintlich Anrüchiges zum Thema Sexualität gemacht würde dann wird die Staatsanwaltschaft nicht mehr vom klassischen Feind geschickt sondern von einer feministischen Gruppe.

Noch nicht. Aber so kanns kommen. Ich habe sehr aufmerksam die Auszüge der Kölner Podiumsdiskussion in »Emma« gelesen. Die Leute aus dem liberalen Feuilleton, die traditionell gegen Grenzverwischungen zwischen Pornographie, Kunst, Satire, Komik etc. und staatlicher Einmischung waren, sitzen jetzt einträchtig neben einer CDU-Ministerin und einer Feministin, die schuldbewußt beide mehr Verbote fordern. Es bleibt nichts wie es ist. Also wird sich auch die Satire ändern müssen.

Von Charles Baudelaire stammt der Ausspruch der auch einmal in der »Humorkritik« zu lesen war: »Die Komik, die Gewalt des Gelächters liegt in dem Lachenden und keineswegs in dem, worüber er lacht.« Was bleibt einem »Humorkritiker« dann noch zur Beurteilung dessen, was so zum Lachen angeboten wird?

Eine gute Frage. Ich halte sie letztlich für nicht beantwortbar. Dieser Stachel hat mich immer wieder dazu getrieben, zu komischen Produkten Stellung zu beziehen. In der Humorkritik ist doch allerhand möglich. Ich kann einfach davon berichten, daß ein als komisch deklariertes Produkt existiert. Ich kann davon erzählen, worauf sich der Glaube des Produzenten, sein Produkt sei komisch, gründet. Ich kann schließlich von der Wirkung dieses Produkts auf mich berichten. Goethe hat das mal auf die schöne Formel gebracht, Kritik habe drei Fragen zu beantworten: Was hat sich der Künstler vorgenommen? Ist dieser Vorsatz vernünftig und einsichtig? Ist es ihm gelungen, ihn zu erfüllen? Wenn man dann noch so bewandert ist, daß man das Produktumfeld kennt, so kann man vergleichen: Ist es ein ganz und gar originelles Produkt? Hat es Vorläufer? Läßt es die hinter sich? Wie weit? Das sind Fragen, die der Kundige beantworten sollte.

Wenn ich viele Pointen kenne, weiß ich doch, ob eine doppelt oder wiederholt auftaucht. Was bedeutet das? Ist das ein Indiz dafür, daß diese ganze Witzschiene schon so ausgeleiert ist, daß da gar kein Plagiat vorliegt, sondern bereits jeder auf den Einfall kommt? Der war möglicherweise Frucht eines begnadeten Geists: Es gibt ein Wortspiel von Heine, das immer wieder in den Humortheorien auftaucht, »Rothschild behandelte mich ganz famillionär.« Freud lobt es als sehr witzkräftig. Mittlerweile taucht es in der Auto-Werbung auf: Der XY ist famillionär. Ich kann darüber nicht mehr lachen. Bei der Blasphemie ist es ähnlich. Die guten, alten Blasphemien, bei denen nicht nur der Pfarrer aufstöhnt, sondern auch der Atheist das Gefühl hat: Wenn es einen Gott gibt, zerschmettert er jetzt die Welt – ! Diese Blasphemien gibts nicht mehr.

Was ist da passiert? Auch da spüre ich diese Geschichtlichkeit alles Komischen und Satirischen, eine Qualität, die natürlich nur der nachschmecken und vorführen kann, der sich für lange Zeit auf komische Produkte eingelassen hat. Der ErnstKritiker kann solche Veränderungen nicht wahrnehmen, der kennt wenig mehr als den Uralt-Komik-Kanon: Busch, Morgenstern, Valentin und Ringelnatz. Damit ist aber nicht einmal der »Titanic« beizukommen.

Sie versuchen also auch dem Ernst-Kritiker ein gewisses Instrumentarium in die Hand zu geben, dessen er sich bedienen könnte wenn er sich die Mühe machte.

Ja, wobei es nicht um die Wertung geht. Es gibt eine formelhaft negative und eine formal positive Kritik komischer Produkte.

»Höherer Blödsinn« . ..

»Zwerchfellerschütternd«. »Mit spitzer Feder«. All das sind Gedankenlosigkeiten, die etwas Herablassendes haben. Es stimmt, daß wir in der Humorkritik dieser Herablassung eine andere Haltung entgegensetzen sollten. Mit dem besten Recht der Welt übrigens: Wir sind ganz einfach besser beschlagen als der Rest jener, die sich über Komisches Gedanken machen. Die nehmen sich immer erst mit großer Verspätung der Sachen an. Solange es in »Pardon« die 'Welt im Spiegel' gab, zwischen 1964 und 1976, beklagte eine Reihe von Zeitungsbeiträgen über deutsche Komik, die Engländer hätten so schöne lustige Sachen, in Deutschland gebe es nichts dergleichen. Sie sagten nicht, in Deutschland gibts das auch, aber das ist nicht gut – dagegen ist nichts zu sagen – , die behaupteten, wir Deutsche hätten keinen Nonsense. Als es die WimS dann nicht mehr gab, wurde es in den Medien sofort mit dem Beiwort »legendär« behaftet. Nach einem Jahr schon Legende – ein bißchen schnell, oder? Dann die Klage, wir Deutschen hätten keine echte Satire. Diesen Jammer habe ich mal bis ins Jahr 1920 zurückverfolgt: Wo bleibt die deutsche Satire? 1980 las ich in der »Zeit«: »Es gibt keine deutsche Satire, bis auf Hannelore Kaub und die schweigt.« In den 60er Jahren, als die Kaub noch.auftrat, stand im »Rheinischen Merkur«: »Es gibt keine heutige deutsche Satire, früher dagegen, in den zwanziger Jahren, da gab es Karl Kraus!« Karl Kraus wiederum zitiert in den zwanziger Jahren Kasimir Edschmid, der in der »Frankfurter Zeitung« fragt: »Ja, wo bleibt die deutsche Satire?« – das war zur Zeit von Karl Kraus, von Tucholsky, Mehring und Mühsam – »Früher, bei Anatole France, ja da gabs noch Satire!«, um die Jahrhundertwende in Frankreich also.

Früher wurde die »Neue Frankfurter Schule« allgemein ignoriert und heute finden die Medien im großen und ganzen alles Klasse. Welcher Zustand ist produktiver?

Ich stimme der ersten Einschätzung zu. Ich kann das an dem Echo ablesen, das meine Bücher damals hatten. Aber heute habe ich nicht das Gefühl, daß da große Umarmungsgeschichten laufen.

Nehmen wir mal die Gedichte aus dem »Hau« oder der WimS, die in den 60ern noch als »Bierzeitungshumor« galten, und Ihren jetzt neulich erschienenen Gedichtband »Körper in Cafés«, der ganz ernsthaft im Feuilleton mit germanistischem Besteck untersucht wird. Das ist doch eine Entwicklung.

Eine Entwicklung, die nicht so sehr etwas mit der Bewertung der NFS zu tun hat, sondern mit dem, was ich in den letzten sechs Jahren publiziert habe. Bei den Gedichten »Körper in Cafés« hängt das sicherlich damit zusammen, daß sie jetzt anders als die WimS-Gedichte auf Inhalte aus sind und Inhalte geben. Das Gedicht schmettert nicht mehr die Bemühungen des Sinnforschers ab, sondern lädt geradezu zur Sinnfindung ein. Statt Nonsense Megasense! Die Gedichte sind ganz voll von ganz großen Worten. Wer den Feuilletonisten so etwas bietet, der lockt sie aus ihren Höhlen. Als ich mit dem Dichten anfing, wurde in der Hochdichtung überhaupt nicht gereimt. Da sah es so aus, als ob der Reim nur noch für komische Wirkungen gebraucht würde. Das hat sich, siehe beispielsweise Krolow, geändert.

Was mich reimen ließ, war aber nicht die mögliche Komik, sondern vielmehr die Erfüllung eines strengen Gesetzes, dem man die Mühe nicht anmerkt: die herrlichen Reimschemata! Der normale Bürger kennt ja höchstens noch das Sonett und achtet den Dichter, der die Sonett-Form erfüllt. Dabei ist das eine relativ einfache Form im Gegensatz zu komplizierteren wie der Terzine.

Es gibt natürlich Wirkungen, die gerade deshalb, weil sie so streng ablaufen, komisch sein können. Komik funktioniert vorzugsweise in strengen Regelsystemen. Deswegen spüre ich nichts von der angeblich komischen Wirkung der dadaistischen Dichter. Kurt Schwitters und Hans Arp finde ich nicht komisch. Die Lautgedichte können nicht komisch sein, weil in ihnen nur querbeet assoziiert wird. Schwitters hat auch hin und wieder gereimt, aber miserabel. Und heute stehen alle Germanisten stramm und verdrehen die Augen: »Wie komisch! Wie komisch! – Anna Blume ... Du bist vorne wie von hinten Anna« – das ist mittlerweile Kathederhumor.

Dabei können Gedichte wirklich komisch sein. Und nicht nur das: Gerade heute werden die vielfältigen Möglichkeiten des Gedichts als sehr kurzer und sehr schnell zu rezipierender Form sträflich vernachlässigt. Das wundert mich sehr, weil sich die Kids einen Video-Clip nach dem anderen reinziehen, aber alle vor Gedichten eine große Scheu haben. Dabei ist das Gedicht ein verbaler Clip. Es tritt schnell an und kommt auch ganz schnell auf den Punkt. Das zu checken, geht in Minutenschnelle. Woher dann diese große Ehrfurcht vor Gedichten?

Wie funktioniert das Gedicht im komischen Zusammenhang?

Es gibt keine schnellere Schiene, um Komik zu erzeugen, als den Zweizeiler. Die erste Zeile schafft eine Erwartung, das Reimwort läßt den Zuhörer bereits die Erfüllung lustvoll ahnen, die durch die zweite Zeile dann entweder bestätigt oder nicht bestätigt wird. In beiden Fällen ist es lustig. Sachen wie: »Paulus schrieb an die Apachen / Ihr sollt nicht nach der Predigt klatschen«. Oder: »Da kam ein großer Barsch / und biß ihn in den Arm«.

Sie sind Drehbuchautor, Dichter, Prosaschriftsteller, Cartoonist und Maler. Was sollte bleiben von dem, was bis jetzt von Ihnen vorliegt?

Es hat wenig Sinn, wenn ich mir etwas wünsche. Der Rost der Geschichte wird entweder irgendwas halten oder auch nix.

Man kann ja trotzdem wünschen.

Am schönsten wäre es, als Maler zu überleben, weil man da am längsten und am umfassendsten überlebt. Bilder kann man überall und überall verstehen. Was weiß ich von italienischer Literatur des 15. oder 16. Jahrhunderts? Nichts. Ein Gang durch die Uffizien aber bringt mich mit Bildern zusammen, die ich auch heute als so nah empfinde, daß ich sie im Guten wie im Bösen persönlich nehme. Ich kann mich über einen Maler der Vergangenheit so ärgern oder freuen wie über einen Zeitgenossen. Wenn man diesen sinnfälligen Ruhm will – »Dauerhafter denn Erz!« – dann sollte man sich rechtzeitig ein Medium suchen, das diese Dauer auch garantiert. Aber man muß dann natürlich auch dauerhafte Werke schaffen.

Konkret 03/88, S. 78

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Damiens, Nietzsche, Jünger und wie ich einmal in meiner Tchibo-Jacke steckenblieb

Samstag, viertel nach zwölf. Ich schlender die Grindelallee zu HH-13 längs. Es ist sonnig. Aber kalt. Der Reißverschluß meiner Winterkutte von Tchibo (Außen- und Innenmaterial reine Baumwolle, Zwischenfutter 100 Prozent Polyester, Füllung fedrige Daunen, 139 Mark) ist bis zum Kinn geschlossen. Wie ich nun die Reißverschlußlasche nach unten ziehen will, damit ich an den Videoclub-Ausweis in der Innentasche rankomm, denn mein Weg führt mich zum Video-Club wg. »Oscar« mit dem großen Louis de Funes, da klemmt das Ding in Höhe des Adamsapfels. Nach dem Ruck mit Gewalt begreif ich »so nicht« und schalte um auf »mit Gefühl«. Aber alle Machinationen nützen nicht. Ich stecke in der Kutte fest. Unruhe erfaßt mein Herz, den eingesperrten Vogel. Es ist doch Samstagmittag und alle Reißverschlußklempner sind entweder im Harz oder auf Schwarzarbeit. So werde ich das Wochenende ohne »Oscar« in der Kutte verbringen? Nun bin ich ganz Panik und Leid. Da - da kommt mir Ernst Jünger in den Sinn und wie der sich einmal in die Kladde hinein bei Friedrich Nietzsche wegen seiner, Jüngers, »Rückfälle ins Mitleid« entschuldigte. Es war am 29. November. Da habe er, Jünger, auf dem Wilflinger Friedhof eine Kerze entzündet und dabei habe er sich den Finger mit einem Phosphorstäbchen verbrannt. Ein glühendes Kügelchen habe sich nicht abstreifen lassen. Die Wunde sei zwar klein, aber sehr schwer zu heilen gewesen, und wie er drei Wochen später in Paris gewesen sei, habe sie immer noch geschmerzt. Jedesmal, wenn er sie gespürt habe, habe er an Robert Francois Damiens denken müssen, der Ludwig XV. durch einen Messerstich verletzte und dessen Exekution damit begann, daß man ihm die Hand in glühenden Schwefel eintauchte (bevor er mit heißen Zangen gezwickt und von vier Pferden zerrissen wurde). Damiens, von vier Pferden... Nietzsche, der übermenschlich leidende Mitleidlose... Jünger, der xfach verwundete Weltkrieger, der auf seine altern Tage die »Dritten« zusammenbeißt: Und da steckte ich grad mal ein Wochenende in der warmen Kutte fest. Daß ich mich nicht schämte für diesen Leidensluxus. Was ich schließlich tat. Übrigens so gegen drei, halb vier, ging der Reißverschluß wieder. Materialermüdung? Materialbosheit? Wer weiß. Jedenfalls: Runter mit der Kutte, ran an die Schreibmaschine und dies hier aufgeschrieben war eins! Nebenbei gesagt: Mal ganz interessant, sich in größere Kontexte einzubringen, man atmet plötzlich ganz anders, irgendwie schlauer, freier. Freilich, es dauert nur kurz und die Überziehungszinsen haben einen wieder am Wickel. Aber, sagt man sich hinterher: Schön wars doch.

Willkommen -Bienvenü - Welcome

Hallo, Krawczyk, hallo Krawczyk, hallo Schmerzensmann

Bitte kommen, bitte kommen, hier spricht Zahlkellner Leopold vom Café Größenwahn

Ah, da bist du ja schon, schön, daß du da bist, Mensch sind wir froh

Geh, drück doch mal jemand in der Box 47 a, in Dulce jubilo

Kathi, bring ein Kännchen Kaffee für Krawczyk und zwei Nougatschnitten

Setz dich, Krawczyk, iß und trink und freu dich, endlich hast du ausgelitten

Nein, keine Angst, Krawczyk, das ist kein Muckefuck

Und hier spitzt auch kein Stasi und kein Politruk

Hier sind alles nur Dichter wie du und ich

Komm, ich mach dich bekannt, also das ist Kollege Phred Phürchderlich

Von der Sektion Jambus und das ist Kollegin Luitgard von Schlaym

Von der autonomen AG Nonkoitaler Reim

Gestatte, das ist Mike-Menelaos Graff

Von der Fachschaft Eucharistisches Epitaph

Dann darf ich dich bekanntmachen mit Kurt Klett

Vize in der Innovationskommission Limerick und Sonett

Dann haben wir hier den Kollegen H P Hamms

Zuständig für Hege und Pflege des esoterischeu Epigramms

Und das da, den hab ich mir zum Schluß dir aufgespart
Ist Gustav Graf von Durchzug, unser Themenwart
Stehst du einmal themenmäßig auf dem Schlauch
Kollege Gustav pflückt dir vom Themenstrauch
Porno, Wald- und Stahlsterben, Schulgebet Seinsgeworfenheit, Entfremdung, Identität Ozonloch, Eros, Anathema
»Themen-Gustav« ist für dich immer da
So, das wärs zunächst, jetzt noch einen
Obstler für die Nerven
Und dann müssen wir zum Guitarrensaitenschärfen
Und dann zack auf den Markt noch in diesem Quartal
Eine LP mit Deinem Weh-und-Ach-Material
Hiebei diene als Leitfigur für das Label
Natürlich nicht der dumme August Bebel
Sondern der Konfirmand
Mit der brennenden Kerze in der Hand
Auf geht's, Krawczyk, alter Schmerzensmann
Dein Zahlkellner Leopold im Café Größenwahn

Tot Tot Tot Tot Tot Tot Tot Tot Tot Tot Tot

Als er noch lebte, sagte Peter Frankenfeld einmal mit einem unüberhörbaren Seitenblick auf den großen Alleinunterhalter Tod und die reiche Ernte, die T. unter seinen Freunden in jüngster Zeit eingefahren: »Die Einschläge rücken immer naher«. Die Jacke mit den großen Karos ist nicht mehr. Aber auch andere hat es erwischt. Von A wie Ausbeutung über K wie Kapital und Kommunismus bis Z wie zyklische Krise - eine lange steife kalte Strecke. Zu lang, zu steif, zu kalt. Auffällt, daß unter Position B eine(r) fehlt. Diese(n) Tote(n) gilt es entweder zu raten oder zu wissen. Eine kleine Hilfe: Es handelt sich um eine(n) sogenannte(n) Doppeltote(n). Dopplertot deswegen, weil ein berühmter Journalist und Gelegenheitsstückeschreiber in einem Aufsatz (!) schon vor einigen Jahren (!) der »B«treffenden Person, der vor noch einigeren Jahren vom Amtsarzt ein ganz normales »tot« bescheinigt worden war, einen zweiten, nämlich einen sogenannten »Literarischen Totenschein« ausgestellt hatte. Wer ist die/der Doppeltote? Als erster Preis bei der richtigen Auflösung dieses traurigen Rätsels winkt der kostenlose Besuch eines Theaters der Gefühle und Leidenschaften mit einem Glas echten Pausenschaumweines und zwo wahlweis mit Edelmett, Ochsenzunge oder Chester belegten Canapees sowie ebenfalls kostenloser An- und Heimfahrt mit dem Taxi. Als Trostpreis »Nur ein Viertelstündchen« mit einem berühmten Journalisten und Gelegenheitsstückeschreiber auf dem Dorotheenstädtischen oder einem Friedhof freier Wahl.

Konkret 03/88, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wäre ich ein Staat, ich gäb mir Recht und recht (oder auch umgekehrt). Und niemand ginge hin. Mein Staat wäre ich. Du wärest dein Staat: du hättest dir Rechte undsoweiter. Und auch Sie. Und so wäre jeder sein Staat. Und erst recht ginge niemand hin. Eine ganz einfache Regel. Daß Staaten so nicht und schon gar nicht mehr in unserem Jahrhundert sein sollen: das haben so viele, zu viele erkämpfen müssen. Sie haben gekämpft: wir haben geerbt. Es gilt, dieses Erbe einzusetzen, um es zu erhalten.

Was das sein? Oder auch umgekehrt: Was sein dieses? Is sich gelaufen durch Schiet und Dreck, kommt sich bei Zug an, is Bahnhof weg:

Der täglich zu beschreitende Grat scheint unübersichtlich und breit, und haarscharfe Kante liegt dicht neben haarscharfer Kante: nämlich von Beliebigkeit, die nicht sein darf, bis zur immanenten Undefinierbarkeit – weiß gott kein einfaches Wandern!

Wer wagt's? Ich fordere die Mitglieder der Bundesdelegiertenversammlung des Verbands deutscher Schriftsteller in der IG Medien, also das Beste, was wir auf dem Gebiet haben, heraus, auch dieses noch zu übertrumpfen:

Anders gesagt: auch der demokratische Staat ist immer auch ein Sicherheitsrisiko – seiner selbst und der Menschen, die in ihm leben.. . Doch Tabus sind das eine. Unantastbarkeiten das andere, und diese müssen für alle gelten: die Menschenrechte. Über alle gesetzten Tabus – jenseits der Unantastbarkeiten – muß gesprochen, gestritten werden können... Wie auch Gerechtigkeit nicht teilbar ist, nicht sein darf. Auch wenn täglich und überall und zunehmend trickreicher an solchen Teilbarkeiten durch Verdrehungen und Sophistereien gepolkt und geholzt wird.

Nein, die Schönheit des Gedankens, eines zunehmend trickreicheren Polkens und Holzens durch Verdrehungen und Sophistereien zum Zwecke der Teilbarkeit, dieser alle alltäglichen Dumpfmeiereien überragende Chimborasso des Wahnesblöden (Wort: Richling/Melodie: Henscheid) ist in seiner Unantastbarkeit zu tabuieren (oder auch umgekehrt). Und die Gipfelstürmerin müßte umgehend zur Vorsitzenden des Verbands deutscher Schriftsteller in der IG Medien gewählt werden. Schon geschehen? Gratuliere, Frau Anna Jonas, gratuliere!

Im Deutschen Schauspielhaus hat Peter Zadek seine »Lulu« inszeniert. Ich war nicht dort, weil ich vor zehn Jahren Zadeks »Wintermärchen« gesehen habe, und man soll nichts übertreiben. Auf den Plakaten hatte Zadek der Lulu die Möse, auf der Bühne den Busen blankziehen lassen, und die Elbchaussee soll sich krank gelacht haben vor Begeisterung. Einige Premierenbesucher wurden direkt um ihre Meinung gefragt, darunter die Schauspielerin Monika Peitsch, die ja sozusagen namentlich mit Wedekind zu tun hat:

Zadek ist zu dem komplizierten Stück sehr viel eingefallen. Ich bin begeistert. Seine Inszenierung ist sehr »heutig«.

Vielleicht meinte sie aber auch: »häutig« – das ist bei der herrschenden Sprechkultur nicht auszumachen. Eine andere Autorität, der »Pelzdesigner« Dieter Zoern, der also tatsächlich Häute für Leute von heute zuschneiden läßt, erwies sich als kongenialer Zadek-Kritiker:

Die Inszenierung amüsierte mich von Anfang an, der Wedekindsche Background kommt dabei nicht zu kurz. Vor Oswald Kolle wäre man vielleicht prüder gewesen, aber die junge Generation nimmt an der Freizügigkeit wohl kaum Anstoß.

Amüsemang mit Background und Oswald Kollescher Freizügigkeit: knapper und präziser läßt sich diese Regiekunst nicht fassen. Nur der Filmemacher Hark Bohm hat noch etwas nachzutragen:

Ganz großartig, ich bin sehr überrascht, daß man diese fünf Stunden überhaupt nicht bemerkt hat.

Da ist es ihm gegangen wie mir in einem seiner Filme, den ich vor Jahren sah: Als die Platzanweiserin mich weckte, dachte ich, jetzt gehe der Vorspann weiter. Nun, wer wurde noch nicht gefragt? Der Unvermeidliche, Fritz J. Raddatz:

Ich halte Zadek für einen großen Zauberer, manchmal gar genialen Verzauberer des Publikums und vor allem der Schauspieler. Was er hier mit Susanne Lothar an Schauspielerführung geleistet hat, ist phantastisch. Sein Vorhaben, die »große Reinheit« der Figur Lulu, ihre eigentliche Sehnsucht nach Liebe darzustellen, ist gelungen.

Davon versteht er also auch nichts. Was aber den Background-Dichter Wedekind und seine Vorlage betrifft, hat's keiner so gut getroffen wie Premierenbesucher »Hanno Tietgens (28), Werbetexter« (Wen sie doch heute schon ins Theater lassen!):

Ich sehe sehr gern nackte Menschen auf der Bühne. Das regt meine Sinne an.

So zaubert Zadek. Und manchmal verzaubert er auch – aber das machen die Putzfrauen nachher wieder weg.

In Hamburg gibt es, was ja wirklich noch gefehlt hat: ein »Literaturlabor«. Und das bietet an:

Das anspruchslose Schreibseminar für die anspruchsvolle Frau. Übungen zur Überwindung von Schreibblockaden und Selbstzensur. Es geht – vorerst – nicht darum, etwas GUTES zu schreiben, sondern ÜBERHAUPT zu schreiben. Deshalb wird drauflosgeschrieben. Literarische Kriterien werden durchaus angelegt – später. Zweck der Übungen ist es, die innere Autorin und Lektorin auseinanderzuhalten. Techniken: Free Writing/Schreibmarathon/Kollektives Schreiben.

Leider, Günter, nur für Frauen! Aber ein heißer Tip für Anna Jonas.

Wohin illiterate Betroffenheit führt, zeigt eine »Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion Die Grünen« an die Bundesregierung:

Trifft es zu, daß der Vizepräsident der Wehrbereichsverwaltung VI in einem Unterrichtsblatt für die Bundeswehrverwaltung u.a. ausgeführt hat: »Wird es nur als Verhältnis Ergebnis: Mitteleinsatz gesehen, dann war der Einsatz von Giftgas zur Massenvernichtung von Juden anstelle individueller Hinrichtungen auch ein Sieg des Wirtschaftlichkeitsprinzips« ?

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein hoher Beamter der Bundeswehrverwaltung mit so offensichtlicher geistig-moralischer Deformation als Vorgesetzter mit prägendem Einfluß auf einen ganzen Wehrbereich noch tragbar ist?

Da haben es die Abgeordnete Frau Kelly und die Fraktion der Grünen den vorgestrigen Militärs und ihrer Bundesregierung aber wieder mal hingerieben! Nun ahnt man freilich schon bei der Lektüre des zitierten Satzes dessen Logik den bekannten Horizont militärischen Denkens durchbricht, daß da etwas weggelassen ist. Und tatsächlich hat der Vizepräsident des Wehrbereichskommandos VI geschrieben:

Damit aber stellt sich die grundsätzliche Frage, ob sich Wirtschaftlichkeit als formales Prinzip in einer am Gemeinwohl ausgerichteten ausführenden Gewalt überhaupt durchgängig anwenden läßt. Wird es nur als Verhältnis Ergebnis: Mitteleinsatz gesehen, dann war der Einsatz von Giftgas...auch ein Sieg des Wirtschaftlichkeitsprinzips.

Vor diesem Wirtschaftlichkeitsprinzip, das nie, nicht in der Politik und nicht einmal in der Wirtschaft »maßgebend« sein dürfe, wollte er warnen, und um zu zeigen, wohin die Anwendung dieses Prinzip im Extremfall führen kann, verwies er auf die industrialisierte Massenvernichtung. Was aber antwortete die Bundesregierung?

Das Bundesministerium der Verteidigung hat mit Presseerklärung vom 30. Dezember 1987 das Verhalten des Beamten mit deutlichen Worten beanstandet. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Frau Hürland-Büning, hat sich am gleichen Tage öffentlich entschuldigt.

Ich habe nie daran gedacht, einmal für einen Vizepräsidenten einer Wehrbereichsverwaltung Partei ergreifen zu müssen. Das werde ich denen, die es so weit haben kommen lassen, nie verzeihen.